

SCHWEIZERISCHE
NATIONALBANK

1961

VIERUNDFÜNFZIGSTER
GESCHÄFTSBERICHT DER
SCHWEIZERISCHEN
NATIONALBANK

1961

BERICHT DES DIREKTORIUMS
ÜBER DIE TÄTIGKEIT
DER SCHWEIZERISCHEN NATIONALBANK
IM JAHRE 1961

ALLGEMEINE BETRACHTUNGEN

Die günstige Entwicklung der *Weltwirtschaft* hat im Berichtsjahr angehalten. Kaum beeinflusst durch die verschärften weltpolitischen Spannungen, war das Bild der internationalen Wirtschaftslage durch das Fortdauern der Hochkonjunktur in den westeuropäischen Ländern und die Überwindung der Rezession in den Vereinigten Staaten von Amerika gekennzeichnet. In manchen Ländern hat sich der wirtschaftliche Auftrieb noch verstärkt, in andern wurden in der zweiten Jahreshälfte Anzeichen einer Konjunkturverflachung sichtbar.

Die Rohstoffpreise blieben gesamthaft betrachtet eher gedrückt. Weder die Ereignisse in der Weltpolitik noch die Konjunkturbelebung in den Vereinigten Staaten vermochten die Nachfrage nachhaltig zu verstärken. Wo auf Teilgebieten Preisbefestigungen eintraten, hielten sich die Ausschläge nach oben angesichts der erheblichen Produktionsüberschüsse in engen Grenzen. Schwierige Probleme ergaben sich daraus für jene Erzeugungsländer, deren wirtschaftliche Entwicklung massgeblich von der Preisgestaltung ihrer Rohprodukte abhängt.

Auf dem Gebiet der Währungen blickt die Welt auf ein bewegtes Jahr zurück. Zwar brachte im Januar die Erklärung des neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten, dass er unter allen Umständen gewillt sei, den Wert des Dollars auf der bisherigen Parität zu halten, zunächst eine gewisse Beruhigung der internationalen Währungslage. Anfang März jedoch wurde das prekäre Gleichgewicht durch die Aufwertung der Deutschen Mark erneut erschüttert. Da die Niederlande dem westdeutschen Vorgehen folgten, griff weitherum die Auffassung Platz, dass nun der Zeitpunkt für eine allgemeine Bereinigung der europäischen Wechselkurspositionen gekommen sei. Die Erwartung weiterer Währungsaufwertungen setzte umfangreiche Geldbewegungen spekulativen Charakters in Gang, die ihre Richtung teils nach der Bundesrepublik – in der Annahme einer weiteren Aufwertung –, teils nach der Schweiz sowie Frankreich und Italien nahmen. In der gleichen Zeit erfuhr die Währungsunsicherheit eine Verschärfung dadurch, dass unter dem Eindruck einer sich rasch ausbreitenden Welle des Misstrauens gegenüber dem Pfund Sterling in hohen Beträgen Gelder aus Grossbritannien abgezogen wurden. War vordem die defizitäre Gestaltung der britischen Ertragsbilanz durch den Zustrom kurzfristiger Gelder überdeckt worden, so trat nun die angespannte aussenwirtschaftliche Situation Englands unvermittelt zutage.

Die Erkenntnis, dass diese Geldbewegungen nicht nur unliebsame Auswirkungen in den davon betroffenen Ländern hervorriefen, sondern das gesamte internationale Währungsgefüge in Mitleidenschaft zu ziehen drohten, liess den Wunsch nach einer engeren Zusammenarbeit der Notenbanken wach werden. In erster Linie galt es, den britischen Währungsbehörden in der Abwehr der gegen das Pfund gerichteten Spekulation Beistand zu leisten. In diesem Bestreben fanden sich im Frühjahr einige westeuropäische Notenbanken, unter ihnen die Schweizerische Nationalbank, bereit, der Bank von England namhafte Währungskredite zum Ausgleich der Mittelrückzüge aus London zur Verfügung zu stellen. Diese kurzfristigen Kredithilfen, deren Gesamtbetrag sich auf 325 Millionen Pfund stellte, wurden aus freiem Ermessen der beteiligten Noteninstitute auf bilateraler Basis erbracht, ohne dass zu diesem Zweck ein Abkommen unter den Zentralbanken abgeschlossen wurde. Gegen Ende Juli ordnete die britische Regierung eine Reihe wirtschafts-, kredit- und finanzpolitischer Vorkehren an, begleitet von einer Erhöhung des offiziellen Diskontosatzes von 5 auf 7 Prozent. Gleichzeitig unternahm der Internationale Währungsfonds zugunsten des englischen Pfundes eine Stützungsaktion in einem noch nie verzeichneten Ausmass, indem er Grossbritannien einen sofort verfügbaren Kredit im Gegenwert von 1,5 Milliarden Dollar sowie einen «stand-by»-Kredit von 500 Millionen Dollar einräumte. Ein Teil dieser Mittel wurde etwas später zur Rückzahlung der Notenbankvorschüsse verwendet. Die umfassende Aktion des Internationalen Währungsfonds, verbunden mit den Sanierungsmassnahmen der Regierung Grossbritanniens, bewirkte eine rasche Besserung der britischen Währungslage und der internationalen Beurteilung des Pfundes.

Die durch die umfangreichen Kapitalbewegungen verursachten Störungen der Devisenmärkte haben im Berichtsjahr der Diskussion über grundsätzliche Fragen der internationalen Währungsordnung neue Nahrung gegeben. Namhafte Wissenschaftler und Währungspolitiker traten mit Plänen und Anregungen vor die Öffentlichkeit, die darauf hinzielen, dem Weltwährungssystem eine stärkere Basis zu verleihen. Der Vorschlag des Internationalen Währungsfonds, das Kreditpotential des Fonds über die Ziehungsrechte hinaus durch vorsorgliche Kreditvereinbarungen zu verstärken, um auf diese Weise gegen Störungen im Währungsgefüge, namentlich bei den Schlüsselwährungen, besser gewappnet zu sein, fand anlässlich der Wiener Tagung der Institutionen von Bretton Woods die weitgehende Zustimmung der Mitgliedstaaten. Im Anschluss daran fanden Besprechungen zwischen sieben europäischen Industrieländern, den Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada und Japan statt. Sie führten Mitte Dezember zum Abschluss einer Vereinbarung, in welcher sich die zehn Mitgliedstaaten des Internationalen Währungsfonds bereit erklärten, dem Fonds Kredite in ihren eigenen Währungen im Gesamtbetrag von 6 Milliarden Dollar für zusätzliche Ausleihungen zur Verfügung zu stellen.

Die europäischen Integrationsbestrebungen sind im Berichtsjahr in eine neue Phase eingetreten, indem Grossbritannien nach eingehenden Besprechungen mit den Partnerländern der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) sowie den Mitgliedstaaten des Commonwealth Ende Juli formell um den Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ersuchte. Dänemark

schloss sich diesem Schritt unverzüglich an. Für die übrigen EFTA-Länder stellte sich die Frage eines Anschlusses an den Gemeinsamen Markt noch nicht mit der gleichen Dringlichkeit. Besondere Probleme warf die Beitrittsfrage namentlich für die neutralen Staaten Österreich, Schweden und die Schweiz auf, die sich nach gemeinsamer Beratung entschlossen, einzeln um die Aufnahme von Verhandlungen mit der EWG nachzusuchen.

In der *Schweiz* setzte sich die wirtschaftliche Expansion bei stärkster Anspannung aller Produktionskräfte während des ganzen Berichtsjahres unvermindert fort. Auftriebsimpulse gingen insbesondere von der Investitionstätigkeit, vom Export und vom wachsenden Bedarf an Konsumgütern aus. Die Zahl der in der schweizerischen Wirtschaft beschäftigten ausländischen Arbeitskräfte nahm weiter zu. Dennoch blieb die Lage am Arbeitsmarkt angespannt. Bedingt durch die grosse Nachfrage, stieg die Einfuhr in noch nie dagewesenem Ausmass an. Da der Exportaufschwung mit der Importzunahme nicht Schritt hielt, schloss die Handelsbilanz mit einem Rekorddefizit ab, das durch die Überschüsse der unsichtbaren Ertragsposten nicht mehr gedeckt werden konnte. Der konjunkturelle Überdruck wirkte sich auch auf die Lohn- und Preisentwicklung aus, die deutlich nach oben gerichtet blieb.

Der schweizerische Geld- und Kapitalmarkt bewahrte seine flüssige Verfassung, und die Zinssätze hielten sich bei mässigen Ausschlägen im allgemeinen auf niedrigem Niveau. Das war in Anbetracht der im Berichtsjahr deutlich defizitären Gestaltung der schweizerischen Ertragsbilanz und der hohen Kapitalexporte, die zusammen eigentlich zu einem Abgang von Währungsreserven und einer entsprechenden Mittelverminderung am Markt hätten führen müssen, nicht selbstverständlich. Die Erklärung hiefür ist darin zu suchen, dass der Fehlbetrag der Ertragsbilanz und die Kapitalexporte durch Geldzuflüsse aus dem Ausland überdeckt wurden.

Die schweizerische Währungslage wurde durch Geldbewegungen, die im Gefolge der weltpolitischen Spannungen und der dauernden Unsicherheit auf dem Gebiet der internationalen Währungen eintraten, in entscheidendem Masse beeinflusst. Nachdem sich der Mittelzugang in unser Land in den ersten Wochen des Jahres noch fortgesetzt hatte, begann sich im Februar unter dem Eindruck der Zusicherung von Präsident Kennedy über die Aufrechterhaltung der Dollarparität ein Abfluss von Devisen abzuzeichnen. Schon Anfang März jedoch bewirkten die Währungsaufwertungen in der Bundesrepublik Deutschland und in den Niederlanden eine Richtungsänderung der Geldströme. Die im Ausland gehegte Erwartung, dass auch der Schweizerfranken aufgewertet werde, brachte unserem Land einen beträchtlichen Mittelzufluss, der im Verlauf von wenigen Tagen mehr als 1,2 Milliarden Franken erreichte. Die Erklärungen des Bundesrates und der Nationalbank, dass eine Aufwertung des Frankens ausser Frage stehe, vermochten zunächst die Spekulation abzuschwächen, doch führte der kurz darauf einsetzende Angriff auf das Pfund Sterling zu neuen Devisenzugängen. Im August folgte die Berlinkrise, die weitere Kapitalüberweisungen auslöste.

Der grosse Mittelzustrom stellte die Nationalbank vor neue Probleme und veranlasste sie, ihre äussere Währungspolitik in vermehrtem Masse mit dem Blick auf die internationalen Zusam-

menhänge zu führen. So wurde entgegen dem angestammten Grundsatz im Frühjahr von einer Umwandlung von Dollars in Gold abgesehen, weil bedeutende Goldverluste der Vereinigten Staaten in einem Zeitpunkt, als der Dollar eben eine Vertrauenskrise überwunden hatte, diese wichtige Währung geschwächt und damit die Währungsordnung der westlichen Welt tangiert hätten. Die Nationalbank gab aber Mitte März im offiziellen Kommentar zum Notenbankausweis bekannt, dass die vorübergehende Haltung erhöhter Dollarbestände keine Abkehr von ihrer bisherigen Politik mit Bezug auf die Zusammensetzung ihrer Währungsreserven bedeute.

Andererseits konnte die Nationalbank nicht untätig zusehen, wie durch spekulative Angriffe das Pfund, an dessen Stabilität auch die Schweiz stark interessiert ist, gefährdet wurde. In dieser Lage entschloss sie sich, initiativ in das Geschehen einzugreifen. In der Absicht, Grossbritannien einen Teil der dort abgezogenen und nach der Schweiz verlegten Gelder wieder zur Verfügung zu stellen, trat die Nationalbank der Bank von England gegenüber mit 200 Millionen Dollar in Vorschuss. Die starke Marktverflüssigung als Folge der hohen Devisenzugänge liess es sodann als zweckmässig erscheinen, den kurzfristigen Kapitalexpert nach England, der durch die hohen Kurssicherungskosten behindert, zeitweise sogar verunmöglicht wurde, zu fördern. Zu diesem Zweck überliess die Nationalbank der Bank von England im Rahmen verschiedener Swap-Operationen Gold gegen Pfund Sterling auf zwei bis drei Monate und stellte dem Bund und den Banken die auf diese Weise kursgesicherten Pfundbeträge – insgesamt 40 Millionen Pfund – für kurzfristige Anlagen in England zur Verfügung. Diese Swap-Operationen gelangten im Verlauf des Jahres zur Auflösung, und auch der Dollarvorschuss wurde bis Jahresende schrittweise liquidiert. Der letzte Teilbetrag des Vorschusses in der Höhe von 50 Millionen Dollar wurde gegen Ende Dezember durch ein Darlehen von 215 Millionen Franken ausgeglichen, das der Bund in Ergänzung der Kredithilfe des Internationalen Währungsfonds der britischen Regierung auf drei Jahre gewährte.

Ähnliche Kurssicherungsprobleme wie beim Pfund ergaben sich auch für kurzfristige Anlagen in Dollars. Seit Ende 1960 waren die Terminkurse dieser beiden Valuten infolge der allgemeinen Unsicherheit der Währungslage gedrückt, wodurch sich die Rendite von Anlagen auf kursgesicherter Basis uninteressant gestaltete. Daher bemühte sich die Nationalbank, in enger Zusammenarbeit mit den amerikanischen Währungsbehörden, die Differenz zwischen dem Kassenkurs und dem Terminkurs für den Dollar zu reduzieren, indem sie am Markt Dollars auf Termin kaufte. Da die Nationalbank nach Gesetz zur Durchführung von Devisentermingeschäften nicht befugt ist, erwarb sie die Dollars für Rechnung der Federal Reserve Bank von New York, die ihrerseits als Agent des amerikanischen Schatzamtes handelte. Die Terminkäufe beliefen sich auf einen Betrag von rund 150 Millionen Dollar. In diesem Ausmass konnte die Nationalbank vom Erwerb von Dollars entlastet werden, die sie bei dem gedrückten Dollarkurs sonst hätte übernehmen müssen; andererseits liessen sich dadurch entsprechende Goldverluste der Vereinigten Staaten, die durch die Umwandlung von Dollars in Gold entstanden wären, vermeiden. Die Marktinterventionen lagen somit im beidseitigen Interesse. Für den Fall, dass die Termindollars bei Fälligkeit

am Markt wegen eines ungünstigen Dollarkurses nicht wieder verkauft werden können oder Terminkontrakte sich nicht verlängern lassen, benötigten die amerikanischen Währungsbehörden Schweizerfranken zur Honorierung der eingegangenen Verpflichtungen. Einen Teil dieses Frankenbedarfs deckten sie im voraus in der Weise ein, dass sie der Nationalbank dreimonatige, verlängerbare und auf Schweizerfranken lautende Schuldverschreibungen des amerikanischen Schatzamtes in der Höhe von 200 Millionen übergaben. Die genannten Schuldverschreibungen wurden dem Bund vorläufig als Anlage überlassen.

Der überaus starke Zuwachs der inländischen Geldmenge im Gefolge der Währungsaufwertungen und der Pfundkrise erheischte die besondere Aufmerksamkeit der Nationalbank, da angesichts der angespannten Konjunkturlage die Gefahr eines zusätzlichen Inflationsdruckes nicht übersehen werden durfte. Dank dem Verständnis und der Kooperationsbereitschaft der Grossbanken, bei denen sich der überwiegende Teil der eingeströmten Mittel angesammelt hatte, konnten die im Zusammenhang mit der D-Mark- und der Guldenaufwertung zugeflossenen Gelder auf einem besonderen Konto bei der Notenbank zeitlich gebunden und damit aus dem wirtschaftlichen Kreislauf ausgeschieden werden. Diese Bindung soll im Prinzip so lange aufrechterhalten bleiben, als die im Anschluss an die Aufwertungen zugeflossenen Gelder nicht wieder ins Ausland abfliessen.

Zur Verminderung der aktiven Geldmenge trug ferner auch der Bund in erheblichem Ausmass bei, indem er trotz anhaltender Überschüsse in seinem Finanzhaushalt aus konjunktur- und marktpolitischen Erwägungen die Rückzahlung von Schulden wie schon in den Vorjahren begrenzte und Kassenmittel teils bei der Nationalbank stehen liess, teils im Ausland anlegte.

Im Sinne der notenbankpolitischen Zielsetzung, die Ausweitung des Geldvolumens in Schranken zu halten, wurde das seit 18. August 1960 in Kraft stehende Gentlemen's Agreement zur Abwehr und Verminderung ausländischer Gelder um ein Jahr, d. h. bis 17. August 1962, verlängert. Ebenso wurden die zur Fälligkeit gelangten Sterilisierungsreskriptionen des Bundes, die am 1. Oktober 1960 bei den Banken plaziert worden waren, jeweils erneuert, wobei die Zinsvergütungen wiederum zu Lasten der Nationalbank gingen.

Durch die vereinten Bestrebungen der Nationalbank, des Bundes und der Banken war es möglich, nachteilige Rückwirkungen des enormen Mittelzuflusses aus dem Ausland auf den Geld- und Kapitalmarkt, auf die Zinssätze und das Preisniveau wesentlich abzuschwächen. Die Geldmenge konnte trotz des starken Zuwachses an Währungsreserven, der zu einer entsprechend hohen Frankenschaffung führte, unter Kontrolle gehalten werden. So lagen die frei verfügbaren Giro Guthaben der Wirtschaft beim Noteninstitut am Ende des Berichtsjahres deutlich unter den vor Jahresfrist ausgewiesenen Beträgen und unterschritten selbst den Guthabenstand von Ende 1959, obwohl sich die Gold- und Devisenreserven der Nationalbank seit Anfang 1960 um nicht weniger als drei Milliarden Franken vermehrt hatten.

Gaben die erwähnten Ereignisse auf dem Gebiet der Währungspolitik zu ausserordentlichen Massnahmen Anlass, so blieb die notenbankpolitische Linie unverändert. Wie schon in den beiden

vorangegangenen Jahren trachtete die Nationalbank trotz der konjunkturellen Anspannung danach, von zinsverteuernden Eingriffen in die Marktgestaltung Abstand zu nehmen, um einerseits nicht zu weiteren Geldzuflüssen aus dem Ausland Anreiz zu bieten und andererseits den Wiederabfluss überschüssiger Mittel über die Grenzen zu erleichtern. In der Weise sollte der Steigerung der Geldmenge und damit der Gesamtnachfrage entgegengewirkt werden. Aus dieser währungspolitischen Konzeption heraus war die Nationalbank liberal in der Zulassung ausländischer Anleihen und in der Bewilligung von Bankenkrediten an das Ausland. Sie griff nur so weit ordnend ein, als es eine Überlastung des Emissionsmarktes und eine Beeinträchtigung inländischer Anleihen zu vermeiden galt. Die Ableitung des beträchtlichen Mittelüberschusses ins Ausland auf dem Wege des Geld- und Kapitalexportes zur Niederhaltung der geldseitigen Auftriebskräfte stand nicht nur mit unseren eigenen konjunktur- und währungspolitischen Interessen im Einklang; sie war auch, ebenso wie die geschilderte Zusammenarbeit mit ausländischen Notenbanken, geeignet, zur Beruhigung und Normalisierung der internationalen Währungslage beizutragen. An einer stabilen internationalen Währungsordnung ist unser Land angesichts seiner starken wirtschaftlichen Verflechtung mit dem Ausland in besonders hohem Masse interessiert.

DER KONJUNKTURVERLAUF IN DER SCHWEIZ

Die Wirtschaftsentwicklung stand im Jahre 1961 im Zeichen der konjunkturellen Übersteigerung. Die Auftriebskräfte gingen in erster Linie von einer beschleunigten Investitionstätigkeit und dem starken Wachstum des privaten Verbrauchs aus. Die Auslandsnachfrage stieg nicht im gleichen Umfang an wie im vorangegangenen Jahr. Das Schwergewicht der Expansion verlagerte sich auf die binnenwirtschaftlichen Bereiche. Die *industrielle und gewerbliche Erzeugung* erfuhr eine kräftige Zunahme. Nachdem die Produktionsreserven schon im Vorjahr weitgehend ausgeschöpft waren, konnte sie nur durch die Errichtung neuer und die Erweiterung bestehender Fabrikationsstätten, durch den vermehrten Zuzug von Fremdarbeitern sowie durch Rationalisierungsmassnahmen vergrössert werden. Die Steigerung der Gesamtnachfrage übertraf den Anstieg des einheimischen Angebots, was zu einer Verschärfung der Anspannungen führte und eine sprunghafte Erhöhung der Einfuhr bewirkte. Auch in den letzten Monaten der Berichtszeit zeigten sich, abgesehen von einem leichten Rückgang der Bestellungen in einzelnen Wirtschaftszweigen, keine deutlichen Abschwächungssymptome. Der Arbeitsvorrat nahm, wenn auch in verlangsamtem Tempo, im ganzen nochmals zu. Lediglich in der Textilindustrie bewegte er sich rückläufig.

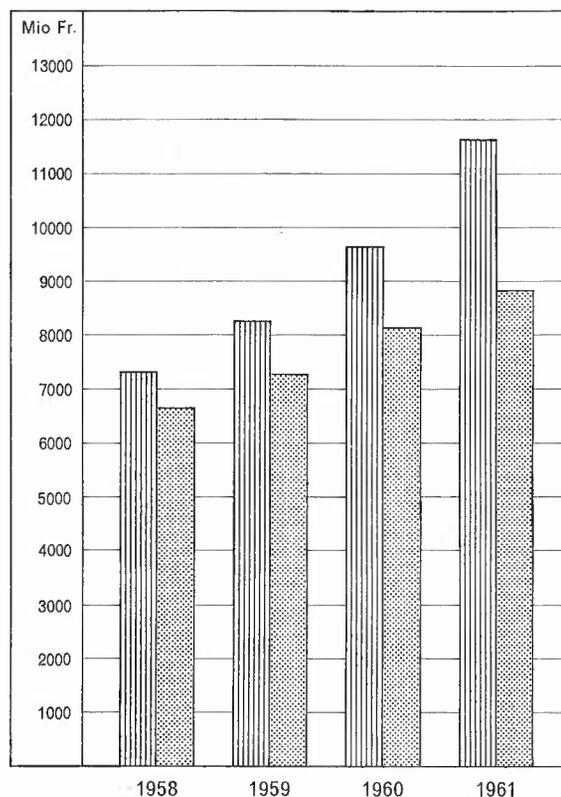
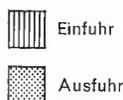
Die *Beschäftigung* verzeichnete eine erhebliche Ausdehnung. Die Zahl der in Fabrikbetrieben tätigen Arbeiter stieg von September 1960 bis September 1961 um 51 000 auf 718 000. Da sie vom Frühjahr 1961 an langsamer als ein Jahr zuvor in die Höhe ging, ermässigte sich die am jeweiligen Vorjahresstand gemessene Zuwachsrate von 7,8 Prozent Ende des ersten auf 7,2 Prozent Ende des dritten Quartals. Eine Verminderung der Wachstumssätze, welche die vermehrten Schwierigkeiten in der Rekrutierung von Arbeitskräften widerspiegelte, war in den

meisten Industrien festzustellen. Ende September lag die Zahl der Arbeiter durchweg höher als vor Jahresfrist, doch stieg sie in den einzelnen Produktionszweigen in einem unterschiedlichen Ausmass an.

Angesichts der verschärften Anspannungen am Arbeitsmarkt blieb die Beschaffung von Arbeitskräften das wirtschaftliche Zentralproblem. Im August belief sich der Gesamtbestand der kontrollpflichtigen ausländischen Arbeiter und Angestellten auf 548 000, nachdem er ein Jahr zuvor 435 000 erreicht hatte. Von der Zunahme um 113 000 oder 26 Prozent entfielen 76 000 oder rund zwei Drittel auf Nichtsaisonarbeiter, deren Beschäftigung meistens Dauercharakter hat; 34 000 waren Saisonarbeiter, wogegen sich das Kontingent der Grenzgänger um lediglich 3 000 erweiterte. Die kräftige Vermehrung des Bestandes an Nichtsaisonarbeitern zeigt, dass die Aufrechterhaltung der industriellen Produktion immer stärker von der Beschäftigung nichtschweizerischer Arbeitskräfte abhängt. Die Zahl der Fremdarbeiter erhöhte sich, von den landwirtschaftlichen Arbeitern und den Hausangestellten abgesehen, in allen Berufsgruppen.

Die verstärkte Investitionstätigkeit kam vor allem im anhaltenden Anstieg der *Baukonjunktur* zum Ausdruck. Die im Frühjahr vom Delegierten für Arbeitsbeschaffung durchgeführten Erhebungen ergaben für das Jahr 1961 ein voraussichtliches Bauvolumen von 8 063 Millionen Franken. Dieser Betrag überschritt die Bauprojekte des Vorjahres, welche das Leistungsvermögen der Bauwirtschaft bereits merklich übertroffen hatten, um 1 614 Millionen Franken oder 25 Prozent. Da die Bauvorhaben 1961 sogar 32 Prozent über der Bauproduktion des Jahres 1960 lagen, ist anzunehmen, dass manches Projekt nicht ausgeführt werden konnte, obwohl die Kapazität des Baugewerbes durch die vermehrte Heranziehung ausländischer Arbeitskräfte und die zunehmende Mechanisierung eine Ausdehnung erfahren hatte. Von den Planungen im genannten Umfang von 8 063 Millionen Franken entfielen 2 563 Millionen auf den öffentlichen und 5 500 Millionen Franken auf den privaten Bau. Die öffentlichen Projekte machten 48 Prozent, die privaten Vorhaben 26 Prozent mehr als die entsprechenden Bauaufwendungen im Jahre 1960 aus. Im gewerblichen und industriellen Bau übertrafen die Projekte mit 1 772 Millionen Franken die Bauausgaben des Vorjahres um 30 Prozent. Hierin kommen, neben der Erstellung neuer Fabriken, die Bestrebungen zur Rationalisierung der Anlagen deutlich zum Ausdruck. Die Wohnbauvorhaben wurden auf 3 198 Millionen Franken veranschlagt; sie lagen 26 Prozent über der vorjährigen Wohnungsproduktion. Die Entwicklung der statistisch erfassten Wohnbautätigkeit im Laufe des Jahres lässt jedoch vermuten, dass dieser hohe Zuwachssatz nicht erreicht worden sein dürfte.

Im ersten Halbjahr 1961 wurden in 462 Gemeinden mit über 2 000 Einwohnern 19 859 Wohnungen fertiggestellt oder 14 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des vorangegangenen Jahres. Ende Juni 1961 befanden sich in diesen Gemeinden 43 200 Wohnungen im Bau gegenüber 40 900 vor Jahresfrist. Die Zunahme der Wohnbautätigkeit erstreckte sich überwiegend auf die Landgemeinden. In den 65 Städten mit über 10 000 Einwohnern wurden mit 23 988 im Berichtsjahr neuerstellten Wohnungen die Rekordzahlen des Vorjahres zwar gleichfalls überschritten, doch war der Zuwachs bescheiden. Er betrug nur 4,1 Prozent, wobei in den Großstädten sogar ein Rückschlag um



6,8 Prozent zu verzeichnen war. Die Baubewilligungen zeigten in den städtischen Gemeinden eine Abnahme. Mit 28 773 Wohnungen blieben sie 9,6 Prozent hinter der Vergleichszahl für das Jahr 1960 zurück.

Der verlangsamte Anstieg der Wohnbautätigkeit, wie er aus diesen Zahlen hervorgeht, ist auf die vollständige Auslastung der Bauwirtschaft, den Mangel an Arbeitskräften, das Fehlen von Bauland in den Städten und die hohen Bodenpreise zurückzuführen. Gleichzeitig dürften hierzu Entspannungstendenzen auf dem Wohnungsmarkt beigetragen haben, die ausserhalb der grösseren Bevölkerungsagglomerationen da und dort in Erscheinung traten. Auch war eine gewisse Verlagerung der Bautätigkeit vom Wohnungsbau auf den gewerblichen und industriellen Bau festzustellen. Während die Zahl der begutachteten Fabrikbauvorlagen im ersten Quartal die Vorjahresziffer um 12 Prozent übertraf, belief sich die entsprechende Zuwachsrate im zweiten Quartal auf 20 Prozent und im dritten Quartal auf 22 Prozent; im letzten Vierteljahr betrug sie noch 9 Prozent.

Besonders ausgeprägt trat die Steigerung der wirtschaftlichen Aktivität im *Aussenhandel* zutage. Die Wareneinfuhr wies ein beschleunigtes Wachstum auf, während die Zunahme des Exports kleiner ausfiel als im Jahre 1960.

Die Einfuhr stellte sich auf 11 644 Millionen Franken. Sie lag damit 1 996 Millionen Franken oder 20,7 Prozent über dem Ergebnis des Vorjahres, in welchem die Zuwachsrate 16,7 Prozent betragen hatte. Der hohe Einfuhrbedarf hielt bis zum Jahresende an. In der Zusammensetzung des Imports ergab sich eine Verlagerung auf die Fabrikate, deren Einfuhr sich um 29,7 Prozent

auf 6 456 Millionen Franken erhöhte. Der Import von Rohstoffen stieg um 11,8 Prozent auf 3 400 Millionen Franken, jener von Lebens- und Futtermitteln um 9,7 Prozent auf 1 788 Millionen Franken. Die Mehreinfuhr von Fabrikaten beruhte vor allem auf der hohen Nachfrage nach Investitionsgütern und der fortschreitenden Motorisierung des Strassenverkehrs, wuchs doch der Importwert von Maschinen, Instrumenten, Apparaten und Automobilen um 689 Millionen Franken oder 36,8 Prozent. Die relativ mässige Zunahme der Rohstoffzufuhr zeigt, dass die schweizerische Wirtschaft ihre Lagerbestände im ganzen nicht stark vergrössert haben dürfte, was angesichts der unruhigen Weltlage eher überrascht.

Die Ausfuhr erhöhte sich um 8,5 Prozent auf 8 822 Millionen Franken, während im Jahre 1960 die Zuwachsrate 11,8 Prozent betragen hatte. Das Wachstumstempo liess somit eine Tendenz zur Abschwächung erkennen. Gleichzeitig vollzog sich in der Zusammensetzung der Ausfuhr eine Verschiebung, da die Exportsteigerung vorab vermehrten Ausfuhren der Metall-, Maschinen- und Uhrenindustrie zuzuschreiben war. Diese Branchen, welche drei Fünftel der gesamten Ausfuhrzunahme auf sich vereinigten, vermochten ihren Auslandabsatz um 9,9 Prozent zu vergrössern, wogegen sich die Vergleichsrate für die chemische Industrie auf 6,9 Prozent belief und die Textilausfuhr den Vorjahresstand nur geringfügig überschritt.

In der regionalen Gliederung des Aussenhandels ergab sich bei der Einfuhr ein deutlicher Anstieg des Imports aus den europäischen Ländern, während jener aus Übersee eine nur bescheidene Expansion aufwies. So kamen nahezu neun Zehntel der Mehreinfuhr aus Europa. In der Verteilung der Ausfuhr zeigten sich keine grundlegenden Veränderungen; insbesondere hatte die konjunkturelle Erholung in den Vereinigten Staaten von Amerika auf den schweizerischen Export keinen merklichen Einfluss.

Entgegen den Befürchtungen und trotz der wachsenden gegenseitigen Diskrimination auf dem Gebiete der Zölle führte die Aufspaltung Europas in zwei Wirtschaftsblöcke zu keiner fühlbaren Verlagerung der schweizerischen Handelsströme nach dem EFTA-Raum. Sowohl der Warenaustausch mit den Ländern der EWG als auch der Handel mit unseren Partnerstaaten in der EFTA weiteten sich aus. Von der Gesamteinfuhr entfielen auf die EWG 62,5 Prozent, verglichen mit 61,0 Prozent im Jahr zuvor, auf den EFTA-Raum 12,5 gegenüber 11,7 Prozent. Die Ausfuhr nach den EWG-Ländern stieg von 40,9 auf 41,5 Prozent, jene nach den EFTA-Staaten von 17,0 auf 17,2 Prozent des Gesamtexports.

Der Einfuhrüberschuss war mit 2 822 Millionen Franken beinahe doppelt so gross wie im Jahre 1960; demzufolge wird die Ertragsbilanz mit einem erheblichen Fehlbetrag abschliessen.

Die Witterung beeinflusste die Produktionsverhältnisse in der *Landwirtschaft* unterschiedlich. Nach einem frühen Vegetationsbeginn hemmte das kühle und regnerische Wetter in den folgenden Monaten die Entwicklung der Kulturen. Im Sommer erleichterten Schönwetterperioden die Erntearbeiten, und nach einem Kälteeinbruch im August förderte ein warmer und sonniger Herbst das Ausreifen von Ackerfrüchten, Obst und Trauben. Es wurde eine quantitativ grosse Heuernte von mittlerer Qualität eingebracht; die Ernte von Getreide, Hackfrüchten und Kernobst fiel da-

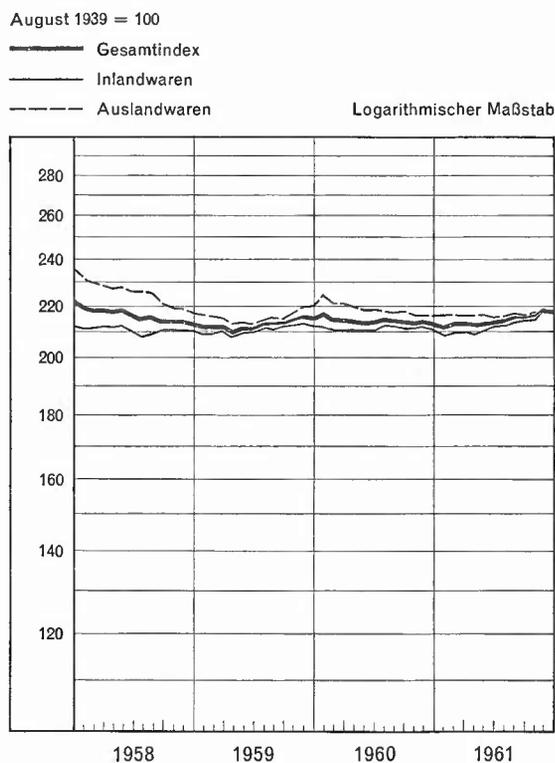
gegen geringer aus als im vorangegangenen Jahr. Überdurchschnittlich und von sehr guter Qualität war der Weinertrag. Die Milcheinlieferungen bewegten sich rückläufig, so dass die Verwertungsschwierigkeiten an Schärfe verloren. Die Verkehrsmilchproduktion unterschritt den Vorjahresstand um 1,4 Prozent. Günstig gestaltete sich bei anziehenden Produzentenpreisen der Absatz von Schlachtvieh. Der Endrohertrag der schweizerischen Landwirtschaft war mit 3 034 Millionen Franken 1,9 Prozent grösser als 1960. Der Index der Preise landwirtschaftlicher Produktionsmittel und Dienstleistungen (1948 = 100) stieg von 120,7 im Dezember 1960 auf 126,1 im Dezember 1961 oder um 4,5 Prozent. Die Erhöhung beruhte vor allem auf Preisaufschlägen bei Geräten und Maschinen sowie auf steigenden Baukosten und Dienstbotenlöhnen.

Um die Lage der Landwirtschaft zu verbessern, deren Entwicklung trotz einer beträchtlichen Zunahme der Produktivität mit den anderen Wirtschaftszweigen einkommensmässig nicht Schritt hielt, ergriff der Bundesrat im Frühjahr und im Herbst verschiedene Massnahmen. Unter Beibehaltung des Grundpreises für den Produzenten von 43 Rappen erhöhte er ab 1. Mai, durch Verminderung des Rückbehaltes, den Auszahlungspreis für Milch von 40 auf 42 Rappen je Kilogramm, und auf den 1. November 1961 setzte er den Grundpreis auf 45 Rappen fest, bei einem Rückbehalt von 1 Rappen. Die höheren Produzentenpreise fanden im Anstieg des Index der Preise landwirtschaftlicher Produkte um 5,0 Prozent, von 103,3 Ende 1960 (1948 = 100) auf 108,5 Ende 1961, ihren Niederschlag.

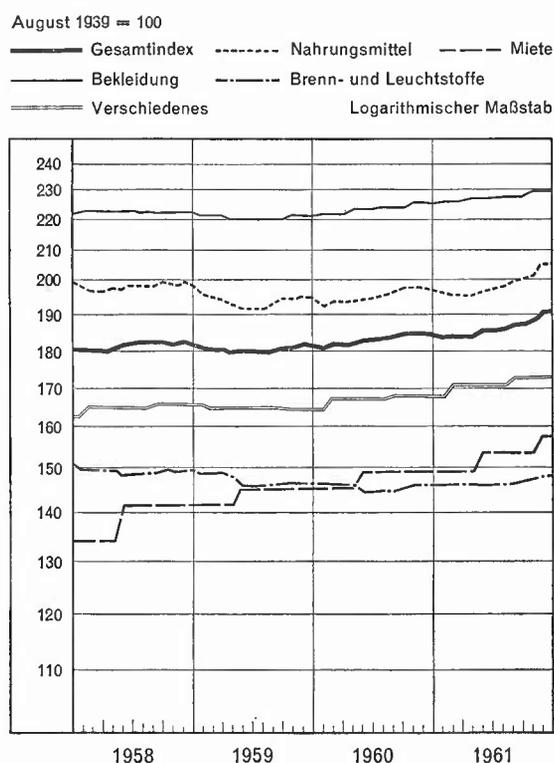
Der *Fremdenverkehr* nahm weiter zu. In der Wintersaison 1960/61 lag die Zahl der Logiernächte in Hotels und Pensionen 11 Prozent, im Frühjahr 1961 sogar 14 Prozent höher als ein Jahr zuvor. In den darauffolgenden Monaten schwächten sich die Zuwachsraten jedoch ab, insbesondere weil der Besuch aus den Vereinigten Staaten zurückging und jener aus Grossbritannien auf dem Vorjahresstand verharrte. Die Abnahme der Aufenthalte nordamerikanischer Gäste wirkte sich vor allem auf die Frequenzen in der Zentralschweiz aus, wo die Zahl der Übernachtungen im Sommer das Vorjahresergebnis nicht erreichte, während sich in allen anderen Regionen der Fremdenverkehr belebte. Von Januar bis November wurden insgesamt 27,0 Millionen Übernachtungen registriert, wovon 16,0 Millionen auf Gäste aus dem Ausland und 11,0 Millionen auf Besucher aus der Schweiz entfielen. Für die ausländischen Gäste stellte sich die Zunahme der Logiernächte auf 9,3 Prozent, für die einheimischen Besucher auf 7,8 Prozent, für beide zusammen auf 8,7 Prozent gegen 5,2 Prozent im Jahre 1960. Die Ausnützung der Beherbergungskapazität stieg nur leicht an, weil das Bettenangebot durch den Bau neuer Hotels eine Ausweitung erfahren hat.

Die ungebrochene Aufwärtsentwicklung der allgemeinen Wirtschaftstätigkeit fand ihren Niederschlag auch in wachsenden *Verkehrsleistungen* der Schweizerischen Bundesbahnen, die mehr und mehr bis an die Grenze ihrer Kapazität beansprucht wurden. Im Güterverkehr belief sich die Zunahme auf 4,8 Prozent. Eine erhebliche Steigerung um 8,6 Prozent verzeichnete dabei der Transitgüterverkehr. Der Personenverkehr, der in den beiden vorangegangenen Jahren keine Ausweitung mehr aufgewiesen hatte, profitierte nun gleichfalls von der andauernden Hochkon-

Schweizerischer Grosshandelsindex



Index der Konsumentenpreise



junktur. Die Zahl der von den Schweizerischen Bundesbahnen beförderten Fahrgäste stieg im Vergleich zum Vorjahr um 2,5 Prozent.

Die Preise tendierten nach oben, was angesichts des Nachfrageüberschusses und der Kostenerhöhungen nicht überraschen konnte. In den letzten Monaten der Berichtszeit beschleunigte sich der Preisanstieg. Die Hauptursachen der Teuerung lagen in der einheimischen Kostenentwicklung, während die Auftriebskräfte vom Ausland her sich in engem Rahmen hielten.

Der Grosshandelsindex stellte sich Ende Dezember 1960 auf 213,2 (August 1939 = 100). Er stieg bis Ende Dezember 1961 auf 218,7 Prozent und lag damit 2,6 Prozent über dem entsprechenden Vorjahresstand, den er am Jahresanfang noch um 1,2 Prozent unterschritten hatte. Das mittlere Preisniveau der Waren ausländischer Herkunft zeigte eine Erhöhung um nur 1,1 Prozent; die Waren schweizerischer Erzeugung verteuerten sich dagegen im Durchschnitt um 3,8 Prozent. Preisaufläge traten vor allem bei tierischen Nahrungsmitteln ein, insbesondere bei der Milch, den Molkereiprodukten und beim Schlachtvieh.

Die Überwälzung von Kostenerhöhungen auf die Preise einheimischer Agrarerzeugnisse, auf den Brotpreis und auf die Preise von Bekleidungsartikeln und Dienstleistungen sowie eine behördlich bewilligte generelle Heraufsetzung der Mieten von Altwohnungen, die zum Teil auch die Mietpreise neuerer Objekte mit sich zog, lösten eine namhafte Zunahme der Kosten der Lebenshaltung aus. Der Index der Konsumentenpreise, der in den ersten Monaten 1961 ungefähr

auf dem Stand von Ende Dezember 1960 von 184,7 (August 1939 = 100) verblieben war, bewegte sich vom Mai an vorerst mässig, in der Folge aber deutlich aufwärts. Ende Dezember belief er sich auf 191,2 und überschritt den Stand vor Jahresfrist um 3,5 Prozent. Eine Erhöhung in diesem Ausmass muss zu Besorgnis Anlass geben, dies um so mehr, als die Schweiz im abgelaufenen Jahr ihre Stellung als Land mit der niedrigsten Teuerungsrate einbüsste.

Auch die Entwicklung der *Löhne* stand im Zeichen der Hochkonjunktur. Die Lohnsätze in Industrie und Baugewerbe stiegen von Ende September 1960 bis Ende September 1961 um durchschnittlich 4,5 Prozent gegen 3,3 Prozent in der vorangegangenen Zwölfmonatsperiode. Zum Teil erfolgten die Lohnsatzverbesserungen als Ausgleich für Verkürzungen der wöchentlichen Arbeitszeit.

Die Zunahme der Beschäftigung und die Heraufsetzung der Löhne und Gehälter bewirkten eine anhaltend kräftige Ausweitung der Einkommen der breiten Verbraucherschichten. Die *Umsätze des Einzelhandels* zeigten, nicht zuletzt auch wegen des regen Fremdenverkehrs, eine beträchtliche Steigerung. Diese betraf nicht nur Konsumgüter, sondern im Zusammenhang mit dem Investitionsboom und der lebhaften Wohnbautätigkeit auch Ausrüstungsgegenstände und Güter für den Wohnbedarf. Insgesamt lagen die Umsätze des Einzelhandels 10,4 Prozent über dem Vorjahresergebnis.

Der *Voranschlag der Eidgenossenschaft* für 1961 sah einen Fehlbetrag der Finanzrechnung von 99 Millionen Franken und eine praktisch ausgeglichene Gesamtrechnung vor. Der tatsächliche Abschluss fiel aber günstiger aus, da die Fiskaleinnahmen, welche mehr als vier Fünftel der Erträgnisse der Finanzrechnung ausmachen, die budgetierten Beträge beträchtlich übertrafen. Sie brachten mit 2 978 Millionen Franken 172 Millionen mehr ein als im vorangegangenen Jahr. In dieser Zunahme fanden die rege Wirtschaftstätigkeit, die kräftig gestiegenen Einfuhren und die erhöhten Umsätze im Waren- sowie im Kapitalverkehr ihren Niederschlag. Die Ausgaben des Bundes blieben namentlich im ersten Halbjahr hinter den Einnahmen zurück, so dass seine Kassenmittel eine erhebliche Ausweitung aufwiesen. Im dritten Vierteljahr zeigte der Einnahmenüberschuss aber eine deutliche Schrumpfung, die in erster Linie den Aufwendungen für den Bau von Nationalstrassen zuzuschreiben war. Das Budget für 1962 rechnet mit einem Einnahmenüberschuss der Finanzrechnung von 192 Millionen und einem Reinertrag der Gesamtrechnung von 105 Millionen Franken.

WÄHRUNGSRESERVEN UND VALUTAMARKT

Entgegen der zu Jahresanfang sonst üblichen Tendenz verzeichneten die *Währungsreserven* im Januar einen Zuwachs, obwohl die Banken Dollars im Betrage von 190 Millionen Franken zurücknahmen, die sie im Rahmen von Swap-Operationen kurz vor Ende 1960 an das Noteninstitut abgetreten hatten. Die allmähliche Rückkehr des Vertrauens in den amerikanischen Dollar brachte eine Wende und führte zu einer, wenn auch nur vorübergehenden Verringerung des

Gold- und Devisenvorrates. Dieser fiel auf 9 940 Millionen Franken in der ersten Märzwoche und unterschritt damit den Stand von Ende 1960 um 98 Millionen. Der Geldzustrom aus dem Ausland liess dann die Währungsreserven sprunghaft auf 11 187 Millionen Franken am 15. März ansteigen. In der nachfolgenden Ausweiswoche trat im Zusammenhang mit den schon erwähnten Stützungsmaßnahmen zugunsten des englischen Pfundes eine Abnahme ein. Bereits im Juni hatte aber das Wiederaufleben der Diskussionen um die englische Valuta und die Repatriierung von Auslandguthaben der Banken und der Wirtschaft eine weitere Verlagerung von Geldern nach unserem Lande und damit ein Anwachsen des Gold- und Dollarbestandes im Gefolge. Zu dessen Vermehrung trugen neben erneuten Devisenzuflüssen, verursacht hauptsächlich durch die Berlinkrise, auch die ersten Rückzahlungen der der Bank von England im März gewährten Vorschüsse bei. Mit 12 013 Millionen Franken erreichte der Gold- und Devisenvorrat am 23. September einen absoluten Höchststand. Im letzten Quartal zeigten die Währungsreserven zunächst eine Verminderung, doch rührte diese nicht von Abgaben von Dollars an den Markt, sondern vorwiegend von kurzfristigen Anlageoperationen her, welche die Nationalbank für Rechnung des Bundes durchführte. Die Ultimovorbereitungen der Banken bewirkten in der zweiten Hälfte Dezember einen weiteren Zuwachs an Währungsmitteln. Allein in der letzten Ausweiswoche hatte die Nationalbank Dollars im Betrage von 325 Millionen Franken zu übernehmen; hievon entfielen 281 Millionen Franken auf Swap-Operationen mit Banken. Demgegenüber ergab sich im Zusammenhang mit der Durchführung des Bundesdarlehens an die englische Regierung ein Dollarausgang im Gegenwert von 215 Millionen Franken. Der Gold- und Devisenvorrat belief sich am 31. Dezember 1961 auf 11 920 Millionen Franken; er war um 1 882 Millionen oder 18,8 Prozent grösser als ein Jahr zuvor.

In der Zusammensetzung der Währungsreserven ergab sich in der Berichtszeit eine vorübergehende Verschiebung. Als im März ein starker Anstieg ihres Devisenvorrates eintrat, sah die Nationalbank aus den hievor dargelegten Gründen von einer Umwandlung der von ihr übernommenen Dollars in Gold ab. Ende März erreichte der Dollarvorrat 1 582 Millionen Franken. Hierauf, namentlich vom Sommer an, wurde er teils durch Verkäufe, teils durch die Umwandlung in Gold abgebaut. Im weiteren wurden kurz vor Jahresende der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel für ein paar Tage Dollars im Betrage von 239 Millionen Franken gegen Gold überlassen. Ein erheblicher Teil der im Rahmen der Ultimovorkehrten der Banken hereingeströmten Dollars konnte demnach über dieses Institut ausländischen Märkten wieder zur Verfügung gestellt werden. Am 31. Dezember belief sich der Dollarbestand auf 842 Millionen Franken gegenüber 583 Millionen vor Jahresfrist. Der Goldvorrat nahm im Laufe des Jahres von 9 455 Millionen auf 11 078 Millionen Franken zu.

Der schweizerische *Valutamarkt* stand gleichfalls im Zeichen der unsicheren internationalen Währungslage; insbesondere widerspiegelten sich die Kapitalbewegungen über die Landesgrenzen im Kursverlauf des amerikanischen Dollars. Dieser bewegte sich zu Beginn des Jahres auf dem damaligen Aufnahmekurs der Nationalbank von 4,305 Franken, von welchem er sich alsdann

löste und bis auf 4,335 im Februar anzog. Als die amerikanische Devisen unter dem Einfluss der Auswirkungen der westdeutschen und holländischen Währungsmaßnahmen unter Druck geriet, übernahm die Nationalbank Dollars in grossem Umfang zum Kurs von 4,315; sie hielt an diesem unteren Interventionspunkt in der Folge fest. Leicht höher lag der Dollar im Frühjahr, doch fiel er im Sommer wiederholt auf den genannten Ankaufspreis zurück. Im Oktober zeigte die Dollar-Notiz eine Tendenz zur Befestigung und bewegte sich bis kurz vor Ende November bei geringfügigen Schwankungen knapp über 4,32. Im Dezember schwächte sie sich wieder auf 4,315 ab, um am Jahresende mit 4,316 zu schliessen.

Das im Abschnitt « Allgemeine Betrachtungen » erwähnte Misstrauen gegenüber der Entwicklung der Währungslage Grossbritanniens führte zu starken Schwankungen des Pfund Sterling-Kurses. Nachdem die englische Valuta bis Ende Mai zwischen 12,05 und 12,12 Franken fluktuierte, ging sie bis auf 12,01 Mitte Juli zurück. Dank der Stützungsaktion des Internationalen Währungsfonds erholte sich der Pfundkurs im August, und zu Beginn des Monats Oktober erreichte er mit 12,18 den höchsten Stand. Am Jahresende wurde das englische Pfund zu einem Kurs von 12,12 gehandelt.

Die Wechselkurse der anderen europäischen Währungen auf dem schweizerischen Devisenmarkt bewegten sich nur zeitweise parallel zum Kurs des amerikanischen Dollars. Im übrigen zeigten sie unter dem Einfluss politischer oder wirtschaftlicher Ereignisse in einzelnen Ländern ausgeprägte Eigenbewegungen. Die Kurse wiesen während der ganzen Berichtszeit ein Disagio gegenüber dem Schweizerfranken auf, was dessen feste Haltung zum Ausdruck brachte. Zum Teil kamen sie vorübergehend nahe an die unteren Kursgrenzen heran. Am 31. Dezember 1961 lagen die Wechselkurse der Währungen der Mitgliedstaaten des Europäischen Währungsabkommens um 0,6 bis 1,4 Prozent unter den vereinbarten Paritäten.

Besondere Aufmerksamkeit verdiente vor allem die Entwicklung des kanadischen Dollars. Dieser verzeichnete am Jahresanfang ein geringfügiges Agio gegenüber dem US-Dollar. Der kanadische Wechselkurs zog dann aber auf 1,0178 im März an, auf welchem Stand er bis Ende Mai verblieb. Im Juni schritt die Regierung Kanadas zu einer grundlegenden Änderung ihrer Währungspolitik, mit dem Zweck, die Ausfuhr durch eine Senkung des Aussenwertes der Landeswährung zu fördern. Die Bank von Kanada kaufte zu steigenden Kursen US-Dollars, wodurch der Kurs der kanadischen Valuta bis auf 0,97 fiel. Nach einer stabilen Entwicklung ging deren Notierung vom November an weiter auf 0,96 zurück.

Die Lage an den internationalen *Goldmärkten* wurde zu Beginn des Jahres zunächst von der allgemeinen Unsicherheit über die künftige Wirtschafts- und Währungspolitik der Vereinigten Staaten beherrscht. Am Londoner Markt wurde Gold noch Mitte Januar zu 35,77½ Dollar die Unze fein gehandelt. Als Folge der unter der Administration Präsident Eisenhowers verfügten Massnahme, dass Personen, die der Hoheit der Vereinigten Staaten von Amerika unterstehen, auch ausserhalb der Vereinigten Staaten kein Gold mehr besitzen dürfen und allen derartigen Besitz bis zum 1. Juni veräussern mussten, vor allem aber nach der Erklärung des neuen

Präsidenten, am Goldpreis von 35 Dollar die Unze fein festzuhalten, fiel der Goldpreis in London rasch zurück. Bereits in der zweiten Hälfte Februar stellte er sich auf $35,07\frac{1}{8}$, d. h. unter den offiziellen Abgabepreis der amerikanischen Notenbank von $35,08\frac{3}{4}$. Im März sank er sogar auf $35,05\frac{1}{2}$. Auf diesem Niveau verharrte er im allgemeinen bis kurz nach Mitte Juni. Die Zuspitzung der weltpolitischen Lage brachte von der zweiten Hälfte Juli an eine zunehmende Befestigung. Mitte September erreichte der Londoner Goldpreis 35,19 bis 35,20, auf welchem Stand er bei geringen Veränderungen bis Ende Oktober verblieb. In den zwei nachfolgenden Monaten schwächte er sich bis auf $35,13\frac{3}{8}$ ab.

Die Entwicklung des Goldpreises in der Schweiz verlief im Einklang mit den Notierungen an den internationalen Goldmärkten. Für das Kilogramm fein wurde Mitte Januar mit 4 960 Franken der höchste und im Juni mit 4 862 Franken der niedrigste Preis bezahlt.

Das Jahr 1961 sah eine ganze Reihe von Änderungen von Währungsparitäten, darunter solche von international grosser Bedeutung. Am 6. bzw. 7. März wurden, wie bereits erwähnt, die D-Mark und der holländische Gulden um fünf Prozent aufgewertet. Abwertungen wurden vom Kongo (Léopoldville), von Brasilien, Costa Rica, Ekuador, Island und Südkorea vorgenommen. Auf den 1. Januar 1961 setzte die Sowjetunion im Rahmen einer Währungsreform und einer Neufestsetzung des Goldgehaltes des Rubels Massnahmen in Kraft, die zusammen auf eine Abwertung um $55\frac{1}{2}$ Prozent hinausliefen. Partielle Abwertungen oder Wechselkursbereinigungen erfolgten ferner in Formosa, Jugoslawien und Venezuela. Die von der Regierung Kanadas ergriffenen Vorkehren zur Senkung des Wechselkurses des kanadischen Dollars bedeuteten eine faktische Währungsabwertung, wobei am System flexibler Wechselkurse festgehalten wurde. Cypern, Laos, Nepal und Neuseeland traten dem Währungsfonds bei, und Griechenland vereinbarte mit ihm eine feste Parität für seine Währung.

Im internationalen Handels- und Zahlungsverkehr standen zahlreichen Lockerungen von Devisen- und Aussenhandelseinschränkungen verschiedene neue Restriktionen, vor allem in wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern, gegenüber. Am 15. Februar 1961 unterstellten sich die sechs Mitgliedstaaten der EWG sowie Grossbritannien, Schweden, Irland und Peru dem Artikel VIII des Abkommens über den Internationalen Währungsfonds. Sie verpflichteten sich damit, die laufenden Auslandzahlungen nicht zu beschränken, den Wechselkurs nicht zu differenzieren und diskriminierende Währungsmassnahmen zu unterlassen. Die Devisenbewirtschaftung wurde in Finnland, Frankreich, Griechenland und Grossbritannien weiter gelockert; Spanien erklärte die Peseta für Ausländer konvertibel. Dänemark, Holland, Italien und Japan erleichterten den Kapitalverkehr mit dem Ausland. Frankreich, Italien und Österreich dehnten die Liberalisierung des Warenhandels aus. Demgegenüber wurde die Devisenbewirtschaftung in Ägypten, Ghana, El Salvador, Südafrika, Syrien, in der Türkei und der Zentralafrikanischen Föderation neu eingeführt bzw. verschärft. Indien, Iran und Neuseeland unterwarfen die Einfuhr von Waren aus dem Ausland neuen Einschränkungen. Brasilien leitete im März den Abbau des bestehenden Systems multipler Wechselkurse in die Wege, sah sich aber vom Oktober an zur Einführung neuer Devisenrestriktionen veranlasst.

Der innereuropäische Zahlungsverkehr zwischen den Mitgliedstaaten des *Europäischen Währungsabkommens* wickelte sich wiederum reibungslos ab. Die im Abkommen vorgesehene Zwischenfinanzierung wurde lediglich von Griechenland benützt. Der Europäische Fonds gewährte keine neuen Kredite. Spanien zahlte die in Anspruch genommene Tranche eines 1959 erhaltenen Vorschusses zurück und verzichtete formell auf die ihm noch zustehenden Ziehungsrechte. Die Türkei bezog den ihr gegen Ende 1960 eingeräumten Kredit von 50 Millionen Dollar und zahlte einen im Jahre 1959 gewährten Vorschuss von 21,5 Millionen Dollar zurück. Im Laufe der Berichtsperiode fanden eingehende Besprechungen über eine allfällige Revision des Europäischen Währungsabkommens statt. Es wurde indessen im Dezember 1961 ohne wesentliche Änderungen für ein weiteres Jahr, bis Ende 1962, verlängert.

NOTENBANKKREDIT UND GELDMENGE

Unter dem Einfluss der konjunkturellen Auftriebskräfte nahm der Geldbedarf der Wirtschaft beträchtlich zu. Er konnte indessen ohne fühlbaren Rückgriff auf den *Kredit der Notenbank* befriedigt werden. Die Kredithingabe des Emissionsinstituts hielt sich bis kurz vor Jahresende auf einem niedrigen Niveau.

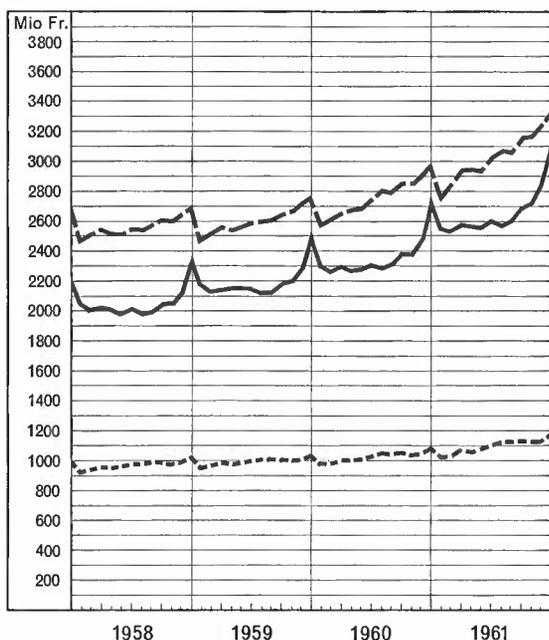
Ende 1960 hatte die Kreditbeanspruchung 91 Millionen Franken betragen. In der ersten Januarhälfte ermässigte sie sich durch die Rückzahlung von Lombardvorschüssen auf rund 60 Millionen Franken und verblieb hierauf, von einer bescheidenen Erhöhung um die Jahresmitte abgesehen, bis Ende November auf diesem tiefen Stand. Im Dezember fiel der Rückgriff auf die Notenbank dagegen kräftiger aus als ein Jahr zuvor. Der Notenbankkredit wurde am Jahresende mit 136 Millionen Franken beansprucht, was einer Zunahme innert Jahresfrist um 45 Millionen Franken entspricht. Von den am 31. Dezember 1961 ausstehenden Krediten entfielen 70 Millionen auf das Inlandportefeuille und 66 Millionen Franken auf Lombardvorschüsse. Darüber hinaus verschafften sich einzelne Banken flüssige Mittel durch Rückgabe von Sterilisierungsreskriptionen des Bundes an die Nationalbank in der Höhe von 106 Millionen Franken. Diese Mittelbeschaffung hatte jedoch nur vorübergehenden Charakter, indem die Banken die dem Noteninstitut zedierten Reskriptionen zu Beginn des neuen Jahres wieder zurücknahmen.

Das *Inlandportefeuille* zeigte gesamthaft betrachtet keine grossen Schwankungen. Im Monatsdurchschnitt bewegte sich der Wechselbestand zwischen 45 und 61 Millionen Franken. Die Pflichtlagerkredite machten rund neun Zehntel des Inlandportefeuilles aus. Am Jahresende beliefen sie sich auf 44 Millionen, wovon 5 Millionen Franken Getreidewechsel. Die Haltung von Pflichtlagern seitens der Wirtschaft verharrte auf Vorjahreshöhe. Mit Einschluss der Zusatzlager an Brotgetreide standen Ende 1961 insgesamt 2 948 Lagerverträge in Kraft gegen 2 947 ein Jahr zuvor. Der Wert der eingelagerten Waren nahm indessen um 56 Millionen auf 1 224 Millionen Franken zu, der Betrag der Pflichtlager- und Getreidewechsel in den Portefeuilles der Banken um 14 auf 672 Millionen Franken.

Gliederung des Notenumlaufs

Am Monatsende

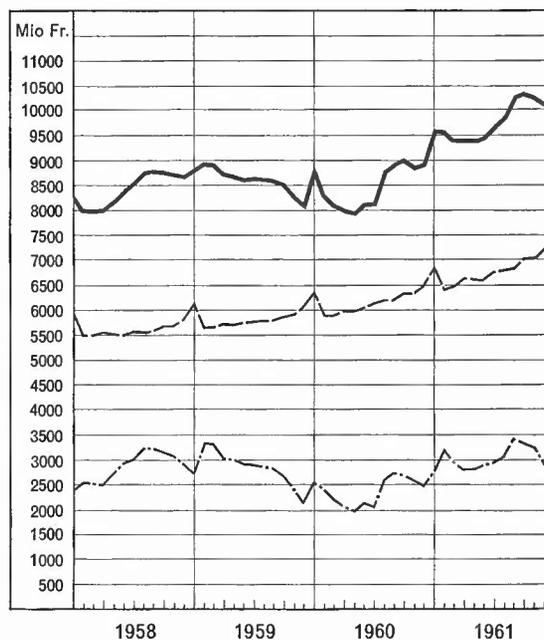
- Noten zu 1000 und 500 Franken
- - - - - Noten zu 100 Franken
- · · · · Noten zu 50, 20, 10 und 5 Franken



Notenumlauf und täglich fällige Verbindlichkeiten

Am Monatsende

- - - - - Notenumlauf
- · · · · Täglich fällige Verbindlichkeiten
- Zusammen



In der Berichtszeit wurden *Lombardvorschüsse* im Betrage von 367 Millionen Franken bewilligt oder 36 Millionen mehr als im vorangegangenen Jahr. Der Jahresdurchschnitt der ausstehenden Vorschüsse betrug 14 Millionen Franken.

Der wachsende Bedarf der Wirtschaft und Bevölkerung an Zahlungsmitteln führte zu einer kräftigen Zunahme der *Notenausgabe*. Hiezu dürfte auch eine gewisse Hortung von Noten, zu welcher die unsichere weltpolitische Lage Anlass gab, beigetragen haben. Der Notenumlauf hatte Ende 1960 den Betrag von 6 854 Millionen Franken erreicht. Im Januar bewirkte der Rückfluss von Noten zwar eine Verringerung um 467 Millionen Franken, doch setzte mit der Frühjahrsbelebung der Wirtschaft seine Ausweitung wieder ein. Am Jahresende überschritt die Notenausgabe mit 7 656 Millionen Franken den Stand vor einem Jahr um 11,7 Prozent, verglichen mit einer Zuwachsrate von 8,0 Prozent im Jahre 1960.

Die Erhöhung des Notenumlaufs war von einer Verlagerung auf die beiden grössten Abschnitte begleitet. Der Anteil der 1000 Franken-Noten an der gesamten Notenzirkulation stieg von 29,97 auf 30,28 Prozent, jener der 500 Franken-Noten von 10,41 auf 10,55 Prozent. Die Quote der 100 Franken-Note blieb mit 43,58 gegen 43,57 Prozent praktisch unverändert. Bei allen andern Abschnitten waren die Quoten am 31. Dezember 1961 kleiner als vor Jahresfrist. Beim Abschnitt zu 50 Franken ergab sich eine Verminderung von 7,50 auf 7,27 Prozent, und auf die drei

kleinsten Noten von 5, 10 und 20 Franken zusammen entfielen noch 8,33 Prozent gegenüber 8,54 Prozent ein Jahr zuvor. Der Notenumlauf war am Jahresende zu 144,7 Prozent durch Gold gedeckt.

Als Folge hauptsächlich der starken Devisenzuflüsse stiegen die *täglich fälligen Verbindlichkeiten* der Nationalbank beträchtlich, zeitweise sogar sprunghaft an. Obwohl dem Markt durch die Steigerung des Notenumlaufs verfügbare Mittel in erheblichem Umfang entzogen wurden, blieb die Vermehrung der Sichtverpflichtungen des Noteninstituts ausserordentlich hoch, was gleichbedeutend war mit einer kräftigen Erhöhung des Liquiditätsgrades der Wirtschaft und insbesondere der Banken. Eine zu starke Verflüssigung war unter konjunkturpolitischen Gesichtspunkten jedoch unerwünscht, da sie die Gefahr inflatorischer Entwicklungen in sich barg. Um dieser zu begegnen, schritt die Nationalbank, wie bereits festgehalten wurde, im Einvernehmen mit den Grossbanken im März zur Neutralisierung von Marktmitteln. Ein Betrag von 1 035 Millionen Franken wurde aus den Giroguthaben dieser Institute ausgeschieden und auf besondere Girokonten, den «Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung», übertragen, die als neue Position in den Notenbankausweis aufgenommen wurden. Dank dieser Massnahme, welche für die Bereitschaft der Bankwelt zu verständnisvoller Zusammenarbeit mit der Notenbank beredtes Zeugnis ablegt, gingen die Giroguthaben in Form sofort disponibler Gelder nicht nur nicht hinauf, sondern sie konnten auf einem Stand gehalten werden, der niedriger war als derjenige vor einem Jahr wie auch jener vor zwei Jahren.

Im weiteren trat mit Bezug auf die Verbuchung der Guthaben ausländischer Banken eine Änderung ein. Als die Guthaben ausländischer Noteninstitute bei der Nationalbank im Zuge einer teilweisen Neuorientierung der Währungspolitik der Vereinigten Staaten von Amerika stark anschwellen, indem das amerikanische Schatzamt dazu überging, neben Gold auch ausländische Valuten, darunter Schweizerfranken, als Reservewährungen zu halten, erachtete es das Direktorium für gegeben, die Guthaben der ausländischen Banken inskünftig nicht mehr in die Ausweisposition «Giroguthaben von Banken, Handel und Industrie» aufzunehmen, sondern den «Übrigen täglich fälligen Verbindlichkeiten» zuzuweisen. Damit wurde gleichzeitig erreicht, dass seit dem 30. Juni unter den Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie nur noch inländische Gelder figurieren, was eine klare Beurteilung der Entwicklung dieser die Lage des Geldmarktes in erster Linie bestimmenden Mittel gestattet. Nachdem die Guthaben ausländischer Notenbanken bis Ende September einen beträchtlichen Rückgang erfahren hatten, zeigten sie im Oktober und November einen erneuten Anstieg. Dieser stand mit der oben erwähnten Ausgabe von auf Schweizerfranken lautenden Schuldverschreibungen der amerikanischen Währungsbehörden im Zusammenhang.

Die Giroguthaben von Banken, Handel und Industrie bilden dem Betrage nach die wichtigste Komponente der täglich fälligen Verbindlichkeiten. Ende 1960 beliefen sie sich auf 2 288 Millionen Franken. Nach der durch den Notentrückfluss bewirkten Zunahme in den ersten drei Wochen auf 2 902 Millionen Franken hielten sich die Veränderungen bis Anfang März in engem Rahmen. Der Anstieg in der zweiten Märzwoche auf 4 097 Millionen Franken wurde durch die Neutralisierung von Marktmitteln sowie den Verkauf von Pfund Sterling an Banken, die in Ver-

bindung mit den Swap-Operationen mit der Bank von England erfolgten, mehr als ausgeglichen. Ende März erreichten diese Sichtverpflichtungen 2 474 Millionen Franken. Im zweiten Quartal zeigten sie eine leicht sinkende Tendenz, und durch die Ausscheidung der Guthaben ausländischer Banken Ende Juni ermässigten sie sich auf 1 747 Millionen Franken. Am Jahresende standen sie mit 1 996 Millionen Franken zu Buch. Sie unterschritten damit den Stand vor Jahresfrist um 292 Millionen Franken. Die Giroguthaben der inländischen Banken allein betragen am Jahresende 1 865 Millionen Franken oder 235 Millionen weniger als ein Jahr und 172 Millionen weniger als zwei Jahre zuvor. Die sofort greifbaren Guthaben der Grossbanken – also ohne Berücksichtigung der Guthaben mit vorübergehender zeitlicher Bindung – bewegten sich Ende der Berichtszeit 461 Millionen unter dem Niveau von Ende 1960. Die Giroguthaben der Kantonalbanken verzeichneten eine Steigerung um 8 Millionen, jene der übrigen Bankengruppen zusammen eine solche um 218 Millionen Franken.

Die Guthaben des Bundes nahmen im Berichtsjahr dank hoher Fiskaleinnahmen kräftig zu. Nachdem sie bis Ende Februar von 417 Millionen auf 205 Millionen Franken zurückgefallen waren, stiegen sie kontinuierlich auf 1 054 Millionen Franken Anfang September an. Durch diese Stilllegung von Geldern wurden dem wirtschaftlichen Kreislauf in entsprechendem Umfang Mittel entzogen. In der Folge verringerten sich die Guthaben des Bundes. Der Abbau war indessen nicht auf eine Entsterilisierung von Bundesmitteln zurückzuführen, was volkswirtschaftlich unerwünscht gewesen wäre, sondern beruhte auf Anlageoperationen des Bundes, insbesondere dem Erwerb von Schuldverschreibungen des amerikanischen Schatzamtes in der Höhe von 200 Millionen und der Gewährung des Darlehens an Grossbritannien von 215 Millionen Franken. Am Jahresende beliefen sich die Guthaben der Bundesverwaltungen bei der Notenbank auf 663 Millionen Franken, womit sie den Stand vom 31. Dezember 1960 um 246 Millionen überstiegen.

Geringfügige Veränderungen wiesen die Guthaben der Deponenten auf; sie bewegten sich das Jahr hindurch im allgemeinen zwischen 16 und 30 Millionen Franken. Die Guthaben auf den dem gebundenen Zahlungsverkehr mit dem Ausland dienenden Rechnungen hielten sich zwischen 23 und 40 Millionen Franken.

GELD- UND KAPITALMARKT

Bei einem unveränderten offiziellen Diskontsatz von 2 Prozent war die Lage des Geld- und Kapitalmarktes durch eine grosse Flüssigkeit und stabile Zinssätze gekennzeichnet. Obwohl die Begleichung des Defizits der Ertragsbilanz und die Finanzierung der überaus regen Investitionstätigkeit umfangreiche Mittel erforderten und der kräftige Kapitalexport einen Abfluss von Geldern bewirkte, trat am Markt keine Verknappung ein. Lediglich im Sommer machten sich vorübergehend Anzeichen einer Einengung bemerkbar, und selbst gegen Jahresende zeigte sich trotz verstärkter Mittelbedürfnisse keine ins Gewicht fallende Versteifung. Im Zuge des Konjunkturanstiegs vergrösserte sich die Ersparnisbildung, doch reichte sie zur Deckung des Kapitalbedarfs

nicht aus. Die Finanzierungslücke wurde durch den Geldzufluss aus dem Ausland, der die Marktlage verschleierte, geschlossen. In der Tat hätte ohne den breiten Zustrom von Devisen bei einer die laufenden Ersparnisse übersteigenden Kapitalnachfrage eine Mittelverknappung eintreten müssen.

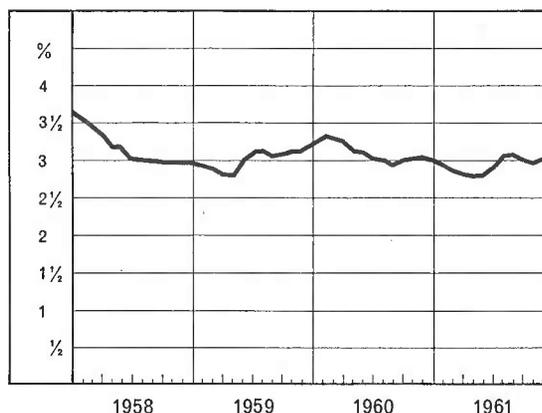
Die *Zinssätze* wiesen in den ersten Monaten des Jahres eine sinkende Tendenz auf. Die Satzreduktionen kamen am kurzfristigen Markt im Februar zum Stillstand, wogegen sie am mittel- und langfristigen Markt bis zum Mai anhielten. Während der Monate Juni und Juli zeichnete sich eine leichte Befestigung ab, die indessen bald darauf von einer abermaligen Marktverflüssigung mit weichenden Zinssätzen abgelöst wurde. Gegen Jahresende führten die Ultimovorbereitungen der Banken einen leichten Anstieg der kurzfristigen Sätze herbei.

Was die *Geldmarktsätze* anbelangt, fiel der Zinssatz für Callgeld, der Ende 1960 $1\frac{1}{2}$ Prozent betragen hatte, bereits im Januar wieder auf 1 Prozent. Auf diesem Stand verharrte er bis zum Herbst. Ende November stieg er auf $1\frac{1}{4}$ Prozent. Die Verzinsung für Dreimonatsdepots bei Grossbanken ging vorerst von 2 bis $2\frac{1}{4}$ Prozent auf $1\frac{3}{4}$ Prozent zurück. Mitte März fiel sie weiter auf $1\frac{1}{2}$ Prozent, um sich Ende Juni leicht auf $1\frac{3}{4}$ bis 2 Prozent zu befestigen. Nach einer Abschwächung auf $1\frac{1}{2}$ bis 2 Prozent von Ende Juli bis Anfang September hob sich die Vergütung auf solchen Depots bis Ende November auf $2\frac{1}{4}$ bis $2\frac{1}{2}$ Prozent. Am Jahresende betrug sie wieder $2\frac{1}{4}$ Prozent. Die Diskontosätze für Pflichtlagerwechsel wurden auf dem Stand von $1\frac{3}{4}$ Prozent für Lager in Lebens- und Futtermitteln und von 2 Prozent für übrige Pflichtlager belassen. Bei den vierteljährlichen Erneuerungen von Schatzanweisungen des Bundes erfuhren die Abgabesätze im Laufe des Jahres in Anpassung an die Marktlage eine Ermässigung. Ab Mitte Juli erfolgten die Begebungen zu Zinssätzen von $1\frac{1}{4}$, $1\frac{1}{2}$ und $1\frac{3}{4}$ Prozent für Laufzeiten von 1 Jahr, $1\frac{1}{2}$ und 2 Jahren.

Am mittelfristigen Markt bewegten sich die *Zinssätze für Kassenobligationen* von Jahresbeginn bis zum Sommer leicht rückläufig. Kantonalkassen und Grossbanken hatten Ende 1960 drei- bis vierjährige Titel in der Regel zu $3\frac{1}{4}$ Prozent offeriert. Kassenobligationen mit einer Mindestlaufzeit von fünf Jahren gaben Grossbanken zu $3\frac{1}{2}$ Prozent aus; Kantonalkassen applizierten diesen Satz bei längerfristigen Titeln vorab im Falle von Konversionen oder von Barzeichnungen in beschränkten Beträgen. Im Frühjahr gingen Grossbanken zur Ausgabe von Kassenobligationen zu 3 Prozent auf drei Jahre über, wobei sie gleichzeitig die Laufzeiten ihrer zu $3\frac{1}{4}$ und $3\frac{1}{2}$ Prozent verzinslichen Titel verlängerten. Mehrere Staatsinstitute setzten die Laufzeit ihrer $3\frac{1}{4}$ Prozent-Kassenobligationen gleichfalls hinauf; zudem übten sie in der Ausgabe von Titeln zu $3\frac{1}{2}$ Prozent verstärkte Zurückhaltung oder sistierten sie überhaupt. Als sich der Markt im Sommer einengte und sich die Konversionen fälliger Kassenobligationen nicht mehr schlank abwickelten, verkürzten Grossbanken die Laufzeiten ihrer Titel wieder, und Kantonalkassen sahen sich vermehrt veranlasst, fünf- bis sechsjährige Kassenobligationen mit einem Zinsfuss von $3\frac{1}{2}$ Prozent auszustatten, was zur Folge hatte, dass verschiedene Lokalkassen den Zinssatz für ihre meist kurzfristigen Titel um $\frac{1}{4}$ Prozent auf $3\frac{3}{4}$ Prozent heraufsetzten.

Rendite schweizerischer Staatswerte

Monatsdurchschnitte



Die Nationalbank hatte sich vor allem im Sommer und Herbst zu beabsichtigten Erhöhungen des Zinsfusses von Kassenobligationen zu äussern, die ihr gemäss Art. 10 des Bankengesetzes zur Stellungnahme unterbreitet werden müssen. Von den 41 Fällen, in welchen sie von solchen Vorhaben benachrichtigt wurde, entfielen 29 auf die Monate Juli bis September. Die Notenbank machte gegen die von Lokalbanken in Aussicht genommene Ausgabe von Titeln zu $3\frac{3}{4}$ Prozent keine Einwendungen geltend. Sie gab den betreffenden Instituten indessen zu bedenken, dass sie sich nicht in eine Satzverteuerung hineindrängen lassen sollten, die mehr psychologisch als sachlich bedingt wäre. Solange der Neuzugang von Kassenobligationengeldern zu den bisherigen Konditionen keine fühlbare Abschwächung zeige und der Zufluss von Spargeldern anhalte, sollte mit einer Heraufsetzung des Zinsfusses für Kassenobligationen vorsichtig zu Werke gegangen werden.

Unberührt von den Entwicklungen am Geld- und Kapitalmarkt blieb der *Satz für Spareinlagen*. Die durchschnittliche Verzinsung bei massgebenden Kantonalkassen, welche während des ganzen Vorjahres unverändert 2,71 Prozent betragen hatte, erhöhte sich im April leicht auf 2,73 Prozent und verblieb in der Folge auf diesem Stand. Am Jahresende verzinnten die Kantonalkassen ihre Spareinlagen zu $2\frac{1}{2}$ bis 3 Prozent, die Lokalbanken und Sparkassen in der Regel zu $2\frac{3}{4}$ bis 3 Prozent.

Auch die *Sätze am Hypothekarmarkt* waren ausgesprochen stabil. Der Zinsfuss für Darlehen im ersten Rang stellte sich wie im Vorjahr auf $3\frac{3}{4}$ Prozent.

Die *Rendite der schweizerischen Staatswerte* hatte Ende 1960, berechnet nach der Fälligkeit, 3,02 Prozent betragen; sie schwächte sich im Frühjahr als Folge der zunehmenden Verflüssigung bis auf 2,82 Prozent ab. Die starke Beanspruchung des Kapitalmarktes bewirkte anschliessend ein vorübergehendes Ansteigen des Renditensatzes bis auf 3,13 Prozent Ende Juli, worauf dieser im Zuge der erneuten Auflockerung des Marktes auf 2,97 Prozent zurückging. Im November befestigte sich die Rendite bis auf 3,06 Prozent, und im Dezember fluktuierte sie zwischen 2,98 und 3,01 Prozent.

Den *Emissionen* kam die flüssige Verfassung des Marktes sehr zustatten. Die zahlreichen Anleihen wurden mit wenigen Ausnahmen mit Erfolg am Markte plaziert und zum Teil stark über-

zeichnet. Die Ausgabebedingungen bewegten sich im Einklang mit der Rendite der schweizerischen Staatspapiere. Im Sommer zeitigten zwei $3\frac{1}{4}\%$ -Anleihen erstklassiger Schuldner indessen ein unbefriedigendes Zeichnungsergebnis, weil ihre Bedingungen im Zeitpunkt der Emission nicht mehr ganz marktkonform waren; wenig Anklang beim Publikum fanden auch zwei ausländische Anleihen, die mit einem Zinsfuss von $4\frac{1}{2}$ bzw. 5 Prozent ausgestattet waren, wobei sich bei einer Emission die unsichere weltpolitische Lage ungünstig auswirkte.

Die Emissionstätigkeit war ausserordentlich lebhaft, wurden doch am öffentlichen Markt nicht weniger als 75 Anleihen aufgelegt und 64 Aktienemissionen durchgeführt gegenüber 59 bzw. 52 im Jahre 1960. Die Inanspruchnahme des Marktes sowohl durch inländische wie ausländische Obligationenanleihen als auch durch Aktienemissionen überstieg das Vorjahresbetreffnis. Die Begebungen folgten sich in raschem Rhythmus. In den ungewöhnlich hohen Mittelentnahmen, die sich – alle öffentlich und nicht öffentlich begebenen Anleihens- und Aktienemissionen zusammengerechnet – auf rund 3,5 Milliarden Franken beliefen, kamen der gewaltige Mittelbedarf der schweizerischen Wirtschaft und der rege langfristige Kapitalexpert zum Ausdruck.

Inländische Obligationenanleihen wurden im Betrage von 1 083 Millionen zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt. Die Konversionen machten 60 Millionen aus, so dass sich die Neuaufnahme von Geldern auf 1 023 Millionen stellte gegen 890 Millionen im Vorjahr. Aktien wurden im Betrage von 373 Millionen öffentlich begeben, verglichen mit 193 Millionen im Jahre 1960. Die Neubeausspruchung des Marktes durch inländische Anleihens- und Aktienemissionen belief sich demnach auf 1 396 Millionen Franken gegenüber 1 083 Millionen im vorangegangenen Jahr. Durch Rückzahlungen von inländischen Obligationenanleihen und schweizerischem Aktienkapital wurden dem Markte 60 Millionen zugeführt. Werden diese in Abzug gebracht, so resultiert eine Nettobeausspruchung des Marktes durch inländische Begebungen in der Höhe von 1 336 Millionen Franken. Die Mittelentnahme war 519 Millionen grösser als 1960.

Der Betrag der nicht öffentlich begebenen Anleihen, worunter auch die Geldaufnahmen der Pfandbriefinstitute beim Ausgleichsfonds der Eidgenössischen Alters- und Hinterlassenenversicherung fallen, belief sich auf 215 Millionen Franken. Im Jahre 1960 waren nur für 157 Millionen Franken Anleihen ausserhalb des öffentlichen Marktes plaziert worden. Die nicht öffentlichen Aktienemissionen machten 864 Millionen Franken aus gegenüber 727 Millionen im Vorjahr. Sie betragen mehr als das Doppelte der Neubeausspruchung des Marktes durch die öffentliche Aktienausgabe.

Die Emission ausländischer Anleihen am schweizerischen Markt erfuhr eine kräftige Belegung. Die Nationalbank erteilte auf Grund von Art. 8 des Bankengesetzes der Begebung von 22 Anleihen im Emissionswert von 1 006 Millionen Franken ihre Zustimmung, wovon einer Konversionsanleihe von 50 Millionen. Drei weitere Anleihen von zusammen 17 Millionen Franken waren nicht bewilligungspflichtig. Die Neubeausspruchung des Marktes erreichte somit 973 Millionen Franken, verglichen mit 558 Millionen im Jahre 1960. Zwei vorzeitig gekündigte Anleihen im Betrage von je 50 Millionen Franken gelangten zur Rückzahlung. Es handelte sich

um die 4⁰/₀-Anleihe des Königreichs der Niederlande 1950 und die im Jahre 1952 begebene 3¹/₂⁰/₀-Anleihe der Internationalen Bank für Wiederaufbau und wirtschaftliche Entwicklung (Weltbank).

Die Weltbank figurierte unter den Anleihsnehmern mit 100 Millionen Franken. Ferner gewährte ihr der Bund ein Darlehen von gleichfalls 100 Millionen Franken. Hievon wurden 33 Millionen als Amortisationszahlung für ein der Weltbank Ende 1956 eingeräumtes Bundesdarlehen verwendet. Gleichzeitig ermöglichte das neue Darlehen eine kurz- bis mittelfristige zinstragende Anlage von Tresoreriemitteln des Bundes. Mit dieser Kapitalhingabe leistete die Schweiz erneut einen Beitrag zugunsten von in der wirtschaftlichen Entwicklung zurückgebliebenen Ländern.

Alle öffentlich aufgelegten in- und ausländischen Emissionen zusammen ergaben eine Nettobeanspruchung des Marktes in der Höhe von 2 196 Millionen Franken gegenüber 1 375 Millionen im Vorjahr und 1 405 Millionen im Jahre 1959.

Gemäss Art. 8 des Bankengesetzes bewilligte die Nationalbank Bankenkredite an ausländische Geldnehmer im Gesamtbetrage von 414 Millionen Franken, womit das Vorjahresergebnis von 298 Millionen ebenfalls übertroffen wurde.

Verglichen mit 1960 erfuhr der Kapitalexport durch *schweizerische Investmenttrusts* mit Anlagen im Ausland eine beachtliche Steigerung. Während er sich damals auf rund 80 Millionen Franken belaufen hatte, erreichte er in den ersten drei Quartalen 1961 bereits rund 210 Millionen Franken. Zu diesem Anstieg trugen namentlich die neu ins Leben gerufenen Anlagefonds bei, wogegen schon bestehende Fonds mit Anlagen im Ausland Zertifikate von den Anlegern zurücknehmen mussten. Bis Ende September nahmen 13 neue Fonds ihre Tätigkeit auf, und zwar 7 Immobilienfonds mit Anlagen im Inland, 1 Immobilienfonds und 2 Wertschriftenfonds mit Anlagen im Ausland sowie 3 Fonds, die den Gegenwert ihrer Zertifikate sowohl in der Schweiz als auch ausserhalb der Landesgrenzen plazieren. Das gesamte Vermögen der insgesamt 77 Investmenttrusts, welche der Nationalbank vierteljährliche Angaben über ihre Geschäftsentwicklung liefern, betrug am 30. September 4 871 Millionen Franken.

Der *Ausgleichsfonds der Eidgenössischen Alters- und Hinterlassenenversicherung* erhöhte seine Anlagen um 309 Millionen auf 5 845 Millionen Franken. An Kantone gingen 62 Millionen und an Gemeinden 28 Millionen; dagegen verminderten sich die Anlagen beim Bund um 93 Millionen. Der Fonds gewährte Darlehen an die Kantonalbanken in der Höhe von 108 Millionen und den Pfandbriefinstituten im Betrag von 90 Millionen Franken. Gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen stellte er 114 Millionen Franken zur Verfügung. Trotz der Verbesserung der AHV-Renten war der Anlagebedarf des Fonds nicht kleiner als im vorangegangenen Jahr.

Im Einklang mit der lebhaften Aktivität der Wirtschaft zeigt die Geschäftstätigkeit der *Banken* eine starke Expansion. Insbesondere nahmen die kommerziellen Ausleihungen und die Baukredite zu. Da diese kräftige Steigerung der Kreditgewährung Ausdruck inflationistischer Auftriebstendenzen war, richtete das Direktorium der Nationalbank bereits im Juni ein Schreiben an die Banken, in welchem es diesen dringend empfahl, bei der Gewährung von Krediten grundsätzlich

grösstmögliche Zurückhaltung zu üben, was insbesondere auf dem Gebiet der Baufinanzierung geboten sei. Es empfehle sich, bei der Kreditgewährung für Bauzwecke selektiv vorzugehen und gegenüber Kreditbegehren für industrielle und gewerbliche Neubau- und Erweiterungsprojekte Reserve an den Tag zu legen. Dagegen sollten Wohnbauvorhaben begünstigt werden, sofern sie auf vernünftigen Kostenberechnungen beruhen. Gleichzeitig ermahnte das Direktorium die Banken, die Richtlinien des Gentlemen's Agreement über die Baufinanzierung vom Jahre 1951 zu beachten, die weiterhin ihre volle Gültigkeit hätten.

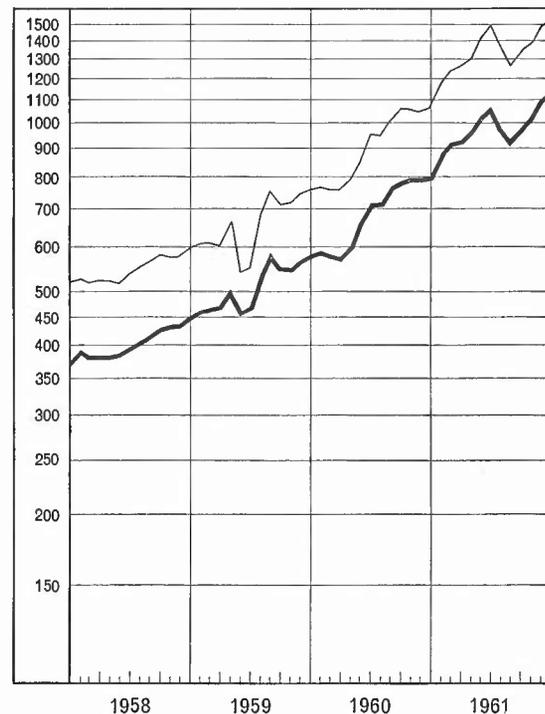
Die Bilanzsumme der 62 monatlich berichtenden Institute weitete sich von Jahresanfang bis Ende November um 5 661 Millionen Franken oder 12,8 Prozent auf 49,9 Milliarden aus, gegen 10,5 Prozent in der gleichen Zeitspanne des Jahres 1960. Bei den Grossbanken war die Expansion mit 17,5 Prozent besonders ausgeprägt, was zum Teil auf den Geldzufluss aus dem Ausland zurückzuführen war. Bei den 62 Banken insgesamt verzeichneten die fremden Gelder eine Zunahme um 5 144 Millionen Franken. Hievon entfielen 1 682 Millionen auf Checkrechnungen und Sichtkreditoren und 383 Millionen auf Einlagen von Kunden auf Terminkonten. Der Zuwachs an Publikumsgeldern in der Form von Einlagen auf Spar-, Depositen- und Einlageheften sowie Kassenobligationen machte 1 942 Millionen aus. Neue langfristige Mittel in der Höhe von 519 Millionen beschafften sich die Banken durch die Ausgabe von Obligationenanleihen, die Aufnahme von Pfandbriefdarlehen oder von Darlehen beim Ausgleichsfonds der Eidgenössischen Alters- und Hinterlassenenversicherung. Dabei handelte es sich praktisch ausschliesslich um die Geldbeschaffung von Hypothekarbanken, an welche die Konsolidierung von Baukrediten und die Übernahme von Hypotheken hohe Anforderungen stellten. Auch sahen sich solche Institute angesichts des grossen Umfangs der von ihnen zugesicherten Baukredite veranlasst, die für die Honorierung der Zusagen erforderlichen Mittel bereitzustellen.

Beim Vergleich mit dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres zeigte sich in der Zusammensetzung der neuen Kundengelder eine Verschiebung, indem die Checkrechnungen und Sichtkreditoren einen Mehrzugang von 676 Millionen Franken aufwiesen, während der Anstieg der Termingelder, ohne die Darlehen beim Ausgleichsfonds der AHV, um 243 Millionen hinter dem Vorjahresergebnis zurückblieb. Die langfristigen Geldaufnahmen waren in den ersten elf Monaten der Berichtszeit um 169 Millionen Franken grösser als im vorangegangenen Jahr. Die Spareinlagen, die Einlagen auf Depositen- und Einlageheften und die Kassenobligationen weiteten sich um 457 Millionen Franken stärker aus als ein Jahr zuvor, wobei alle drei Komponenten dieser Gelder – vor allem die Spareinlagen – zum Mehrzuwachs beitrugen. Der Anstieg dieser Mittel bringt die rege Spartätigkeit der Bevölkerung klar zum Ausdruck.

Das Aktivgeschäft der Banken war sehr lebhaft. Die Ausleihungen sowohl an Wirtschaftsunternehmungen und Private als auch an die öffentliche Hand stiegen kräftig an. Die Expansion widerspiegelte sich bei den kurz- und mittelfristigen Krediten in einer Zunahme der Debitoren um 2 304 Millionen und im längerfristigen Kreditgeschäft in einer Ausweitung der Hypothekaranlagen um 1 344 Millionen Franken. An öffentlich-rechtliche Körperschaften wurden neue Vor-

Schweizerischer Aktienindex

Am Monatsende
— Gesamtindex
— Industriaktien allein
Logarithmischer Maßstab



schüsse im Betrage von 254 Millionen Franken gewährt. Im Kreditgeschäft nicht benötigte Mittel legten die Banken im Umfang von 331 Millionen in Wertschriften an. Dagegen zeigten die Wechsel eine in erster Linie durch den Abbau von kurzfristigen Auslandsanlagen der Grossbanken bedingte Rückbildung um 54 Millionen Franken. Zur Ausdehnung der Debitoren trugen, neben der vermehrten Inanspruchnahme von Baukrediten, erhöhte Ausleihungen an ausländische Kunden und der grosse Geldbedarf für die Finanzierung der Ein- und Ausfuhr bei. Die Debitoren lagen, bei im ganzen von Monat zu Monat annähernd gleich hohen Jahreszuwachsrate, rund 25 Prozent über dem Vorjahresniveau. Für die Hypothekaranlagen stellte sich der Steigerungssatz am Jahresanfang auf 8 Prozent; er dehnte sich bis zum Herbst leicht aus.

Als Folge der übermässig starken Expansion der Bauwirtschaftnahmen die bewilligten Baukredite einen bisher nie erreichten Umfang an. Die genannten 62 Banken sagten im Berichtsjahr Kredite in der Höhe von insgesamt 3,2 Milliarden Franken zu gegenüber einem Vorjahresbetreffnis von 2,5 Milliarden. Von März bis November bewegten sich die Kreditzusicherungen in der Grössenordnung von monatlich 250 bis 340 Millionen Franken.

Der andauernd gute Geschäftsgang und die günstig lautenden Konjunkturprognosen führten an den *Aktienbörsen* bei anhaltend und in einem ungesunden Ausmass steigenden Kursen zu hohen Umsätzen. Ende Februar erreichte der Aktienindex bereits 926 Punkte, nachdem er Ende Dezember 1960 noch bei 802 Punkten gestanden hatte. Die Währungsaufwertungen in Deutschland und in den Niederlanden lösten angesichts der allgemeinen Unsicherheit an den Devisenmärkten vorübergehend einen Kursrückschlag aus. Die Börsen vermochten sich indessen von

diesem kurzen Schwächeanfall bald wieder zu erholen, und die Kurse stiegen in den folgenden zwei Monaten, nur von leichten, durch politische Ereignisse bedingte Einbuchtungen unterbrochen, an. Einen Höhepunkt erreichte die Hausse wie bereits im vorangegangenen Jahr im Juni. Bei neuen Rekordumsätzen stieg der Aktienindex Mitte dieses Monats auf 1102 Punkte. Der Juli brachte eine vorübergehende Abkühlung des Börsenklimas. Die allzu optimistischen Haussetendenzen erfuhren eine fühlbare Dämpfung. Die Kurse fielen im allgemeinen auf den Stand von Ende Februar, wobei Rückgänge von 20 bis 25, vereinzelt sogar von 30 Prozent eintraten. Die Verschärfung der weltpolitischen Lage in den nachfolgenden Wochen war nicht geeignet, der Entwicklung neue Auftriebsimpulse zu verleihen. So blieben denn die Aktienkurse auch während der Monate August und September eher gedrückt. Erst Anfang Oktober begannen sie wieder anzuziehen. Von Anfang Dezember an überstiegen sie sogar das Niveau von Mitte Juni. Am Jahresende 1961 stellte sich der Aktienindex auf 1139 Punkte. Er lag damit 337 Punkte oder 42 Prozent über dem Stand vor Jahresfrist.

BANKBEHÖRDEN UND PERSONAL

In der Zusammensetzung der Bankbehörden sind im Berichtsjahr folgende Änderungen zu verzeichnen:

Auf den Zeitpunkt der letzten Generalversammlung vom 18. März 1961 reichten als Mitglieder des Bankrates ihre Demission ein die Herren Ständerat Walter Ackermann, Präsident der Bankverwaltung der Appenzell-Ausserrhodischen Kantonalbank, Herisau, alt Regierungsrat Emil Emmenegger, Schüpfheim, sowie Dr. h. c. Carl Koechlin, Präsident des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, Basel. Auf das gleiche Datum erklärte ferner Herr Willy Bieri, Bankdirektor, Siders, seinen Rücktritt als Ersatzmann der Revisionskommission. Den zurückgetretenen Herren sei auch an dieser Stelle der verbindliche Dank für die dem Noteninstitut geleisteten wertvollen Dienste ausgesprochen. Mit besonderer Dankbarkeit sei dabei der langjährigen Mitarbeit der Herren Ständerat W. Ackermann und Dr. h. c. C. Koechlin im Bankausschuss gedacht, wo sie der Tätigkeit und den Bestrebungen der Notenbankleitung stets ihre volle Unterstützung zuteil werden liessen. Herr W. Ackermann wurde 1947 von der Generalversammlung der Aktionäre zum Mitglied des Bankrates gewählt. Im Jahre 1951 ernannte ihn der Bankrat zum Ersatzmann und 1952 zum Mitglied des Bankausschusses. Mit Herrn Dr. C. Koechlin ist das amtsälteste Mitglied unserer Bankbehörden ausgeschieden. Vom Bundesrat im Jahre 1932 zum Mitglied des Bankrates gewählt, wurde er von diesem 1935 in den Bankausschuss delegiert. Während fast dreier Decennien stellte der Demissionär dem Noteninstitut seine reichen Erfahrungen und umfassenden Kenntnisse auf dem Gebiete der Wirtschaft zur Verfügung.

Zu neuen Mitgliedern des Bankrates wurden ernannt durch den Bundesrat:

Herr Albert Ernst, Fürsprecher, Direktor der Aktiengesellschaft der von Moos'schen Eisenwerke in Luzern, Luzern;

durch die Generalversammlung:

Herr Ständerat Dr. Rudolf Mäder, Rechtsanwalt, St. Gallen, und

Herr Dr. Hans Meyer-Scholer, Mitglied des Verwaltungsrates und Direktor der Tonwerk
Lausen AG, Liestal.

Als Ersatz für die zurückgetretenen Herren Ständerat W. Ackermann und Dr. h. c. C. Koechlin
wählte der Bankrat zu neuen Mitgliedern des Bankausschusses

Herrn Ständerat Dr. Willi Rohner, Altstätten, und

Herrn Dr. Dr. h. c. Arthur Wilhelm, Vizepräsident und Delegierter des Verwaltungsrates der
CIBA Aktiengesellschaft, Bottmingen.

Die Generalversammlung vom 18. März 1961 bezeichnete als neue Ersatzmänner der Revisions-
kommission an Stelle des zurückgetretenen Herrn W. Bieri sowie des wegen seiner Wahl in den
Bankrat ausgeschiedenen Herrn Dr. H. Meyer-Scholer

Herrn Alfred Cornaz, Direktor der Caisse d'Épargne et de Crédit, Lausanne, und

Herrn Gabriel Spälty-Leemann, Fabrikant, Präsident der Glarner Handelskammer, Netstal.

Am 12. August 1961 hatte der Bankrat den Hinschied von Herrn Dr. Rudolf Speich, Präsident
des Verwaltungsrates des Schweizerischen Bankvereins, Basel, zu beklagen. Der Genannte gehörte
diesem Gremium als vom Bundesrat gewähltes Mitglied seit 1951 an. Er hat den Belangen der
Notenbank stets reges Interesse und grosses Verständnis entgegengebracht und ihr in den zehn
Jahren seiner Mitgliedschaft im Bankrat unschätzbare Dienste geleistet. Bankbehörden und Direk-
torium werden ihm ein ehrendes und dankbares Andenken bewahren.

Herr Louis Mercanton, Delegierter des Verwaltungsrates der Société romande d'électricité,
Montreux, ist am 1. Juli gestorben. Er war Mitglied des Lokalkomitees Lausanne seit 1939. Im
Jahre 1941 wurde er vom Bankausschuss zum Stellvertreter des Vorsitzenden und 1947 zum
Vorsitzenden dieses Komitees ernannt. Am 1. Oktober starb Herr Hans von Arx-Gresly, Kauf-
mann, Olten. Nachdem Herr von Arx im Jahre 1922 zum Mitglied des Lokalkomitees ernannt
worden war, übte er seit 1946 die Funktion des Stellvertreters des Vorsitzenden und seit 1955
jene des Vorsitzenden dieses Komitees aus. Für ihre langjährige wertvolle Mitarbeit sind wir den
Verstorbenen zu dauerndem Dank verpflichtet.

Von Bundesrat, Bankrat und Bankausschuss sind in der Folge nachstehende Ersatzwahlen
getroffen worden:

Der Bundesrat wählte zum Mitglied des Bankrates Herrn Dr. Samuel Schweizer, Präsident des
Verwaltungsrates des Schweizerischen Bankvereins, Basel.

Der Bankrat ergänzte das Lokalkomitee Aarau durch Herrn Dr. Hugo Frei, Direktor der USEGO,
Olten. Die Funktion des Vorsitzenden dieses Komitees wurde durch den Bankausschuss Herrn
Dr. Otto Pfiffner, Vizepräsident des Verwaltungsrates der Elfa AG, elektrochemische Fabrik,
Aarau, und jene des Stellvertreters des Vorsitzenden Herrn Kurt Oehler, Delegierter des Ver-
waltungsrates der Eisen- und Stahlwerke Oehler & Co. Aktiengesellschaft, Aarau, übertragen.

Als Mitglied des Lokalkomitees Lausanne ernannte der Bankrat Herrn Robert Morandi, Inge-

nieur, Delegierter des Verwaltungsrates der Morandi frères, société anonyme, Payerne. Zum Vorsitzenden des Komitees bezeichnete der Bankausschuss Herrn Charles Dentan, Bauunternehmer, Lausanne, zum Stellvertreter des Vorsitzenden Herrn Alfred Langer, Präsident des Verwaltungsrates der Fabrique des Lactas Langer Gland S.A., Gland.

Herr Direktor E. Mosimann ist wegen Erreichung der Altersgrenze auf den 31. Dezember 1961 als Generalsekretär zurückgetreten; er bleibt jedoch in seiner Eigenschaft als Mitglied der Direktion noch bis 31. Januar 1962 im Dienste der Bank. Die Bankbehörden möchten ihm an dieser Stelle ihren besondern Dank für die unserem Institut geleistete ausgezeichnete Arbeit aussprechen. Als Nachfolger von Herrn Mosimann wurde Herr Dr. H.-R. Läng, bisher Stellvertreter des Generalsekretärs in Bern, zum neuen Generalsekretär ernannt.

Der Personalbestand belief sich am 31. Dezember 1961 auf 388 (1960: 393) Beamte und Angestellte; darin waren 19 (1960: 29) provisorische Angestellte inbegriffen.

JAHRESRECHNUNG



1. GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR 1961

2. JAHRESSCHLUSSBILANZ VOM 31. DEZEMBER 1961

GEWINN- UND

SOLL

Abgeschlossen auf

	Fr.
Verwaltungskosten	
Bankbehörden und Personal	Fr. 8 373 830.25
Geschäfts- und Bureaukosten	Fr. 889 287.56
Verschiedenes	Fr. <u>168 708.38</u>
Zinsen für Bundesschatzanweisungen	9 431 826.19
Zinsen an Deponenten	4 362 125. —
Aufwendungen für Bankgebäude	284 426.87
Abschreibungen auf Mobiliar	513 045.53
Rückstellung für Banknotenherstellungskosten	380 205. —
Rückstellung für Umbauten in den Bankgebäuden	6 000 000. —
Rückstellung für Zinsen auf Bundesschatzanweisungen	1 000 000. —
Zuwendung an die Pensionskasse	1 000 000. —
Reingewinn	1 000 000. —
	6 843 248.80
	30 814 877.39

VERLUSTRECHNUNG

31. Dezember 1961

HABEN

	Fr.
Ertrag aus dem Verkehr mit Gold und Devisen	25 749 933. 04
Diskontoertrag und Inkassogebühren	1 337 315. 01
Ertrag des Lombardgeschäftes	389 999. 13
Ertrag der eigenen Wertschriften	1 775 783. 15
Zinsen von Inlandkorrespondenten	112 323. 34
Kommissionen	537 457. 10
Übrige Nutzposten	912 066. 62

30 814 877. 39

JAHRESSCHLUSSBILANZ

AKTIVEN

		Fr.
Kasse		
Gold, im In- und Ausland	Fr. 11 078 048 914. 85	
andere Kassenbestände	Fr. 9 036 141. 28	11 087 085 056. 13
Devisen		842 418 783. 19
Inlandportefeuille		
Schweizerwechsel	Fr. 62 172 128. 30	
Diskontierte Obligationen	Fr. 7 343 751. 30	69 515 879. 60
Lombardvorschüsse		66 284 296. 38
Eigene Wertschriften		
deckungsfähige	Fr. 16 670 400. —	
andere	Fr. 26 228 651. —	42 899 051. —
Korrespondenten		
im Inland	Fr. 58 311 490. 12	
im Ausland	Fr. 6 752 813. 84	65 064 303. 96
Inkassowechsel		1 898 206. 20
Postcheckguthaben		4 070 716. 33
Diverse Debitoren		764 130. 11
Coupons		91 346. —
Bankgebäude		1 500 000. —
Mobilier		1. —
Sonstige Aktiven		29 690. 20
Nicht einbezahltes Grundkapital		25 000 000. —
		12 206 621 460. 10

	Fr.
Notenumlauf	7 655 992 895. —
Girorechnungen	
Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie Fr. 1 996 139 248. 65	
Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung	Fr. 1 035 000 000. —
Girorechnungen ausländischer Banken	<u>Fr. 231 533 147. 39</u>
Bundesverwaltungen	662 497 503. 42
Deponenten	19 666 397. 50
Zahlungs- und Clearingabkommen mit dem Ausland	37 156 044. 97
Verbindlichkeiten auf Zeit	293 500 000. —
Diverse Kreditoren	122 969 649. 32
Ausstehende Checks	1 094 494. 98
Sonstige Passiven	44 515 879. 82
Grundkapital	50 000 000. —
Reservefonds	28 000 000. —
Rückstellung für Banknotenherstellungskosten	8 385 281.—
Rückstellung für nicht versicherte Schadensfälle	5 500 000. —
Rückstellung für Umbauten in den Bankgebäuden	6 352 423. 25
Rückstellung für Steuern	475 246. —
Rückstellung für Zinsen auf Bundesschatzanweisungen	1 000 000. —
Reingewinn	6 843 248. 80
	12 206 621 460. 10

ERLÄUTERUNGEN ZUR JAHRESRECHNUNG

AKTIVEN DER BILANZ

KASSENVERKEHR

Kassenbestand am 31. Dezember 1960, einschliesslich Gold im Ausland	Fr. 15 214 152 999. 20
Eingang im Jahre 1961	Fr. 18 726 949 795. 19
Ausgang im Jahre 1961	<u>Fr. 17 129 993 973. 26</u>
Kassenumsatz	Fr. 35 856 943 768. 45
Überschuss der Einzahlungen	<u>Fr. 1 596 955 821. 93</u>
Kassenbestand am 31. Dezember 1961, einschliesslich Gold im Ausland	<u>Fr. 16 811 108 821. 13</u>

Der Kassenbestand vom 31. Dezember 1961 setzte sich wie folgt zusammen:

Gold	Fr. 11 078 048 914. 85
Scheidemünzen	Fr. 9 030 900. 87
Verschiedenes	<u>Fr. 5 240. 41</u>
Total laut Bilanz	Fr. 11 087 085 056. 13
Dazu: eigene Noten in den Kassen der Bank	<u>Fr. 5 724 023 765. —</u>
Total	<u>Fr. 16 811 108 821. 13</u>

Das Gold ist mit Fr. 4 869. 80 das Kilogramm Feingold verbucht, entsprechend dem für Goldbarren loco Bern geltenden Ankaufspreis.

DEWISENVERKEHR

Bestand am 31. Dezember 1960	Fr. 582 980 956. 35
Eingang im Jahre 1961	<u>Fr. 15 545 640 496. 62</u>
	Fr. 16 128 621 452. 97
Ausgang im Jahre 1961	<u>Fr. 15 286 202 669. 78</u>
Bestand am 31. Dezember 1961	<u>Fr. 842 418 783. 19</u>

DISKONTOVERKEHR

Schweizerwechsel

Bestand am 31. Dezember 1960	569 Wechsel mit	Fr.	49 203 984. 35
Im Jahre 1961 wurden diskontiert	3 225 Wechsel mit	Fr.	532 454 538. 27
	3 794 Wechsel mit	Fr.	581 658 522. 62
Davon wurden 1961 eingelöst	3 281 Wechsel mit	Fr.	519 486 394. 32
Bestand am 31. Dezember 1961	513 Wechsel mit	Fr.	62 172 128. 30

Obligationen

Bestand am 31. Dezember 1960.....	Fr.	4 313 579. —
Im Jahre 1961 wurden diskontiert	Fr.	13 863 513. 35
	Fr.	18 177 092. 35
Davon wurden 1961 eingelöst	Fr.	10 833 341. 05
Bestand am 31. Dezember 1961	Fr.	7 343 751. 30

LOMBARDVERKEHR

Bestand der Lombardvorschüsse am 31. Dezember 1960.....	Fr.	37 849 551. 03
Neue Vorschüsse im Jahre 1961.....	Fr.	366 799 807. 18
	Fr.	404 649 358. 21
Rückzahlungen im Jahre 1961	Fr.	338 365 061. 83
Bestand der Lombardvorschüsse am 31. Dezember 1961.....	Fr.	66 284 296. 38

Die Zahl der offenen Lombardrechnungen belief sich am 31. Dezember 1961 auf 214.

Von den Hinterlagen am 31. Dezember 1961 entfielen 83% auf eidgenössische Schuldverschreibungen und Schuldbuchforderungen, kantonale und kommunale Obligationen sowie auf Obligationen von Banken mit Kantonsgarantie.

VERKEHR IN EIGENEN WERTSCHRIFTEN

Bestand an eigenen Wertschriften am 31. Dezember 1960	Fr.	43 300 651. —
Im Jahre 1961 wurden dem Konto belastet	Fr.	4 937 900. —
	Fr.	48 238 551. —
Im Jahre 1961 wurden dem Konto gutgeschrieben	Fr.	5 339 500. —
Bestand am 31. Dezember 1961 gemäss nachstehendem Inventar	Fr.	42 899 051. —

Inventar der eigenen Wertschriften auf 31. Dezember 1961

Titelgattung	Nominalbetrag Fr.	Kurs ‰	Inventarwert Fr.
Anleihen der Eidgenossenschaft und der Schweizerischen Bundesbahnen	6 616 000. —	80	5 292 800. —
Reskriptionen der Schweizerischen Bundesbahnen (anstelle von Obligationen der 3 ‰ Anleihe 1938)	20 000 000. —	80	16 000 000. —
Kantonale Anleihen	200 000. —	80	160 000. —
U.S. Treasury Bills \$ 6 650 000. — à Fr. 4.30	28 595 000. —	75	21 446 250. —
Diverse			1. —
Total			42 899 051. —

VERKEHR MIT KORRESPONDENTEN IM INLAND

Bestand der Guthaben der Bank am 31. Dezember 1960	Fr.	45 119 679. 11
Im Jahre 1961 wurden der Bank von den Korrespondenten		
gutgeschrieben.....	Fr.	6 294 339 265. 15
belastet	Fr.	6 281 147 454. 14
		<hr/>
Gesamtumsatz	Fr.	12 575 486 719. 29
Überschuss der Gutschriften	Fr.	13 191 811. 01
		<hr/>
Bestand der Guthaben der Bank am 31. Dezember 1961	Fr.	58 311 490. 12
		<hr/>

Am 31. Dezember 1961 verfügte die Bank für den Inlandverkehr über ein Netz von Korrespondenten, das 362 Bank- und 181 Nebenplätze umfasst. Die Zahl der Korrespondentenmandate belief sich auf 447.

VERKEHR MIT KORRESPONDENTEN IM AUSLAND

Bestand am 31. Dezember 1960	Fr.	6 755 840. 84
Eingang im Jahre 1961	Fr.	12 992 984 820. 70
		<hr/>
	Fr.	12 999 740 661. 54
Ausgang im Jahre 1961	Fr.	12 992 987 847. 70
		<hr/>
Bestand am 31. Dezember 1961	Fr.	6 752 813. 84
		<hr/>

INKASSOVERKEHR

Den Bankstellen der Nationalbank sind im Berichtsjahr an Checks und Wechseln zum Inkasso eingereicht worden

auf Mitglieder der Abrechnungsstellen	24 460 Stück mit	Fr.	480 743 780. 16
auf andere Bezogene	9 446 Stück mit	Fr.	141 489 102. 01
			<hr/>
Total	33 906 Stück mit	Fr.	622 232 882. 17
			<hr/>

hievon wurden als Deckung für Rechnungen der

Korrespondenten in der Schweiz eingereicht	1 152 Stück mit	Fr.	77 374 440. 15
--	-----------------	-----	----------------

VERKEHR AUF POSTCHECKRECHNUNGEN

Postcheckguthaben am 31. Dezember 1960	Fr.	2 974 417. 51
Im Jahre 1961 wurden unsern Postcheckrechnungen		
gutgeschrieben	Fr.	23 376 985 655. 59
belastet	Fr.	<u>23 375 889 356. 77</u>
Gesamtumsatz	Fr.	46 752 875 012. 36
Überschuss der Gutschriften	Fr.	<u>1 096 298. 82</u>
Postcheckguthaben am 31. Dezember 1961	Fr.	<u>4 070 716. 33</u>

Der Überweisungsverkehr zwischen den Kunden der Nationalbank und den Inhabern von Postcheckrechnungen gestaltete sich im Berichtsjahr wie folgt:

18 663 Giroüberweisungen von der Nationalbank an die Post	Fr.	825 110 213. 88
34 348 Giroüberweisungen von der Post an die Nationalbank	Fr.	<u>12 628 044 827. 15</u>
Total	Fr.	<u>13 453 155 041. 03</u>

Die Postcheckämter sind ermächtigt, gegen Postchecks Checks auf die Nationalbank zur Verrechnung auf Girokonto abzugeben.

Von 25 Postcheckämtern wurden im Berichtsjahr 1 972 Checks ausgestellt mit Fr. 146 610 203. —

BANKGEBÄUDE UND MOBILIAR

Bankgebäude

Der Buchwert der Gebäude der Bank betrug am 31. Dezember 1961 wie im Vorjahr Fr. 1 500 000. —

Die Feuerversicherungssumme stellte sich insgesamt auf Fr. 29 492 000. —.

Die Auslagen für Neueinrichtungen, Renovationen, Unterhalt, Beleuchtung, Heizung,

Bewachung, Reinigung belaufen sich auf	Fr.	784 775. 48
Nach Verrechnung der vereinnahmten Mietzinse von	Fr.	<u>271 729. 95</u>
verbleibt ein Überschuss der Aufwendungen von	Fr.	<u>513 045. 53</u>

Mobiliar

Das Mobiliarkonto war am 31. Dezember 1960 belastet mit Fr. 1. —

Die Neuanschaffungen im Betrage von Fr. 380 205. —
wurden vollständig abgeschrieben.

Der Buchwert am 31. Dezember 1961 beträgt somit wiederum Fr. 1. —

PASSIVEN DER BILANZ

AUSGABE UND DECKUNG DER BANKNOTEN (Vgl. Beilagen Nr. 1 und 2)

Der Notenumlauf der Nationalbank belief sich

am 31. Dezember 1960	auf	Fr. 6 854 058 285
am 31. Dezember 1961	auf	Fr. 7 655 992 895
Zunahme		<u>Fr. 801 934 610</u>

Der Notenumlauf betrug im Jahresdurchschnitt Fr. 6 672 900 860; er erreichte im Maximum (am 22. Dezember) Fr. 7 753 809 440 und im Minimum (am 15. Februar) Fr. 6 158 513 785.

Im Berichtsjahr sind insgesamt 21 247 300 Stück zurückgerufene oder beschädigte Banknoten im Nennwert von Fr. 737 450 000 zur Vernichtung ausgeschieden und durch neue Noten ersetzt worden.

Von den zurückgerufenen Noten der Nationalbank waren am 31. Dezember 1961 noch ausstehend:

Noten zu 1 000 Franken mit dem Bild der Giesserei auf der Rückseite	Fr.	64 425 000
Noten zu 500 Franken mit dem Bild der Handstickerinnen auf der Rückseite . . .	Fr.	20 490 500
Noten zu 100 Franken mit dem Bild des Mähers auf der Rückseite	Fr.	56 943 000
Noten zu 50 Franken mit dem Bild des Holzfällers auf der Rückseite	Fr.	14 834 950
Noten zu 20 Franken mit dem Pestalozzikopf auf der Vorderseite	Fr.	10 713 520
Zusammen	Fr.	<u>167 406 970</u>

Die Nationalbank ist verpflichtet, die erwähnten Noten zu 1 000, 500, 100 und 50 Franken bis zum 30. September 1978, die Noten zu 20 Franken mit dem Pestalozzikopf bis zum 31. März 1976 zum Nennwert umzutauschen.

Deckung des Notenumlaufs am 31. Dezember 1961:

Gold		Fr. 11 078 048 915
Übrige deckungsfähige Aktiven		
Devisen	Fr.	842 418 783
Inlandportfeuille	Fr.	69 515 880
Lombardvorschüsse	Fr.	66 284 296
Wertschriften	Fr.	16 670 400
		<u>Fr. 994 889 359</u>
Gesamte Notendeckung		<u>Fr. 12 072 938 274</u>

Die Deckung des Notenumlaufs durch Gold allein betrug im Maximum 161,59% (18. Oktober), im Minimum 139,83% (22. Dezember). Die Deckung des Notenumlaufs und der täglich fälligen Verbindlichkeiten durch Gold allein erreichte im Maximum 106,75% (30. November), im Minimum 89,62% (11. März).

GIROVERKEHR (Vgl. Beilage Nr. 3)

Bestand der Giro Guthaben am 31. Dezember 1960.....	Fr.	2 288 370 564. 54
Im Jahre 1961 wurden den Girorechnungen		
gutgeschrieben	Fr.	192 889 715 383. 18
belastet	Fr.	191 915 413 551. 68
Gesamtumsatz	Fr.	384 805 128 934. 86
Überschuss der Gutschriften.....	Fr.	974 301 831. 50
Bestand der Giro Guthaben am 31. Dezember 1961.....	Fr.	3 262 672 396. 04

Im Laufe des Berichtsjahres wurden von den Giro Guthaben ausgeschieden:

- a) am 30. März die Guthaben von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung im Betrage von Fr. 1 035 000 000. Der Bestand dieser Guthaben hat bis zum Jahresende keine Veränderung erfahren;
- b) am 30. Juni die Guthaben ausländischer Banken im Betrage von Fr. 359 540 916. 10; am 31. Dezember beliefen sie sich auf Fr. 231 533 147. 39.

Vom Gesamtumsatz wurden 97,00% unter Vermeidung von Barzahlungen durch Umschreibung in den Büchern der Bank erledigt.

Vom Gesamtumsatz von	3 012 622 Posten mit	Fr. 384 805 128 934. 86
entfielen auf den Bankenclearingverkehr über die Giro-		
rechnungen bei der Nationalbank	2 346 224 Posten mit	Fr. 214 162 183 089. 36
davon wurden über die bei der Nationalbank geführten		
Bankenclearingkonti verrechnet	2 309 788 Posten mit	Fr. 53 362 715 418. 78

Der Bestand der Giro Guthaben betrug im Maximum (am 15. März) Fr. 4 096 920 490, im Minimum (am 7. Januar) Fr. 2 303 240 300; er belief sich im Jahresdurchschnitt auf Fr. 3 260 196 467.

Die Zahl der Girorechnungen belief sich am 31. Dezember 1961 auf 1535.

VERKEHR MIT DEN BUNDESVERWALTUNGEN

Ein- und Auszahlungsverkehr

Bestand der Guthaben der Bundesverwaltungen am 31. Dezember 1960 . . .	Fr.	416 573 860. 97
Im Jahre 1961 wurden den Rechnungen der Bundesverwaltungen		
gutgeschrieben	Fr.	24 113 226 118. 36
belastet	Fr.	23 867 302 475. 91
Gesamtumsatz	Fr.	47 980 528 594. 27
Überschuss der Gutschriften	Fr.	245 923 642. 45
Bestand der Guthaben der Bundesverwaltungen am 31. Dezember 1961 . . .	Fr.	662 497 503. 42
Vom Verkehr entfallen auf		
	Gutschriften	Belastungen
die Eidgenössische Staatskasse	Fr. 6 903 498 313. 04	Fr. 6 657 000 567. 97
die PTT-Verwaltung	Fr. 15 543 682 670. 59	Fr. 15 543 740 155. 62
die Schweizerischen Bundesbahnen	Fr. 1 588 220 447. 02	Fr. 1 587 981 362. 84
die übrigen Verwaltungen	Fr. 77 824 687. 71	Fr. 78 580 389. 48
Total	Fr. 24 113 226 118. 36	Fr. 23 867 302 475. 91

Verwaltung von Wertschriften

Die Schweizerische Nationalbank ist laut Art. 15, Absatz 1, des Bankgesetzes verpflichtet, die dem Bunde gehörenden und die unter seiner Verwaltung stehenden Wertschriften und Wertgegenstände unentgeltlich zur Aufbewahrung und Verwaltung zu übernehmen.

Bestand der verwalteten Wertschriften am 31. Dezember 1961

für den Bund	Fr.	977 375 299. —
für die Schweizerischen Bundesbahnen	Fr.	18 672 300. —
Total	Fr.	996 047 599. —

In diesen Zahlen sind inbegriffen die gegen Namenszertifikate bei der Eidgenössischen Staatskasse und bei der Hauptkasse der Schweizerischen Bundesbahnen hinterlegten, von der Bank für Rechnung dieser Stellen aufbewahrten und verwalteten Obligationen des Bundes und der Bundesbahnen.

An Inhaber solcher Zertifikate wurden im Jahre 1961 ausbezahlt:

rückzahlbare Titel	2 219 Stück mit	Fr.	3 687 000. —
Coupons	8 178 Stück mit	Fr.	152 657. 45
Total	10 397 Stück mit	Fr.	3 839 657. 45

Eidgenössisches Schuldbuch

Gemäss Art. 10 des Bundesgesetzes vom 21. September 1939 über das eidgenössische Schuldbuch ist die Schweizerische Nationalbank mit der Führung des Schuldbuches betraut. Sie übt diese Obliegenheit im Namen und Auftrage des Bundes aus.

Am 31. Dezember 1960 waren im eidgenössischen Schuldbuch eingetragen:

1 203 Einzelforderungen mit Fr. 1 789 906 000. —

Zuwachs im Jahre 1961:

a) Zeichnungen von Schuldbuchforderungen

bei Anleihsenemissionen Fr. —

b) Umwandlungen von Schuldverschreibungen

in Schuldbuchforderungen Fr. 31 411 000. — Fr. 31 411 000. —

Fr. 1 821 317 000. —

Abgang im Jahre 1961:

Rückzahlungen Fr. —. —

Am 31. Dezember 1961 waren somit im Schuldbuch eingetragen:

1 275 Einzelforderungen mit Fr. 1 821 317 000. —

Im Berichtsjahre wurden 72 Übertragungen von Schuldbuchforderungen auf

andere Gläubiger vorgenommen im Gesamtbetrage von Fr. 40 957 000. —

An Zinsen auf Schuldbuchforderungen wurden im Berichtsjahre vergütet in

2 270 Gutschriften Fr. 39 053 393. 40

Das eidgenössische Schuldbuch wurde im Berichtsjahre für die Umwandlung bestehender Schuldverschreibungen in Schuldbuchforderungen vom 6. November bis 5. Dezember geöffnet.

Einlösung von Titeln und Coupons

Als Domizilstelle hat die Nationalbank im Berichtsjahr an rückzahlbaren Titeln und fälligen Coupons für den Bund und die Bundesbahnen eingelöst:

rückzahlbare Titel 1 487 Stück mit Fr. 2 928 000. —

Coupons 219 454 Stück mit Fr. 10 342 530. 90

Total 220 941 Stück mit Fr. 13 270 530. 90

Darin sind die Auszahlungen an die Inhaber von Namenszertifikaten und an die Schuldbuchgläubiger nicht enthalten.

VERKEHR MIT DEPONENTEN

Bestand der Guthaben der Deponenten am 31. Dezember 1960	Fr.	18 141 746. 56
Im Jahre 1961 wurden den Depotrechnungen		
gutgeschrieben	Fr.	804 352 371. 83
belastet	Fr.	802 827 720. 89
Gesamtumsatz	Fr.	1 607 180 092. 72
Überschuss der Gutschriften	Fr.	<u>1 524 650. 94</u>
Bestand der Guthaben der Deponenten am 31. Dezember 1961	Fr.	<u>19 666 397. 50</u>

ZAHLUNGSVERKEHR MIT DEM AUSLAND AUF GRUND VON ZAHLUNGS- UND CLEARINGABKOMMEN

Die Rechnungen, die der Durchführung des gebundenen Zahlungsverkehrs dienen, wiesen am 31. Dezember 1960 Guthaben Dritter auf im Betrage von	Fr.	33 292 479. 26
Im Jahre 1961 wurden diesen Rechnungen		
gutgeschrieben	Fr.	1 470 155 524. 99
belastet	Fr.	1 466 291 959. 28
Gesamtumsatz	Fr.	2 936 447 484. 27
Überschuss der Gutschriften	Fr.	<u>3 863 565. 71</u>
Bestand der Guthaben am 31. Dezember 1961	Fr.	<u>37 156 044. 97</u>

VERBINDLICHKEITEN AUF ZEIT

Bestand am 31. Dezember 1960	Fr.	390 250 000. —
Zu Beginn des Jahres 1961 wurden zu Lasten von Girorechnungen der Banken auf dieses Konto übertragen	Fr.	<u>9 750 000. —</u>
	Fr.	400 000 000. —
Zur Rückgabe von solchen Zeitgeldern an Banken über Jahresende wurden vom 28. bis 31. Dezember 1961 dem Konto belastet	Fr.	<u>106 500 000. —</u>
Bestand am 31. Dezember 1961	Fr.	<u>293 500 000. —</u>

Die Verbindlichkeiten auf Zeit rühren von der am 1. Oktober 1960 erfolgten Plazierung von Reskriptionen der Eidgenossenschaft bei den Banken zur Bindung überschüssiger Marktmittel her. Die Reskriptionen wurden mit Zinssätzen von 1% bei Laufzeiten von 9 und 12 Monaten, von 1 $\frac{1}{8}$ % für eine Laufzeit von 15 Monaten und von 1 $\frac{1}{4}$ % für eine solche von 18 Monaten ausgestattet.

Die per 1. Juli und 1. Oktober 1961 fällig gewordenen Reskriptionen wurden zu einem Satz von 1% für ein Jahr erneuert.

AUSGESTELLTE CHECKS

Am 31. Dezember 1960 waren an Ziehungen auf die Bank ausstehend	157 Checks mit	Fr.	1 404 686. 21
Im Jahre 1961 beliefen sich die von den eigenen Bankstellen und den Kunden ausgestellten Checks, die nicht über Girokonto verrechnet wurden, auf	7 798 Checks mit	Fr.	463 268 505. 81
	7 955 Checks mit	Fr.	464 673 192. 02
Im Jahre 1961 sind eingelöst worden	7 819 Checks mit	Fr.	463 578 697. 04
Am 31. Dezember 1961 waren ausstehend	136 Checks mit	Fr.	1 094 494. 98

EIGENE GELDER

Grundkapital

Das Grundkapital beträgt unverändert Fr. 50 000 000. —, eingeteilt in 100 000 Aktien von je Fr. 500. —, auf welche 50 % = Fr. 250. — einbezahlt sind.

Im Laufe des Berichtsjahres hat der Bankausschuss die Übertragung von 1 785 Aktien auf neue Eigentümer genehmigt.

Nach den Eintragungen im Aktienregister war das Aktienkapital am 31. Dezember 1961 wie folgt verteilt:

2 164 Privataktionäre mit je	1 Aktie
1 441 Privataktionäre mit je	2 Aktien
1 253 Privataktionäre mit je	3— 5 Aktien
614 Privataktionäre mit je	6— 10 Aktien
376 Privataktionäre mit je	11— 25 Aktien
162 Privataktionäre mit je	26— 50 Aktien
54 Privataktionäre mit je	51—100 Aktien
23 Privataktionäre mit je	101—200 Aktien
11 Privataktionäre mit je	über 200 Aktien
<hr/>	<hr/>
6 098 Privataktionäre mit zusammen	41 937 Aktien
24 Kantone und Halbkantone mit zusammen	38 723 Aktien
28 Kantonalbanken mit zusammen	16 860 Aktien
49 andere öffentlich-rechtliche Körperschaften und Anstalten mit zusammen . . .	2 480 Aktien
<hr/>	<hr/>
6 199 Aktionäre mit zusammen	100 000 Aktien

Vom gesamten Aktienkapital sind demnach 58,06% im Besitz von Kantonen, Kantonalbanken sowie anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten und 41,94% im Besitz von Privataktionären.

Reservefonds

Laut Beschluss der Generalversammlung vom 18. März 1961 erreicht der Reservefonds	Fr. 28 000 000. —
Nach Verbuchung der Zuweisung von	Fr. 1 000 000. —
aus dem Reingewinn des Jahres 1961 wird sich der Reservefonds erhöhen auf	Fr. 29 000 000. —

RÜCKSTELLUNG FÜR BANKNOTENANFERTIGUNGSKOSTEN

Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1960	Fr. 5 427 589. 20
Ihr wurden zur Bezahlung der Kosten für die Banknotenherstellung entnommen ..	Fr. 3 042 308. 20
Saldo	Fr. 2 385 281. —
Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um	Fr. 6 000 000. —
erhöht auf	Fr. 8 385 281. —

RÜCKSTELLUNG FÜR UMBAUTEN IN DEN BANKGEBÄUDEN

Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1960	Fr. 6 321 324. 80
Ihr wurden zur Deckung von Umbaukosten in den Bankgebäuden in Bern und Zürich entnommen	Fr. 968 901. 55
Saldo	Fr. 5 352 423. 25
Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um	Fr. 1 000 000. —
erhöht auf	Fr. 6 352 423. 25

RÜCKSTELLUNG FÜR ZINSEN AUF BUNDESSCHATZANWEISUNGEN

Für Zinsen auf Bundesschatzanweisungen ist zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung eine Rückstellung vorgenommen worden von	Fr. 1 000 000. —
---	------------------

GEWINNVERTEILUNG

Gemäss Art. 27 des Nationalbankgesetzes vom 23. Dezember 1953 ist von dem durch die Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Reingewinn zunächst dem Reservefonds ein Betrag zuzuweisen, der 2% des Grundkapitals, d. h. 1 Million Franken nicht übersteigen darf.

Sodann kann eine Dividende bis zu 6% des einbezahlten Grundkapitals ausgerichtet werden, was einen Betrag von höchstens Fr. 1 500 000. — erfordert.

Der verbleibende Rest ist der eidgenössischen Staatskasse zur Ausrichtung einer Entschädigung an die Kantone bis zu 80 Rappen je Kopf der Bevölkerung zu überweisen. Der auf dieser Grundlage berechnete Aufwand würde sich per 31. Dezember 1961 auf Fr. 4 343 248. 80 belaufen.

ANTRÄGE

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beehren wir uns, folgende Anträge zu stellen:

1. Es wird der vorliegende Geschäftsbericht samt Gewinn- und Verlustrechnung und Schlussbilanz auf 31. Dezember 1961 genehmigt.
2. Es wird der Verwaltung Entlastung erteilt.
3. Der durch die Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Reingewinn von Fr. 6 843 248. 80 ist wie folgt zu verwenden:

Einlage in den Reservefonds	Fr. 1 000 000. —
Ausrichtung einer Dividende von 6%	Fr. 1 500 000. —
Ablieferung an die eidgenössische Staatskasse	Fr. 4 343 248. 80
	<hr/>
	Fr. 6 843 248. 80

Auch dieses Jahr möchten wir unsere Berichterstattung mit einem aufrichtigen Wort des Dankes an Herrn Bundesrat Dr. J. Bourgknecht, Vorsteher des Eidgenössischen Finanz- und Zolldepartements, abschliessen. Wiederum hat er den Anliegen der Nationalbank jederzeit ein lebhaftes Interesse entgegengebracht und die Politik des Noteninstituts tatkräftig unterstützt. Im weiteren ist es uns eine angenehme Pflicht, unsern Korrespondenten und Berichterstattern aus den Kreisen der Banken, des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft für ihre geschätzte Mitarbeit zu danken. Unsern Beamten und Angestellten gebührt ebenfalls Dank und Anerkennung für ihre treuen und wertvollen Dienste.

Zürich, den 25. Januar 1962.

Namens des Direktoriums
der Schweizerischen Nationalbank

Der Präsident: *Schwegler*

Der Generalsekretär: *Läng*

DER BANKAUSSCHUSS
DER SCHWEIZERISCHEN NATIONALBANK

hat in seiner Sitzung vom 8. Februar 1962 den vorstehenden Geschäftsbericht über das Jahr 1961 zur Kenntnis genommen und ihm seinerseits die Genehmigung erteilt. Gemäss Art. 43, Absatz 1, Ziffer 4, und Art. 49, Absatz 1, des Nationalbankgesetzes wird der Bericht mit den nachstehenden Anträgen dem Bankrate überwiesen.

Der Bankausschuss

BEANTRAGT

der Bankrat möge beschliessen:

1. Der Geschäftsbericht für das Jahr 1961 mit Gewinn- und Verlustrechnung und Schlussbilanz vom 31. Dezember 1961 wird zur Vorlage an den Bundesrat und an die Generalversammlung der Aktionäre genehmigt.
2. Die auf Seite 48 des Berichtes formulierten Anträge werden vom Bankrat der Generalversammlung unterbreitet.

Bern, den 8. Februar 1962.

Im Namen des Bankausschusses
der Schweizerischen Nationalbank,

Der Präsident des Bankrates: *Dr. B. Galli*

Der Protokollführer: *Flückiger*

BERICHT DER REVISIONSKOMMISSION
AN DIE GENERALVERSAMMLUNG DER AKTIONÄRE
DER SCHWEIZERISCHEN NATIONALBANK

Hochgeehrter Herr Präsident,
Hochgeehrte Herren Aktionäre,

Die von Ihnen bestellte Revisionskommission führte im Laufe des vergangenen Jahres bei allen Zweiganstalten sowie bei den Agenturen Biel, La Chaux-de-Fonds und Winterthur Revisionen durch. Sie hat auch die Hauptbuchhaltung sowie die Bestände an den Sitzen Zürich und Bern einer Prüfung unterzogen.

Die Kommission hat alles in bester Ordnung befunden und erklärt, dass die Gewinn- und Verlustrechnung und die Schlussbilanz vom 31. Dezember 1961, wie sie Ihnen vorgelegt werden, mit den Saldi der im Generalhauptbuch der Bank geführten Konti übereinstimmen. Sie stellt mit Befriedigung fest, dass sowohl die Hauptbuchhaltung als auch die Buchhaltungen der Sitze, Zweiganstalten und eigenen Agenturen übersichtlich geführt sind und dass in allen Dienstzweigen gute Ordnung herrscht.

Wir beantragen Ihnen, hochgeehrter Herr Präsident, hochgeehrte Herren Aktionäre, die vorgelegte Gewinn- und Verlustrechnung und die Bilanz vom 31. Dezember 1961 mit dem ausgewiesenen Reingewinn von Fr. 6 843 248.80 zu genehmigen und die Ihnen vom Bankrate vorgeschlagene Verteilung des Reingewinnes gutzuheissen.

Bern, den 16. Februar 1962.

Mit Hochachtung,
Die Revisionskommission:
E. Gsell
N. Senn
A. von der Weid

DER SCHWEIZERISCHE BUNDESRAT

in Ausführung des Art. 63, Ziffer 2, lit. i, des Bundesgesetzes vom 23. Dezember 1953 über die Schweizerische Nationalbank;

nach erfolgter Kenntnisnahme von dem im Art. 51, Absatz 2, des genannten Gesetzes vorgesehenen Bericht der Revisionskommission vom 16. Februar 1962;

auf Antrag des Eidg. Finanz- und Zolldepartements,

BESCHLIESST:

Dem Geschäftsbericht und der Jahresrechnung der Schweizerischen Nationalbank für das Jahr 1961 wird die gesetzlich vorgesehene Genehmigung erteilt.

Bern, den 23. Februar 1962.

Im Namen
des Schweizerischen Bundesrates,
Der Bundespräsident: *P. Chaudet*
Der Kanzler: *Ch. Oser*

AN DIE GENERALVERSAMMLUNG DER AKTIONÄRE DER SCHWEIZERISCHEN NATIONALBANK

Hochgeehrte Herren Aktionäre,

Der Bankrat der Schweizerischen Nationalbank hat in seiner Sitzung vom 16. Februar 1962 auf Antrag des Bankausschusses den vom Direktorium vorgelegten Geschäftsbericht über die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1961 zur Vorlage an den Bundesrat und die Generalversammlung der Aktionäre genehmigt.

Nachdem auch die Revisionskommission ihren in Art. 51, Absatz 2, des Bankgesetzes vorgesehenen Bericht am 16. Februar 1962 erstattet hat und die in Art. 25, Absatz 3, vorgesehene Genehmigung durch den Bundesrat am 23. Februar 1962 erfolgt ist, beehren wir uns, Ihnen den vierundfünfzigsten Geschäftsbericht zu unterbreiten und Ihnen die Abnahme der Rechnung wie auch die Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinnes im Sinne der auf Seite 48 aufgeführten Anträge zu empfehlen.

Bern, den 24. Februar 1962.

Mit Hochachtung,

Im Namen des Bankrates

der Schweizerischen Nationalbank,

Der Präsident des Bankrates: *Dr. B. Galli*

Ein Mitglied des Direktoriums: *R. Motta*

VERZEICHNIS DER BEILAGEN

- Nr. 1 Zusammenstellung der veröffentlichten Ausweise.
- Nr. 2 Gliederung des Notenumlaufs nach Abschnitten.
- Nr. 3 Giroverkehr.
- Nr. 4 Geschäftsverkehr der einzelnen Bankstellen.
- Nr. 5 Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank :
Tabelle I: Bestände am Jahresende.
Tabelle II: Jahresdurchschnitte.
Tabelle III: Umsätze.
Tabelle IV: Geschäftsergebnisse.
- Nr. 6 Graphische Darstellung :
Schweizerische Nationalbank 1956—1961.
- Nr. 7 Diskontosatz und Lombardzinsfuß seit Eröffnung der Bank.
- Nr. 8 Abrechnungsverkehr :
Verkehr der schweizerischen Abrechnungsstellen (Kol. 2—10).
Wertschriften-Clearing für Kassageschäfte auf den Plätzen Basel und Zürich
(Kol. 11 und 12).
- Nr. 9 Verzeichnis der Mitglieder der Bankbehörden und der Bankorgane.

1961	Aktiven										Sonstige Aktiven
	Gold- bestand	Devisen	Inlandportefeuille			Lombard- vor- schüsse	Wertschriften		Korrespondenten		
			Wechsel	Schatzan- weisungen des Bundes	Total		Total	davon deckungs- fähige	im Inland	im Ausland	
In 1000 Franken											
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Januar ... 7.	9 277 153	569 417	53 461	—	53 461	14 517	43 301	994	8 193	7 713	34 162
14.	9 277 153	738 478	52 898	—	52 898	9 434	43 301	994	13 355	7 094	22 624
23.	9 449 827	647 693	53 435	—	53 435	8 094	43 301	994	6 954	4 785	23 302
31.	9 449 827	644 340	53 079	—	53 079	8 653	43 301	994	12 983	6 680	29 144
Februar .. 7.	9 449 827	586 532	52 856	—	52 856	8 262	43 301	994	3 423	8 700	37 239
15.	9 449 827	534 206	52 441	—	52 441	6 291	43 301	996	11 753	7 853	25 421
23.	9 425 382	516 620	52 562	—	52 562	6 023	43 301	996	13 873	12 206	24 469
28.	9 357 760	586 046	52 058	—	52 058	7 661	43 301	996	11 924	7 077	24 194
März 7.	9 357 760	767 730	50 676	—	50 676	8 021	43 301	996	5 308	6 462	25 667
15.	9 625 571	1 561 722	50 608	—	50 608	9 275	43 301	996	16 813	8 966	24 491
23.	9 383 672	1 561 553	49 250	—	49 250	8 555	43 301	996	16 240	10 678	24 271
30.	9 370 999	1 581 913	49 075	—	49 075	15 100	43 301	996	10 377	8 983	24 680
April 7.	9 441 334	1 550 588	48 379	—	48 379	10 856	42 901	596	7 090	7 600	22 591
15.	9 535 334	1 406 371	49 347	—	49 347	8 658	42 899	594	13 724	7 983	24 612
22.	9 632 723	1 304 951	48 350	—	48 350	9 711	42 899	594	5 277	10 206	25 960
29.	9 688 756	1 262 150	49 063	—	49 063	10 035	42 899	594	12 527	8 216	26 911
Mai 6.	9 645 588	1 287 974	47 832	—	47 832	8 818	42 899	16 670	8 003	10 619	24 329
15.	9 602 287	1 300 149	47 775	—	47 775	11 527	42 899	16 670	16 847	8 510	25 960
23.	9 722 685	1 287 055	47 326	—	47 326	11 217	42 899	16 670	9 393	7 220	24 650
31.	9 722 685	1 302 283	48 007	—	48 007	12 570	42 899	16 670	15 762	8 602	26 109
Juni 7.	9 717 816	1 301 286	47 540	—	47 540	13 158	42 899	16 670	11 475	9 577	25 059
15.	9 717 816	1 303 246	47 624	—	47 624	13 239	42 899	16 670	14 730	10 418	27 035
23.	9 717 816	1 307 106	47 687	—	47 687	13 134	42 899	16 670	14 743	7 519	26 181
30.	9 826 008	1 399 070	48 169	—	48 169	23 567	42 899	16 670	24 687	7 587	29 187
Juli 7.	9 933 953	1 465 594	47 930	—	47 930	17 895	42 899	16 670	5 546	8 106	29 775
15.	10 085 074	1 408 104	48 053	—	48 053	16 618	42 899	16 670	14 389	6 863	30 208
22.	9 976 888	1 443 241	47 924	—	47 924	13 453	42 899	16 670	11 222	7 868	30 019
31.	10 049 820	1 368 381	46 895	—	46 895	13 048	42 899	16 670	11 704	6 693	33 698
August .. 7.	10 049 820	1 377 187	47 334	—	47 334	12 285	42 899	16 670	4 456	6 551	31 045
15.	10 049 820	1 423 453	47 780	—	47 780	9 536	42 899	16 670	16 799	6 961	30 686
23.	10 169 831	1 475 848	47 388	—	47 388	8 465	42 899	16 670	10 381	7 162	32 004
31.	10 505 685	1 307 326	46 543	—	46 543	10 129	42 899	16 670	14 402	7 626	31 127
September 7.	10 505 685	1 381 221	45 691	—	45 691	10 879	42 899	16 670	8 484	8 055	31 203
15.	10 505 685	1 441 924	45 427	—	45 427	10 904	42 899	16 670	13 583	7 263	33 070
23.	10 613 790	1 399 432	45 273	—	45 273	11 244	42 899	16 670	11 203	7 281	32 224
30.	10 700 126	1 175 603	45 446	—	45 446	17 427	42 899	16 670	13 950	6 810	30 129
Oktober . 7.	10 808 047	1 064 276	45 068	—	45 068	12 799	42 899	16 670	3 193	8 360	32 637
14.	10 928 096	1 032 601	45 124	—	45 124	9 848	42 899	16 670	11 247	7 690	32 586
23.	10 928 096	937 705	44 589	—	44 589	10 065	42 899	16 670	8 396	8 584	32 219
31.	10 928 096	904 385	44 850	—	44 850	12 484	42 899	16 670	13 339	6 617	36 538
November 7.	10 841 543	869 207	46 255	—	46 255	10 610	42 899	16 670	9 963	7 611	34 475
15.	10 841 543	857 649	46 937	—	46 937	9 962	42 899	16 670	10 938	10 428	34 988
23.	10 841 543	852 825	46 590	—	46 590	8 071	42 899	16 670	16 363	9 765	36 106
30.	10 841 543	836 573	52 986	—	52 986	19 679	42 899	16 670	15 949	7 748	38 125
Dezember 7.	10 841 543	838 883	53 250	—	53 250	22 015	42 899	16 670	12 223	7 881	37 358
15.	10 841 547	850 925	54 757	—	54 757	30 893	42 899	16 670	13 722	7 567	34 603
23.	10 839 078	971 776	63 795	—	63 795	40 035	42 899	16 670	30 102	11 825	34 291
30.	11 078 049	842 419	69 516	—	69 516	66 284	42 899	16 670	58 311	6 753	29 900

VERÖFFENTLICHTEN AUSWEISE

Passiven									Deckung	
Eigene Gelder	Notenumlauf	Täglich fällige Verbindlichkeiten			Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung	Verbindlichkeiten auf Zeit	Sonstige Passiven	Bilanzsumme	des Notenumlaufs	des Notenumlaufs und der täglich fälligen Verbindlichkeiten
		Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie	Übrige täglich fällige Verbindlichkeiten	Total						
In 1000 Franken									durch Gold	
									In Prozenten	
13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
52 000	6 533 271	2 303 240	518 654	2 821 894	—	400 000	200 752	10 007 917	142.00	99.17
52 000	6 331 258	2 719 522	472 809	3 192 331	—	400 000	188 748	10 164 337	146.53	97.41
52 000	6 268 928	2 902 023	428 702	3 330 725	—	400 000	185 738	10 237 391	150.74	98.44
52 000	6 387 550	2 803 718	417 867	3 221 585	—	400 000	186 872	10 248 007	147.94	98.34
52 000	6 257 388	2 840 065	439 664	3 279 729	—	400 000	201 023	10 190 140	151.02	99.08
52 000	6 158 514	3 005 146	328 453	3 333 599	—	400 000	186 980	10 131 093	153.44	99.55
52 000	6 288 013	2 881 987	285 459	3 167 446	—	400 000	186 977	10 094 436	149.89	99.68
52 000	6 468 136	2 725 388	256 179	2 981 567	—	400 000	188 318	10 090 021	144.67	99.03
52 000	6 371 878	2 931 071	321 651	3 252 722	—	400 000	188 325	10 264 925	146.86	97.23
52 000	6 291 641	4 096 921	311 010	4 407 931	—	400 000	189 175	11 340 747	152.99	89.96
53 000	6 411 616	3 642 964	407 279	4 050 243	—	400 000	182 661	11 097 520	146.35	89.69
53 000	6 630 774	2 473 771	326 648	2 800 419	1 035 000	400 000	185 235	11 104 428	141.33	99.36
53 000	6 484 097	2 400 485	573 576	2 974 061	1 035 000	400 000	185 181	11 131 339	145.61	99.82
53 000	6 343 546	2 558 473	511 577	3 070 050	1 035 000	400 000	187 332	11 088 928	150.32	101.29
53 000	6 355 901	2 496 703	553 386	3 050 089	1 035 000	400 000	186 087	11 080 077	151.56	102.41
53 000	6 616 624	2 245 383	562 740	2 808 123	1 035 000	400 000	187 810	11 100 557	146.43	102.80
53 000	6 481 044	2 215 123	699 587	2 914 710	1 035 000	400 000	192 308	11 076 062	148.83	102.66
53 000	6 389 941	2 228 547	760 281	2 988 828	1 035 000	400 000	189 185	11 055 954	150.27	102.38
53 000	6 432 067	2 299 893	742 251	3 042 144	1 035 000	400 000	190 234	11 152 445	151.16	102.62
53 000	6 611 130	2 055 054	833 143	2 888 197	1 035 000	400 000	191 590	11 178 917	147.07	102.35
53 000	6 504 232	2 115 295	864 810	2 980 105	1 035 000	400 000	196 473	11 168 810	149.41	102.46
53 000	6 423 300	2 208 483	863 798	3 072 281	1 035 000	400 000	193 426	11 177 007	151.29	102.34
53 000	6 595 728	2 101 323	797 751	2 899 074	1 035 000	400 000	194 283	11 177 085	147.33	102.35
53 000	6 772 668	1 747 311	1 195 872	2 943 183	1 035 000	400 000	197 323	11 401 174	145.08	101.13
53 000	6 658 436	1 936 076	1 269 929	3 206 005	1 035 000	400 000	199 257	11 551 698	149.19	100.71
53 000	6 601 049	2 203 434	1 162 323	3 365 757	1 035 000	400 000	197 402	11 652 208	152.78	101.19
53 000	6 697 285	2 165 019	1 026 731	3 191 750	1 035 000	400 000	196 479	11 573 514	148.97	100.89
53 000	6 813 477	1 989 342	1 082 719	3 072 061	1 035 000	400 000	199 600	11 573 138	147.50	101.66
53 000	6 678 964	2 090 026	1 116 506	3 206 532	1 035 000	400 000	198 081	11 571 577	150.47	101.66
53 000	6 599 173	2 285 377	1 057 462	3 342 839	1 035 000	400 000	197 922	11 627 934	152.29	101.08
53 000	6 647 966	2 399 631	1 059 616	3 459 247	1 035 000	400 000	198 765	11 793 978	152.98	100.62
53 000	6 843 843	2 297 945	1 136 910	3 434 855	1 035 000	400 000	199 039	11 965 737	153.51	102.21
53 000	6 772 872	2 395 835	1 176 457	3 572 292	1 035 000	400 000	200 953	12 034 117	155.11	101.55
53 000	6 724 306	2 536 892	1 150 122	3 687 014	1 035 000	400 000	201 435	12 100 755	156.23	101.91
53 000	6 807 950	2 533 166	1 131 116	3 664 282	1 035 000	400 000	203 114	12 163 346	155.90	101.35
53 000	7 014 130	2 183 486	1 143 558	3 327 044	1 035 000	400 000	203 216	12 032 390	152.55	103.47
53 000	6 893 559	2 235 673	1 194 717	3 430 390	1 035 000	400 000	205 330	12 017 279	156.78	104.69
53 000	6 803 950	2 291 800	1 322 056	3 613 856	1 035 000	400 000	204 285	12 110 091	160.61	104.90
53 000	6 832 250	2 279 579	1 202 013	3 481 592	1 035 000	400 000	210 711	12 012 553	159.95	105.96
53 000	7 042 717	2 025 023	1 226 958	3 251 981	1 035 000	400 000	206 510	11 989 208	155.17	106.15
53 000	6 940 570	2 006 212	1 221 724	3 227 936	1 035 000	400 000	206 057	11 862 563	156.21	106.62
53 000	6 860 556	2 075 778	1 224 100	3 299 878	1 035 000	400 000	206 910	11 855 344	158.03	106.70
53 000	6 990 475	2 004 454	1 163 377	3 167 831	1 035 000	400 000	207 856	11 854 162	155.09	106.73
53 000	7 222 577	1 820 464	1 112 804	2 933 268	1 035 000	400 000	211 657	11 855 502	150.11	106.75
53 000	7 278 807	1 738 683	1 138 991	2 877 674	1 035 000	400 000	211 571	11 856 052	148.95	106.74
53 000	7 486 688	1 591 489	1 098 915	2 690 404	1 035 000	400 000	211 821	11 876 913	144.81	106.53
53 000	7 736 907	1 550 128	1 049 236	2 599 364	1 035 000	400 000	209 530	12 033 801	140.10	104.86
53 000	7 655 993	1 996 139	950 853	2 946 992	1 035 000	293 500	209 646	12 194 131	144.70	104.48

GLIEDERUNG DES NOTENUMLAUFS NACH ABSCHNITTEN

1961	Abschnitte zu Franken							Total	Abschnitte zu Franken							
	1000	500	100	50	20	10	5		1000	500	100	50	20	10	5	
	In Millionen Franken								Prozentuale Verteilung							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	
Januar	7.	1 958,1	671,6	2 823,2	504,7	395,3	164,7	15,7	6 533,3	29,97	10,28	43,21	7,73	6,05	2,52	0,24
	14.	1 914,0	650,2	2 712,3	490,8	386,9	161,4	15,7	6 331,3	30,23	10,27	42,84	7,75	6,11	2,55	0,25
	23.	1 894,3	651,2	2 688,4	480,7	380,1	158,6	15,6	6 268,9	30,22	10,39	42,88	7,67	6,06	2,53	0,25
	31.	1 901,2	663,9	2 783,7	483,5	381,1	158,6	15,5	6 387,5	29,77	10,39	43,58	7,57	5,97	2,48	0,24
Februar	7.	1 873,0	638,5	2 708,3	482,6	381,0	158,5	15,5	6 257,4	29,93	10,21	43,28	7,71	6,09	2,53	0,25
	15.	1 856,0	629,9	2 646,4	477,9	376,5	156,4	15,4	6 158,5	30,14	10,23	42,97	7,76	6,11	2,54	0,25
	23.	1 863,8	651,4	2 743,4	479,8	377,4	156,8	15,4	6 288,0	29,64	10,36	43,63	7,63	6,00	2,49	0,25
	28.	1 879,6	670,3	2 869,0	490,8	383,9	159,2	15,3	6 468,1	29,06	10,36	44,36	7,59	5,93	2,46	0,24
März	7.	1 859,6	644,2	2 808,3	496,3	388,0	160,2	15,3	6 371,9	29,18	10,11	44,07	7,79	6,09	2,52	0,24
	15.	1 857,7	634,6	2 744,7	494,1	385,8	159,5	15,2	6 291,6	29,53	10,09	43,62	7,85	6,13	2,54	0,24
	23.	1 880,6	658,7	2 814,3	496,0	386,6	160,2	15,2	6 411,6	29,33	10,27	43,89	7,74	6,03	2,50	0,24
	30.	1 916,8	676,3	2 956,9	507,1	395,1	163,5	15,1	6 630,8	28,91	10,20	44,59	7,65	5,96	2,46	0,23
April	7.	1 899,2	651,8	2 855,2	505,8	393,3	163,7	15,1	6 484,1	29,29	10,05	44,03	7,80	6,07	2,53	0,23
	15.	1 872,9	638,8	2 771,3	495,7	388,1	161,7	15,0	6 343,5	29,52	10,07	43,69	7,81	6,12	2,55	0,24
	22.	1 866,9	644,3	2 791,6	491,0	386,0	161,1	15,0	6 355,9	29,37	10,14	43,92	7,73	6,07	2,53	0,24
	29.	1 900,9	677,2	2 962,8	502,6	394,2	164,0	14,9	6 616,6	28,73	10,23	44,78	7,60	5,96	2,48	0,22
Mai	6.	1 878,9	652,3	2 871,6	502,7	395,9	164,7	14,9	6 481,0	28,99	10,06	44,31	7,76	6,11	2,54	0,23
	15.	1 873,4	644,1	2 801,1	498,8	393,6	164,0	14,9	6 389,9	29,32	10,08	43,84	7,80	6,16	2,57	0,23
	23.	1 876,7	654,2	2 832,6	497,7	392,2	163,9	14,8	6 432,1	29,18	10,17	44,04	7,74	6,10	2,54	0,23
	31.	1 899,5	672,7	2 954,2	505,2	398,0	166,7	14,8	6 611,1	28,73	10,18	44,69	7,64	6,02	2,52	0,22
Juni	7.	1 880,3	648,8	2 882,0	509,1	401,3	168,0	14,7	6 504,2	28,91	9,97	44,31	7,83	6,17	2,58	0,23
	15.	1 874,0	643,5	2 821,4	504,5	397,9	167,3	14,7	6 423,3	29,18	10,02	43,92	7,85	6,20	2,60	0,23
	23.	1 890,9	667,3	2 944,9	508,7	400,6	168,7	14,6	6 595,7	28,67	10,12	44,65	7,71	6,07	2,56	0,22
	30.	1 934,8	681,8	3 044,8	518,5	406,8	171,4	14,6	6 772,7	28,57	10,07	44,96	7,65	6,01	2,53	0,21
Juli	7.	1 906,1	657,1	2 973,9	522,3	411,2	173,3	14,5	6 658,4	28,63	9,87	44,66	7,84	6,18	2,60	0,22
	15.	1 901,4	653,7	2 930,5	518,6	409,3	173,0	14,5	6 601,0	28,81	9,90	44,39	7,86	6,20	2,62	0,22
	22.	1 902,6	668,1	3 002,8	523,8	411,2	174,3	14,5	6 697,3	28,41	9,98	44,84	7,82	6,14	2,60	0,21
	31.	1 905,5	680,4	3 091,1	530,1	415,5	176,5	14,4	6 813,5	27,97	9,98	45,37	7,78	6,10	2,59	0,21
August	7.	1 884,7	657,1	3 000,8	528,9	416,4	176,7	14,4	6 679,0	28,22	9,84	44,93	7,92	6,23	2,65	0,21
	15.	1 887,0	649,4	2 930,3	526,7	415,5	176,0	14,3	6 599,2	28,59	9,84	44,40	7,98	6,30	2,67	0,22
	23.	1 905,5	664,2	2 952,5	523,4	412,9	175,3	14,2	6 648,0	28,66	9,99	44,41	7,87	6,21	2,64	0,22
	31.	1 933,0	687,5	3 081,2	532,6	418,2	177,1	14,2	6 843,8	28,24	10,05	45,02	7,78	6,11	2,59	0,21
September	7.	1 931,6	670,1	3 021,2	536,1	421,6	178,2	14,1	6 772,9	28,52	9,89	44,61	7,92	6,22	2,63	0,21
	15.	1 945,2	667,5	2 973,1	531,0	417,6	175,8	14,1	6 724,3	28,93	9,93	44,21	7,90	6,21	2,61	0,21
	23.	1 948,6	687,4	3 036,5	529,6	416,4	175,4	14,1	6 808,0	28,62	10,10	44,60	7,78	6,11	2,58	0,21
	30.	1 985,5	706,9	3 171,9	537,9	421,2	176,7	14,0	7 014,1	28,31	10,08	45,22	7,67	6,00	2,52	0,20
Oktober	7.	1 974,3	680,1	3 089,9	536,8	422,0	176,5	14,0	6 893,6	28,64	9,87	44,82	7,79	6,12	2,56	0,20
	14.	1 979,8	670,9	3 017,0	529,8	418,0	174,5	13,9	6 803,9	29,10	9,86	44,34	7,79	6,14	2,57	0,20
	23.	1 984,7	683,8	3 040,8	523,2	412,9	172,9	13,9	6 832,2	29,05	10,01	44,51	7,66	6,04	2,53	0,20
	31.	2 018,4	712,3	3 175,0	530,8	417,7	174,7	13,8	7 042,7	28,66	10,11	45,08	7,54	5,93	2,48	0,20
November	7.	2 009,7	691,4	3 101,9	530,6	418,7	174,5	13,8	6 940,6	28,96	9,96	44,69	7,65	6,03	2,51	0,20
	15.	2 029,3	686,5	3 022,4	521,7	414,4	172,5	13,8	6 860,6	29,58	10,01	44,05	7,60	6,04	2,51	0,21
	23.	2 055,8	710,0	3 104,7	521,1	413,1	172,1	13,7	6 990,5	29,41	10,16	44,41	7,45	5,91	2,46	0,20
	30.	2 096,1	738,6	3 245,9	534,0	420,1	174,2	13,7	7 222,6	29,02	10,23	44,94	7,39	5,82	2,41	0,19
Dezember	7.	2 118,8	745,0	3 244,8	547,7	430,3	178,5	13,7	7 278,8	29,11	10,24	44,58	7,52	5,91	2,45	0,19
	15.	2 211,8	777,1	3 310,7	555,6	436,6	181,2	13,7	7 486,7	29,55	10,38	44,22	7,42	5,83	2,42	0,18
	23.	2 281,1	822,3	3 422,3	567,6	444,8	185,2	13,6	7 736,9	29,48	10,63	44,23	7,34	5,75	2,39	0,18
	30.	2 318,2	808,1	3 335,9	556,7	439,2	184,3	13,6	7 656,0	30,28	10,55	43,57	7,27	5,74	2,41	0,18
Jahresdurchschnitt	1959	1 595,2	578,0	2 533,7	471,8	363,4	139,2	24,0	5 705,3	27,96	10,13	44,41	8,27	6,37	2,44	0,42
	1960	1 715,4	610,9	2 684,6	483,4	377,7	152,3	18,1	6 042,4	28,39	10,11	44,43	8,00	6,25	2,52	0,30
	1961	1 941,9	675,4	2 954,0	513,9	404,1	169,0	14,6	6 672,9	29,10	10,12	44,27	7,70	6,06	2,53	0,22

GIROVERKEHR

Umsätze	Jahr	Barzahlungen	Verrechnungen	Platzübertragungen 1)	Übertragungen von u. nach andern Bankplätzen	Total	Barzahlungen	Verrechnungen	Platzübertragungen 1)	Übertragungen von und nach andern Bankplätzen	Total
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Gutschriften	1957	17 466	107 663	940 691	70 544	1 136 364	1 084 864	15 702 661	50 829 546	11 482 846	79 099 917
	1958	19 150	103 748	929 260	68 777	1 120 935	1 112 085	15 703 977	58 837 837	12 421 112	88 075 011
	1959	23 438	104 965	1 029 297	77 992	1 235 692	1 199 399	15 870 862	90 519 669	14 554 576	122 144 506
	1960	22 166	96 237	1 188 385	81 128	1 387 916	1 157 370	19 750 444	123 688 700	18 275 611	162 872 125
	1961	21 406	95 949	1 297 275	81 657	1 496 287	1 063 090	23 493 715	145 992 946	22 339 964	192 889 715
Belastungen	1957	27 997	106 527	940 691	78 149	1 153 364	7 263 956	9 400 035	50 829 546	11 345 904	78 839 441
	1958	27 723	105 262	929 260	77 327	1 139 572	7 606 637	8 932 471	58 837 837	11 987 972	87 364 917
	1959	27 472	97 202	1 029 297	87 545	1 241 516	8 085 435	8 752 625	90 519 669	14 997 331	122 355 060
	1960	28 947	88 944	1 188 385	89 226	1 395 502	9 196 295	11 301 293	123 688 700	18 728 121	162 914 409
	1961	29 780	97 566	1 297 275	91 714	1 516 335	10 481 499	13 149 729	145 992 946	22 291 240	191 915 414
Total	1957	45 463	214 190	1 881 382	148 693	2 289 728	8 348 820	25 102 696	101 659 092	22 828 750	157 939 358
	1958	46 873	209 010	1 858 520	146 104	2 260 507	8 718 722	24 636 448	117 675 674	24 409 084	175 439 928
	1959	50 910	202 167	2 058 594	165 537	2 477 208	9 284 834	24 623 487	181 039 338	29 551 907	244 499 566
	1960	51 113	185 181	2 376 770	170 354	2 783 418	10 353 665	31 051 737	247 377 400	37 003 732	325 786 534
	1961	51 186	193 515	2 594 550	173 371	3 012 622	11 544 589	36 643 444	291 985 892	44 631 204	384 805 129
Prozentuale Verteilung											
Gutschriften	1957	1.54	9.48	82.78	6.20	100	1.37	19.85	64.26	14.52	100
	1958	1.71	9.25	82.90	6.14	100	1.26	17.83	66.81	14.10	100
	1959	1.90	8.49	83.30	6.31	100	0.98	12.99	74.11	11.92	100
	1960	1.60	6.93	85.62	5.85	100	0.71	12.13	75.94	11.22	100
	1961	1.43	6.41	86.70	5.46	100	0.55	12.18	75.69	11.58	100
Belastungen	1957	2.43	9.24	81.56	6.77	100	9.21	11.93	64.47	14.39	100
	1958	2.43	9.24	81.54	6.79	100	8.71	10.22	67.35	13.72	100
	1959	2.21	7.83	82.91	7.05	100	6.61	7.15	73.98	12.26	100
	1960	2.08	6.37	85.16	6.39	100	5.64	6.94	75.92	11.50	100
	1961	1.96	6.43	85.56	6.05	100	5.46	6.85	76.07	11.62	100
Total	1957	1.99	9.35	82.17	6.49	100	5.29	15.90	64.36	14.45	100
	1958	2.07	9.25	82.22	6.46	100	4.97	14.04	67.08	13.91	100
	1959	2.06	8.16	83.10	6.68	100	3.80	10.07	74.04	12.09	100
	1960	1.84	6.65	85.39	6.12	100	3.18	9.53	75.93	11.36	100
	1961	1.70	6.42	86.12	5.76	100	3.00	9.52	75.88	11.60	100

1) Mit Einschluss des Bankenclearing.

GESCHÄFTSVERKEHR DER

Jahr	Aarau	Basel	Bern	Genf	Lausanne	Lugano	Luzern	Neuen- burg	St. Gallen	Zürich	Total
In 1000 Franken											
Kassenumsatz											
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1957	1 079 307	2 378 004	15 070 833 ¹⁾	2 230 472	2 370 018	1 012 818	1 152 506	886 597	1 808 474	7 049 374	33 429 664 ¹⁾
1958	931 521	2 369 112	14 721 448 ¹⁾	2 305 651	2 113 612	987 872	1 139 258	761 906	1 709 037	6 390 247	29 399 599 ¹⁾
1959	803 666	2 527 851	11 139 523 ¹⁾	2 382 083	2 055 748	1 025 500	1 095 791	645 900	1 459 343	6 264 194	29 297 578 ¹⁾
1960	824 331	2 734 012	10 028 521 ¹⁾	2 639 440	2 319 588	1 064 189	1 119 298	678 406	1 580 786	6 309 007	23 143 641 ¹⁾
1961	1 011 423	3 074 878	13 724 791 ¹⁾	2 796 211	2 733 018	1 143 432	1 195 075	779 859	1 770 115	7 628 142	35 856 944 ¹⁾
Devisenverkehr											
1957	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19 667 614	19 667 614 ²⁾
1958	—	—	—	—	—	—	—	—	—	24 195 418	24 195 418 ²⁾
1959	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19 956 042	19 956 042
1960	—	—	—	—	—	—	—	—	—	33 172 518	33 172 518
1961	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30 831 843	30 831 843
Diskontierungen von Schweizerwechsln, Schatzanweisungen des Bundes und Obligationen											
1957	64 398	45 144	491 551	32 670	45 947	41 031	89 130	24 779	50 569	231 917	1 117 136
1958	21 844	17 194	446 800	21 872	27 306	34 407	84 828	21 763	36 595	121 871	834 480
1959	5 669	4 338	351 435	9 132	15 993	10 014	56 090	15 929	22 064	42 510	533 174
1960	9 083	2 498	352 872	8 036	18 200	4 028	53 319	18 988	29 441	47 360	543 825
1961	8 918	4 488	349 660	8 107	17 037	6 094	52 922	20 781	29 886	48 425	546 318
Neue Lombardvorschüsse											
1957	27 523	34 872	230 638	33 521	61 089	6 104	78 751	11 667	53 981	21 779	559 925
1958	6 196	9 845	61 967	22 871	20 230	5 364	46 110	6 862	21 000	16 587	217 032
1959	5 106	5 433	53 475	15 442	22 856	9 681	44 197	7 004	23 860	15 843	202 897
1960	8 789	6 245	90 799	26 274	60 590	3 230	64 964	6 786	38 060	25 234	330 971
1961	8 089	6 738	110 586	34 078	68 094	2 376	64 562	3 445	44 091	24 741	366 800
Verkehr mit den Korrespondenten im Inland											
1957	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9 381 307	9 381 307
1958	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9 423 251	9 423 251
1959	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9 962 597	9 962 597
1960	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11 176 513	11 176 513
1961	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12 575 487	12 575 487
Verkehr mit den Korrespondenten im Ausland ³⁾											
1957	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1958	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1959	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 447 017	1 447 017
1960	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2 527 794	2 527 794
1961	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25 985 973	25 985 973
¹⁾ Einschliesslich Gold im Ausland. ²⁾ Einschliesslich Verkehr mit Auslandskorrespondenten. ³⁾ Der Verkehr mit Auslandskorrespondenten ist bis 1958 im Devisenverkehr inbegriffen.											

EINZELNEN BANKSTELLEN ⁴⁾

Jahr	Aarau	Basel	Bern	Genf	Lausanne	Lugano	Luzern	Neuen- burg	St. Gallen	Zürich	Total
In 1000 Franken											
Inkassoverkehr (Einreichungen)											
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1957	956	15 384	345 137	21 695	7 225	329	4 259	9 290	3 475	115 546	523 296
1958	742	39 399	291 342	15 938	6 922	355	4 714	6 135	2 207	107 686	475 440
1959	2 271	23 490	294 713	30 087	7 590	335	6 362	6 481	2 505	88 167	462 001
1960	912	33 781	296 037	23 694	11 669	126	10 571	6 457	2 987	91 433	477 667
1961	2 767	29 511	403 111	19 007	12 657	182	8 255	7 398	2 962	136 383	622 233
Giroverkehr											
1957	1 851 066	12 743 566	10 704 458	9 957 204	4 795 331	1 295 634	2 089 967	1 693 099	3 521 220	109 287 813	157 939 358
1958	1 771 868	14 508 837	9 317 833	9 757 013	4 597 957	1 427 560	2 070 182	1 474 905	3 227 753	127 286 020	175 439 928
1959	1 736 845	17 556 014	9 615 253	11 153 953	4 920 806	1 644 943	2 007 457	1 463 101	3 284 509	191 116 685	244 499 566
1960	2 234 508	21 989 732	10 836 841	13 911 884	6 764 881	1 470 137	2 397 114	1 751 248	3 713 878	260 716 311	325 786 534
1961	2 471 628	26 222 888	12 405 287	16 735 050	7 775 884	1 760 423	2 796 491	1 882 711	4 333 799	308 420 968	384 805 129
Verkehr mit den Bundesverwaltungen											
1957	—	—	37 889 148	—	—	—	—	—	—	—	37 889 148
1958	—	—	37 910 874	—	—	—	—	—	—	—	37 910 874
1959	—	—	37 738 896	—	—	—	—	—	—	—	37 738 896
1960	—	—	42 908 748	—	—	—	—	—	—	—	42 908 748
1961	—	—	47 980 529	—	—	—	—	—	—	—	47 980 529
Verkehr mit Deponenten											
1957	6 024	23 526	75 970	16 244	10 114	2 543	3 225	6 389	5 048	253 334	402 417
1958	4 628	18 249	70 600	18 255	9 057	2 202	4 595	8 422	3 983	548 950	688 941
1959	4 780	15 358	66 786	23 724	7 885	4 582	3 890	6 388	4 490	880 920	1 018 803
1960	3 895	16 421	69 175	23 294	9 105	4 716	4 321	8 367	5 362	955 708	1 100 364
1961	3 730	13 815	82 671	28 263	8 910	3 741	10 205	11 041	5 947	1 438 857	1 607 180
Gesamtumsatz in doppelter Aufrechnung (ohne Abrechnungsstellen)											
1957	6 867 275	28 193 946	148 758 324	19 270 323	15 466 112	5 180 986	7 355 631	6 183 300	12 980 822	233 634 333	483 891 052
1958	6 268 021	30 942 035	134 701 870	19 041 227	13 880 005	5 005 532	7 431 315	4 863 593	11 684 619	243 232 346	477 050 563
1959	6 194 758	34 939 382	126 732 786	21 195 481	14 572 647	5 355 550	6 995 607	4 497 265	11 292 914	292 477 440	524 253 830
1960	7 159 489	42 231 560	138 060 378	25 694 326	17 975 749	5 118 728	8 013 097	5 278 523	12 421 286	384 553 610	646 506 746
1961	7 906 451	50 002 501	159 887 233	29 720 467	20 208 465	5 972 727	9 124 622	5 739 898	14 343 271	467 076 984	769 982 619
Umsatz der Abrechnungsstellen											
1957	—	1 147 189	224 386	1 784 773	500 281	—	—	60 106 ⁵⁾	111 816	965 633	4 794 184
1958	—	1 142 548	192 026	1 445 150	429 316	—	—	42 970 ⁵⁾	83 218	864 991	4 200 219
1959	—	1 574 241	215 236	1 810 404	490 731	—	—	39 223 ⁵⁾	72 174	989 129	5 191 138
1960	—	2 133 759	237 136	2 301 416	601 264	—	—	42 186 ⁵⁾	72 856	1 164 978	6 553 595
1961	—	2 514 322	296 435	2 980 611	751 525	—	—	50 336 ⁵⁾	96 365	1 361 862	8 051 456

⁴⁾ Der Verkehr der Agenturen ist in den Verkehrszahlen der vorgesetzten Bankstelle enthalten.

⁵⁾ Einschliesslich Umsatz der Abrechnungsstelle in La Chaux-de-Fonds.

BESTÄNDE AM JAHRESENDE

Jahr	Metallbestand			Devisen ²⁾	Inlandportefeuille				Wechsel der eidg. Darlehens- kasse	Lombard- vorschüsse
	Gold ¹⁾	Silber	Total		Schweizer- wechsel	Schatz- anweisungen ³⁾	Diskon- tierte Obli- gationen	Total		
	In Millionen Franken									
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1907	75,5	5,8	81,3	27,7	77,9	—	—	77,9	—	2,7
1908	117,5	7,2	124,7	44,7	63,7	—	—	63,7	—	10,4
1909	124,0	14,4	138,4	48,2	111,0	—	—	111,0	—	14,7
1910	155,6	10,2	165,8	59,1	99,8	—	—	99,8	—	18,0
1911	160,7	9,2	169,9	24,6	130,4	—	7,0	137,4	—	16,8
1912	173,1	12,8	185,9	26,7	146,2	—	5,1	151,3	—	25,5
1913	170,0	20,8	190,8	42,3	100,0	—	9,4	109,4	—	28,4
1914	237,9	24,9	262,8	34,4	114,7	58,0	8,3	181,0	—	19,6
1915	250,1	51,3	301,4	49,6	63,9	75,0	3,5	142,4	—	21,0
1916	345,0	52,5	397,5	63,3	56,3	123,0	4,5	183,8	—	22,1
1917	357,7	51,8	409,5	47,8	88,4	233,0	6,0	327,4	—	45,2
1918	414,7	58,4	473,1	70,6	249,8	312,0	6,5	568,3	—	40,9
1919	517,0	73,6	590,6	94,8	184,1	301,0	2,0	487,1	—	32,7
1920	542,9	121,6	664,5	25,4	167,1	280,0	5,8	452,9	—	36,6
1921	549,5	108,3	657,8	58,8	44,8	287,0	2,9	334,7	—	76,2
1922	535,1	103,9	639,0	74,1	33,9	325,0	2,0	360,9	—	62,2
1923	537,2	90,7	627,9	94,4	102,5	155,0	4,5	262,0	—	85,3
1924	505,9	87,2	593,1	193,3	81,2	78,0	5,7	164,9	—	70,8
1925	467,1	89,3	556,4	222,5	70,2	68,5	3,2	141,9	—	72,4
1926	471,8	72,8	544,6	222,0	91,7	83,1	5,5	180,3	—	60,6
1927	517,0	62,9	579,9	197,9	128,8	71,7	6,2	206,7	—	78,5
1928	533,0	45,8	578,8	258,6	157,1	53,9	6,8	217,8	—	82,9
1929	595,0	23,5	618,5	362,3	95,2	39,1	15,1	149,4	—	75,2
1930	712,9	—	712,9	353,4	86,7	—	8,0	94,7	—	53,4
1931	2 346,9	—	2 346,9	107,0	27,7	0,4	6,5	34,6	—	64,7
1932	2 471,2	—	2 471,2	88,6	12,8	0,2	6,7	19,7	4,6	48,7
1933	1 998,1	—	1 998,1	17,7	19,0	15,2	16,7	50,9	58,3	94,7
1934	1 909,8	—	1 909,8	7,5	13,4	4,0	8,9	26,3	5,9	118,0
1935	1 388,8	—	1 388,8	8,3	25,3	114,6	12,6	152,5	85,5	142,2

¹⁾ Bewertung vom 20. Juni 1907 bis 10. November 1921: 1 kg Feingold = Fr. 3440; vom 11. November 1921 an: 1 kg = Fr. 3435.555.
²⁾ 1907 und 1908 nur Auslandswchsel; von 1909 bis 1927 nur Auslandswchsel und Sichtguthaben im Ausland.
³⁾ Bis 1930 nur Schatzanweisungen des Bundes.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

BESTÄNDE AM JAHRESENDE

Eigene Wert- schriften	Guthaben bei Kor- respon- denten im Inland ⁴⁾	Noten- umlauf	Deckung des Notenumlaufs durch den Metallbestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten					Bilanz- summe	Jahr
				Girorech- nungen von Banken, Handel u. Industrie	Rechnungen der Bundes- verwaltungen	Rechnungen der Deponenten	Konti Zahlungs- u. Clearing- abkommen	Total		
In Millionen Franken			%	In Millionen Franken						
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
3,8	10,5	159,2	51.09	19,5	5,7	0,6	—	25,8	243,8	1907
6,2	8,2	204,1	61.11	21,1	13,1	0,8	—	35,0	292,9	1908
10,8	28,4	261,5	52.91	29,4	39,6	1,4	—	70,4	386,0	1909
10,0	35,0	297,2	55.77	22,4	45,7	0,7	—	68,8	421,0	1910
16,5	18,9	314,8	53.96	24,6	23,8	0,9	—	49,3	419,3	1911
7,1	19,2	339,2	54.80	28,9	25,4	1,2	—	55,5	451,0	1912
6,4	16,1	313,8	60.79	27,4	30,6	1,0	—	59,0	429,9	1913
9,3	14,7	455,9	57.65	54,6	8,6	7,6	—	70,8	589,2	1914
8,1	29,0	465,6	64.72	61,0	14,3	7,4	—	82,7	608,7	1915
6,8	18,2	536,5	74.07	89,8	12,7	27,3	—	129,8	735,1	1916
7,3	18,0	702,3	58.30	89,0	42,6	7,1	—	138,7	908,7	1917
8,6	28,1	975,7	48.49	79,1	20,1	88,4	—	187,6	1 239,0	1918
6,6	36,1	1 036,1	57.00	121,0	18,7	41,5	—	181,2	1 298,2	1919
5,9	35,0	1 023,7	64.90	146,4	11,4	5,4	—	163,2	1 273,1	1920
6,5	27,2	1 009,3	65.17	116,5	7,7	4,4	—	128,6	1 224,7	1921
9,8	18,9	976,4	65.44	147,4	11,0	5,7	—	164,1	1 224,3	1922
8,6	30,0	982,0	63.94	80,0	13,0	10,4	—	103,4	1 166,4	1923
6,8	38,6	913,9	64.89	102,8	8,3	6,0	—	117,1	1 107,5	1924
6,6	34,4	875,8	63.53	113,2	4,7	6,3	—	124,2	1 075,1	1925
6,4	33,6	873,9	62.31	127,0	4,3	5,5	—	136,8	1 087,6	1926
9,2	34,6	917,4	63.20	123,8	18,4	9,2	—	151,4	1 147,5	1927
19,0	40,6	952,6	60.75	141,5	54,0	6,6	—	202,1	1 236,4	1928
5,4	40,2	999,2	61.90	171,7	28,5	7,1	—	207,3	1 288,9	1929
104,0	32,7	1 062,1	67.12	213,2	28,0	7,9	—	249,1	1 391,9	1930
37,9	25,6	1 609,4	145.82	883,2	40,1	44,9	—	968,2	2 659,5	1931
50,8	15,7	1 612,6	153.24	922,3	51,0	67,9	—	1 041,2	2 743,5	1932
27,7	19,9	1 509,5	132.36	629,6	9,4	51,4	—	690,4	2 309,7	1933
52,5	19,2	1 440,3	132.60	539,4	39,6	45,9	—	624,9	2 179,2	1934
44,9	26,7	1 366,3	101.65	357,9	7,6	24,8	16,4	406,7	1 887,4	1935

⁴⁾ 1907 und 1908 einschliesslich Auslandskorrespondenten und Sichtguthaben im Ausland; von 1909 bis 1927 mit Einschluss der Auslandguthaben unter Weglassung der Sichtguthaben im Ausland.

BESTÄNDE AM JAHRESENDE

Jahr	Goldbestand ¹⁾	Devisen	Inlandportefeuille				Wechsel der eidg. Darlehenskasse	Lombardvorschüsse	Eigene Wertchriften	Guthaben bei Korrespondenten im	
			Schweizerwechsel	Schatzanweisungen ²⁾	Diskontierte Obligationen	Total				Inland	Ausland
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1936	2 709,0	57,6	7,7	9,5	2,3	19,5	28,5	46,8	15,9	14,2	—
1937	2 679,2	513,1	5,3	1,7	1,9	8,9	10,3	34,8	30,7	11,4	—
1938	2 889,6	279,7	52,5	101,5	1,1	155,1	3,8	21,9	90,9	9,6	—
1939	2 261,6	361,7	46,3	46,4	5,7	98,4	6,8	89,6	80,9	16,6	—
1940	2 173,2	996,8	63,2	149,3	2,1	214,6	2,8	45,4	87,8	20,0	—
1941	2 878,5	679,0	32,5	4,4	2,3	39,2	12,8	25,0	69,6	15,8	—
1942	3 565,2	61,8	123,8	85,3	0,8	209,9	12,0	25,2	63,9	16,3	—
1943	4 172,7	83,0	92,0	0,4	0,7	93,1	0,3	18,4	64,5	14,2	—
1944	4 554,1	102,4	69,5	—	1,6	71,1	—	27,6	64,2	13,9	—
1945	4 777,0	162,5	78,1	39,9	5,9	123,9	6,7	67,6	62,1	27,5	—
1946	4 949,9	158,0	46,1	14,5	13,9	74,5	9,6	164,2	52,7	51,7	—
1947	5 256,2	102,5	116,3	20,1	18,8	155,2	13,6	246,6	48,4	68,6	—
1948	5 821,0	236,6	115,2	1,5	8,8	125,5	1,6	79,0	47,4	50,4	—
1949	6 240,2	260,0	81,4	2,0	0,7	84,1	0,1	31,0	39,7	26,7	—
1950	5 975,8	256,4	165,3	31,5	4,4	201,2	—	85,0	40,9	60,3	—
1951	6 003,8	227,6	233,8	4,6	12,7	251,1	1,4	58,9	39,9	53,0	—
1952	5 876,1	490,9	243,9	—	1,8	245,7	—	64,0	40,1	37,5	—
1953	6 086,1	522,2	190,8	14,7	1,1	206,6	—	65,2	35,5	34,9	—
1954	6 323,4	649,8	91,6	2,0	9,6	103,2	—	116,6	46,5	41,3	—
1955	6 686,3	624,1	129,2	2,0	23,0	154,2	—	131,8	45,9	47,8	—
1956	7 102,9	627,0	170,9	21,5	80,0	272,4	—	186,9	45,7	56,1	—
1957	7 383,5	781,4	193,9	—	31,9	225,8	—	52,0	45,3	41,4	—
1958	8 329,3	560,9	56,0	—	2,3	58,3	—	21,8	44,6	33,0	—
1959	8 369,3	534,6	50,6	—	7,3	57,9	—	39,7	44,2	45,2	6,4
1960	9 454,7	583,0	49,2	—	4,3	53,5	—	37,8	43,3	45,1	6,8
1961	11 078,0	842,4	62,2	—	7,3	69,5	—	66,3	42,9	58,3	6,8

¹⁾ Bewertung bis 6. Oktober 1936: 1 kg Feingold = Fr. 3435.555; vom 7. Oktober 1936 bis 30. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4639.13; seit 31. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4869.80.
²⁾ Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

BESTÄNDE AM JAHRESENDE

Noten- umlauf	Deckung des Noten- umlaufs durch den Gold- bestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten						Girorech- nungen von Banken mit vorüber- gehender zeitlicher Bindung	Verbind- lichkeiten auf Zeit	Bilanz- summe	Jahr
		Girorech- nungen von Banken, Handel u. Industrie	Rechnun- gen der Bundes- verwal- tungen	Rechnun- gen der Depo- nenten	Konti Zahlungs- u. Clearing- abkommen	Guthaben ausländi- scher Banken ³⁾	Total				
In Millionen Franken	%	In Millionen Franken									
13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24
1 482,2	182.76	1 093,9	183,4	29,9	62,9	—	1 370,1	—	—	3 505,9	1936
1 530,5	175.05	1 602,6	12,5	35,4	71,9	—	1 722,4	—	—	3 902,3	1937
1 751,0	165.02	1 592,6	8,2	31,2	39,9	—	1 671,9	—	—	4 081,0	1938
2 049,9	110.33	686,7	10,9	32,0	67,8	—	797,4	—	—	3 501,8	1939
2 273,4	95.59	1 018,6	6,8	41,6	119,9	—	1 186,9	—	—	3 727,7	1940
2 336,7	123.18	896,9	194,7	44,6	108,9	—	1 245,1	—	—	3 880,6	1941
2 637,3	135.18	1 147,8	13,6	42,0	95,7	—	1 299,1	—	—	4 226,4	1942
3 048,5	136.87	1 065,3	9,2	47,1	126,7	—	1 248,3	—	—	4 597,2	1943
3 548,0	128.35	835,5	27,7	50,9	109,7	—	1 023,8	—	—	4 868,6	1944
3 835,2	124.55	843,2	6,6	106,8	162,0	—	1 118,6	—	—	5 266,5	1945
4 090,7	121.00	662,3	194,6	84,2	223,5	—	1 164,6	—	—	5 499,8	1946
4 383,4	119.91	722,3	127,2	59,4	263,4	—	1 172,3	—	—	5 932,1	1947
4 594,3	126.70	960,0	11,2	49,9	221,7	—	1 242,8	—	337,1	6 400,6	1948
4 566,3	136.66	1 334,8	105,8	40,9	249,6	—	1 731,1	—	200,0	6 721,9	1949
4 663,8	128.13	1 042,1	485,6	75,2	170,2	—	1 773,1	—	—	6 658,6	1950
4 927,3	121.85	1 101,9	225,4	41,6	159,9	—	1 528,8	—	—	6 675,9	1951
5 121,9	114.73	1 209,2	78,9	39,0	126,8	—	1 453,9	—	—	6 796,8	1952
5 228,5	116.40	1 147,3	157,3	64,8	171,5	—	1 540,9	—	—	6 996,8	1953
5 411,6	116.85	1 255,2	216,1	49,4	171,5	—	1 692,2	—	—	7 327,2	1954
5 515,5	121.23	1 623,8	268,9	15,6	82,1	—	1 990,4	—	—	7 738,2	1955
5 809,7	122.26	1 570,6	609,2	17,4	89,2	—	2 286,4	—	—	8 340,1	1956
5 931,2	124.49	1 831,1	471,0	16,2	74,7	—	2 393,0	—	—	8 574,6	1957
6 109,3	136.34	2 541,2	105,7	18,2	61,3	—	2 726,4	—	—	9 098,9	1958
6 343,9	131.93	2 330,7	165,6	16,9	22,1	—	2 535,3	—	—	9 141,5	1959
6 854,1	137.94	2 288,4	416,6	18,1	33,3	—	2 756,4	—	390,3	10 266,2	1960
7 656,0	144.70	1 996,1	662,5	19,7	37,2	231,5	2 947,0	1 035,0	293,5	12 206,6	1961

³⁾ Vor Ende Juni 1961 in den Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie inbegriffen.

JAHRESDURCHSCHNITTE

Jahr	Metallbestand			Devisen ²⁾	Inlandportefeuille				Wechsel der eidg. Darlehens- kasse	Lombard- vor- schüsse
	Gold ¹⁾	Silber	Total		Schweizer- wechsel ³⁾	Schatz- anwei- sungen ⁴⁾	Diskontierte Obligationen	Total		
	In Millionen Franken									
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1907	52,1	6,3	58,4	19,0	36,7	—	—	36,7	—	0,6
1908	98,3	8,1	106,4	39,0	24,0	—	—	24,0	—	2,5
1909	121,5	15,2	136,7	49,6	41,7	—	—	41,7	—	4,4
1910	143,3	16,1	159,4	44,7	70,9	—	—	70,9	—	5,9
1911	158,5	14,8	173,3	56,1	60,5	—	5,6	66,1	—	7,0
1912	168,1	13,0	181,1	34,7	78,1	—	4,5	82,6	—	12,2
1913	170,5	23,1	193,6	48,7	57,9	—	2,3	60,2	—	15,7
1914	195,1	17,2	212,3	45,9	103,5	—	7,2	110,7	—	20,1
1915	241,5	47,8	289,3	35,1	108,6	—	3,5	112,1	—	16,9
1916	271,5	54,0	325,5	72,1	126,1	—	1,2	127,3	—	17,7
1917	344,6	52,7	397,3	52,7	170,6	—	0,9	171,5	—	28,3
1918	377,1	55,3	432,4	53,7	321,7	—	2,1	323,8	—	36,4
1919	451,5	64,8	516,3	62,1	418,2	—	1,5	419,7	—	38,7
1920	534,2	93,0	627,2	84,6	303,1	—	4,0	307,1	—	32,3
1921	544,2	122,7	666,9	26,5	308,5	—	1,9	310,4	—	41,9
1922	532,4	111,1	643,5	72,8	251,3	—	1,6	252,9	—	49,1
1923	531,5	100,0	631,5	79,3	254,2	—	4,4	258,6	—	49,1
1924	518,6	94,5	613,1	122,9	153,0	—	4,3	157,3	—	66,6
1925	485,7	89,4	575,1	211,8	87,3	—	2,0	89,3	—	48,6
1926	429,1	85,9	515,0	218,0	105,0	—	2,0	107,0	—	45,6
1927	450,5	69,3	519,8	205,1	131,9	—	5,1	137,0	—	48,6
1928	450,3	56,2	506,5	219,8	144,5	—	7,9	152,4	—	62,8
1929	506,6	37,0	543,6	248,6	125,7	—	8,5	134,2	—	61,3
1930	607,2	5,6	612,8	361,6	40,0	—	8,4	48,4	—	42,2
1931	1 165,0	—	1 165,0	353,7	35,3	—	5,7	41,0	—	45,2
1932	2 546,0	—	2 546,0	81,4	13,9	4,6	4,5	23,0	3,0	45,8
1933	2 119,5	—	2 119,5	21,7	10,2	4,2	5,9	20,3	19,5	53,1
1934	1 788,1	—	1 788,1	14,1	12,3	20,2	6,1	38,6	21,5	75,0
1935	1 457,1	—	1 457,1	18,7	34,0	42,8	8,5	85,3	41,3	87,6

¹⁾ Bewertung vom 20. Juni 1907 bis 10. November 1921: 1 kg Feingold = Fr. 3440; vom 11. November 1921 an: 1 kg = Fr. 3435.555.

²⁾ 1907 und 1908 nur Auslandswchsel; von 1909 bis 1927 nur Auslandswchsel und Sichtguthaben im Ausland.

³⁾ Bis 1931 einschliesslich Schatzanweisungen.

⁴⁾ Vor 1932 nicht berechnet.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

JAHRESDURCHSCHNITTE

Eigene Wert-schriften	Guthaben bei Korre-spondenten im Inland ⁵⁾	Noten-umlauf	Deckung des Notenum-laufs durch den Metall-bestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten					Jahr
				Girrechnun-gen von Ban-ken, Handel, u. Industrie	Rechnungen der Bundes-verwaltungen	Rechnungen der Deponenten	Konti Zahlungs-u. Clearing-abkommen	Total	
In Millionen Franken			%	In Millionen Franken					
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
3,2	9,6	88,9	65.74	15,3	9,4	1,0	—	25,7	1907
9,0	8,5	145,9	72.95	13,6	10,6	1,2	—	25,4	1908
8,0	6,3	191,4	71.41	17,5	18,2	1,3	—	37,0	1909
12,2	28,8	241,4	66.03	15,1	43,0	1,8	—	59,9	1910
12,5	22,4	253,6	68.35	16,3	40,8	1,6	—	58,7	1911
11,1	10,9	269,3	67.25	16,4	25,4	1,4	—	43,2	1912
9,3	11,2	272,4	71.09	15,8	28,5	0,7	—	45,0	1913
11,7	10,4	335,1	63.33	34,5	19,0	4,0	—	57,5	1914
8,9	23,6	409,9	70.57	44,0	20,4	6,3	—	70,7	1915
7,8	13,6	430,3	75.63	94,9	15,8	8,1	—	118,8	1916
7,6	13,4	535,8	74.15	80,9	19,9	10,3	—	111,1	1917
9,7	17,6	733,1	58.98	71,1	14,8	33,0	—	118,9	1918
7,7	21,4	905,8	57.00	73,9	16,7	29,0	—	119,6	1919
6,6	27,6	933,8	67.16	96,0	14,5	10,4	—	120,9	1920
5,8	20,2	925,1	72.09	95,3	12,5	4,8	—	112,6	1921
8,6	21,9	817,6	78.71	181,5	15,6	6,2	—	203,3	1922
8,9	18,4	875,0	72.17	130,0	14,0	8,6	—	152,6	1923
7,1	25,5	850,5	72.08	66,9	28,3	10,0	—	105,2	1924
7,1	21,7	797,6	72.10	98,3	11,8	6,3	—	116,4	1925
6,5	19,1	769,0	66.96	81,7	13,5	7,1	—	102,3	1926
6,5	24,6	798,8	65.06	85,4	19,2	6,3	—	110,9	1927
6,3	22,3	818,3	61.89	82,4	21,3	6,9	—	110,6	1928
3,9	24,9	855,7	63.52	89,4	15,5	7,4	—	112,3	1929
59,9	20,4	894,0	68.54	167,8	31,6	6,8	—	206,2	1930
85,8	15,1	1 141,0	102.09	483,0	25,8	19,1	—	527,9	1931
40,6	9,7	1 508,4	168.79	1 075,1	59,1	61,8	—	1 196,0	1932
61,7	12,0	1 440,1	147.17	702,7	24,8	62,6	—	790,1	1933
46,9	10,3	1 349,2	132.52	515,0	12,5	46,1	—	573,6	1934
55,7	11,2	1 283,0	113.57	349,9	14,0	29,4	5,0	398,3	1935

⁵⁾ 1907 und 1908 einschliesslich Auslandskorrespondenten und Sichtguthaben im Ausland; von 1909 bis 1927 mit Einschluss der Auslandguthaben unter Weglassung der Sichtguthaben im Ausland.

JAHRESDURCHSCHNITTE

Jahr	Goldbestand ¹⁾	Devisen	Inlandportefeuille				Wechsel der eidg. Darlehenskasse	Lombardvorschüsse	Eigene Wertschriften	Guthaben bei Korrespondenten im	
			Schweizerwechsel	Schatzanweisungen ²⁾	Diskon- tionierte Obliga- tionen	Total				Inland	Ausland
In Millionen Franken											
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1936	1 690,5	23,7	9,4	79,9	4,5	93,8	50,7	63,8	42,4	8,7	—
1937	2 640,0	191,6	6,2	2,0	3,8	12,0	14,3	32,3	17,9	6,6	—
1938	2 849,0	384,3	17,1	16,3	1,5	34,9	5,7	22,7	74,4	6,0	—
1939	2 530,2	280,3	24,3	64,8	3,0	92,1	7,8	36,4	93,2	7,5	—
1940	2 144,9	517,0	67,5	143,1	3,4	214,0	6,5	66,8	86,2	8,5	—
1941	2 347,3	1 153,5	63,8	63,9	1,6	129,3	9,3	25,4	73,5	7,5	—
1942	3 390,6	175,1	76,2	25,4	1,2	102,8	6,8	19,4	66,3	7,1	—
1943	3 774,4	65,6	87,1	61,2	0,7	149,0	0,4	16,7	64,8	7,4	—
1944	4 384,3	90,1	76,2	20,0	1,0	97,2	1,4	17,0	64,3	7,6	—
1945	4 691,1	117,3	68,1	112,8	1,1	182,0	0,3	19,6	63,8	9,3	—
1946	4 818,0	171,7	48,1	6,4	2,8	57,3	1,0	36,3	58,8	13,3	—
1947	5 129,9	113,6	36,2	8,0	7,7	51,9	3,9	59,7	50,8	16,8	—
1948	5 662,7	135,7	118,7	1,6	11,3	131,6	4,5	59,5	47,7	16,8	—
1949	6 046,1	305,2	102,4	0,3	2,2	104,9	0,2	27,6	41,7	9,7	—
1950	6 179,4	297,9	86,8	0,7	1,2	88,7	0,0	23,3	41,2	11,3	—
1951	6 000,9	225,5	150,0	2,6	2,3	154,9	0,1	30,9	40,1	13,8	—
1952	5 847,5	337,1	201,2	0,8	3,4	205,4	0,3	30,0	40,1	13,0	—
1953	5 998,7	511,4	191,6	0,7	0,9	193,2	—	24,7	35,8	13,0	—
1954	6 176,7	517,5	111,9	0,5	1,5	113,9	—	26,1	43,7	14,5	—
1955	6 304,5	597,9	88,9	1,2	8,6	98,7	—	44,7	46,1	17,1	—
1956	6 794,6	585,8	100,5	1,6	15,8	117,9	—	47,7	45,4	19,8	—
1957	7 096,4	538,3	128,5	0,5	15,8	144,8	—	31,6	45,4	16,3	—
1958	7 957,8	539,2	108,6	0,1	2,6	111,3	—	11,4	44,9	11,2	—
1959	8 285,9	444,1	46,6	—	0,7	47,3	—	8,5	44,3	10,5	4,9
1960	8 151,0	522,4	48,2	0,0	1,7	49,9	—	15,6	43,6	13,4	7,1
1961	10 049,6	1 121,6	48,0	—	1,5	49,5	—	13,8	43,0	13,0	8,1

¹⁾ Bewertung bis 6. Oktober 1936: 1 kg Feingold = Fr. 3435.555; vom 7. Oktober 1936 bis 30. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4639.13; seit 31. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4869.80.

²⁾ Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

JAHRESDURCHSCHNITTE

Notenumlauf	Deckung des Notenumlaufs durch den Goldbestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten						Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung	Verbindlichkeiten auf Zeit	Jahr
		Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie	Rechnungen der Bundesverwaltungen	Rechnungen der Deponenten	Konti Zahlungs- u. Clearingabkommen	Guthaben ausländischer Banken ³⁾	Total			
In Millionen Franken	%	In Millionen Franken								
13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
1 293,9	130.64	541,3	29,0	27,7	27,2	—	625,2	—	—	1936
1 378,4	191.51	1 305,3	86,1	28,4	69,5	—	1 489,3	—	—	1937
1 555,4	183.17	1 703,7	18,1	44,1	45,0	—	1 810,9	—	—	1938
1 802,3	140.38	1 093,2	12,0	33,1	44,4	—	1 182,7	—	—	1939
2 081,9	103.02	744,3	4,4	38,6	80,5	—	867,8	—	—	1940
2 107,8	111.36	1 309,1	60,8	50,5	102,0	—	1 522,4	—	—	1941
2 251,4	150.60	1 197,1	86,7	52,5	99,4	—	1 435,7	—	—	1942
2 646,5	142.62	1 195,9	54,3	45,4	127,1	—	1 422,7	—	—	1943
3 025,1	144.93	1 097,2	146,1	60,2	129,8	—	1 433,3	—	—	1944
3 517,6	133.36	1 017,8	42,7	83,0	137,1	—	1 280,6	—	—	1945
3 633,2	132.61	813,8	131,9	90,8	189,9	—	1 226,4	—	—	1946
3 940,6	130.18	734,0	147,2	74,4	242,9	—	1 198,5	—	—	1947
4 167,9	135.86	935,0	64,5	51,6	256,6	—	1 307,7	—	401,9	1948
4 259,9	141.93	1 373,0	149,1	54,2	240,9	—	1 817,2	—	269,3	1949
4 239,6	145.75	1 512,1	305,5	58,6	242,4	—	2 118,6	—	176,0 ⁴⁾	1950
4 419,5	135.78	1 269,2	384,0	51,3	153,0	—	1 857,5	—	—	1951
4 596,2	127.22	1 176,7	319,5	41,7	154,2	—	1 692,1	—	—	1952
4 783,6	125.40	1 373,9	203,8	99,8	127,7	—	1 805,2	—	—	1953
4 904,0	125.95	1 354,5	229,1	54,4	164,2	—	1 802,2	—	—	1954
5 056,8	124.67	1 397,2	303,2	30,3	142,9	—	1 873,6	—	—	1955
5 189,7	130.92	1 672,0	458,7	17,7	74,3	—	2 222,7	—	—	1956
5 467,2	129.80	1 788,4	283,8	17,6	106,4	—	2 196,2	—	—	1957
5 501,2	144.66	2 600,3	270,6	17,9	66,5	—	2 955,3	—	—	1958
5 705,3	145.23	2 610,3	264,9	17,8	36,4	—	2 929,4	—	—	1959
6 042,4	134.90	2 112,3	289,0	17,6	23,8	—	2 442,7	—	399,2 ⁵⁾	1960
6 672,9	150.60	2 346,5	684,9	21,2	29,8	222,6 ⁶⁾	3 198,4	1 035,0 ⁷⁾	397,8	1961

³⁾ Vor Ende Juni 1961 in den Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie inbegriffen.

⁶⁾ Durchschnitt Ende Juni bis Dezember.

⁴⁾ Durchschnitt Januar bis Juli.

⁷⁾ Durchschnitt Ende März bis Dezember.

⁵⁾ Durchschnitt Oktober bis Dezember.

UMSÄTZE

Jahr	Kassen- umsatz	Devisen- verkehr 1)	Diskontierungen						Wechsel der eidg. Darlehens- kasse	Neue Lombard- vorschüsse	Verkehr in eigenen Wert- schriften
			Inlandportefeuille					Total			
			Schweizerwechsel		Schatz- anwei- sungen 2)	Obli- gationen	Tage				
			Betrag	Durch- schnittl. Laufzeit							
In Millionen Franken			In Millionen Franken								
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1907	1 819,5	124,4	317,7	28	—	—	317,7	—	13,4	6,4	
1908	2 567,9	310,2	465,2	18	—	—	465,2	—	85,5	37,5	
1909	2 890,5	337,4	569,4	29	—	—	569,4	—	113,6	44,0	
1910	3 265,4	381,7	965,8	26	—	—	965,8	—	126,7	40,4	
1911	3 548,0	364,8	903,0	26	—	12,4	915,4	—	127,9	46,5	
1912	3 920,1	424,8	1 082,0	26	—	28,3	1 110,3	—	174,4	16,0	
1913	3 798,2	472,3	956,9	21	—	27,3	984,2	—	215,1	12,4	
1914	4 434,9	350,5	907,5	38	124,0	48,2	1 079,7	—	152,7	15,6	
1915	3 649,1	430,6	484,1	33	444,0	22,5	950,6	—	94,1	5,6	
1916	4 250,7	662,6	237,2	29	954,0	10,5	1 201,7	—	90,5	8,3	
1917	4 479,0	513,8	336,9	28	1 392,0	12,5	1 741,4	—	175,4	6,8	
1918	6 219,3	484,5	1 158,8	37	1 962,0	21,6	3 142,4	—	300,4	4,4	
1919	5 690,1	740,2	1 384,0	32	2 365,0	11,4	3 760,4	—	275,8	2,9	
1920	6 181,3	558,7	1 373,1	38	1 949,0	33,9	3 356,0	—	315,3	6,7	
1921	5 964,1	428,8	516,1	35	1 884,0	15,2	2 415,3	—	262,7	6,5	
1922	5 997,1	579,4	160,3	47	1 083,0	10,9	1 254,2	—	226,1	7,4	
1923	5 818,9	584,2	476,2	35	1 419,0	27,7	1 922,9	—	341,9	4,5	
1924	5 684,6	716,8	741,4	38	181,0	30,4	952,8	—	576,8	4,0	
1925	6 314,6	1 098,6	292,1	35	174,4	11,8	478,3	—	317,4	27,3	
1926	6 520,5	1 125,9	451,7	26	153,0	15,2	619,9	—	350,6	7,3	
1927	7 056,5	1 199,3	828,7	28	93,0	30,5	952,2	—	470,4	12,8	
1928	6 801,1	11 228,6	1 093,0	28	14,0	49,9	1 156,9	—	681,7	72,5	
1929	6 689,1	10 499,3	957,9	29	24,0	56,4	1 038,3	—	712,7	37,5	
1930	6 948,2	9 369,0	294,2	35	62,0	43,8	400,0	—	449,6	309,0	
1931	9 386,6	15 370,5	229,7	41	193,0	33,4	456,1	—	406,7	449,9	
1932	6 566,4	3 747,8	79,4	57	62,9	29,1	171,4	7,5	282,8	58,8	
1933	6 171,0	5 310,7	73,7	52	139,7	43,7	257,1	143,8	394,2	88,0	
1934	5 248,5	3 025,3	79,9	53	573,5	33,1	686,5	88,5	437,9	52,5	
1935	5 706,7	4 566,6	245,7	52	431,6	57,5	734,8	272,8	664,9	119,9	

1) 1907 bis 1927 ist nur der Betrag der diskontierten und angekauften Auslandswchsel angegeben; der Verkehr der Auslandskorrespondenten ist bis 1927 im Umsatz der Korrespondentenrechnungen im Inland (Kol. 12) inbegriffen.

2) Bis 1930 nur Schatzanweisungen des Bundes.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

UMSÄTZE

Verkehr mit den Korrespondenten im Inland ³⁾	Inkassoverkehr Einreichungen	Giroverkehr	Verkehr zwischen Nationalbankkunden und Postcheckkonti	Verkehr mit den Bundesverwaltungen	Verkehr mit Depo- nenten	Verkehr der Konti Zahlungs- u. Clearing- abkommen mit dem Ausland	Auf die Bank ausgestellt Checks und Generalmandate ⁴⁾	Gesamtumsatz in doppelter Aufrechnung (ohne Abrechnungsstellen)	Umsatz der Abrechnungsstellen	Jahr
In Millionen Franken										
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
1 143,2	64,5	5 019,5	—	367,0	5,5	—	—	15 876,2	2 133,7	1907
1 839,4	131,0	10 610,1	37,9	1 066,5	12,0	—	22,9	31 056,2	2 997,4	1908
1 819,1	286,5	13 683,3	178,1	1 411,8	23,5	—	48,6	37 578,2	3 483,7	1909
2 205,8	360,9	16 616,6	297,6	1 663,9	42,8	—	48,6	44 845,6	4 036,0	1910
2 553,6	399,4	17 480,0	364,8	1 997,1	45,4	—	34,5	47 493,6	4 305,0	1911
2 852,8	454,8	19 641,0	454,8	2 115,1	57,7	—	34,7	55 760,6	4 614,6	1912
2 982,7	483,3	18 799,0	487,1	2 238,5	51,9	—	31,9	54 962,4	5 471,6	1913
2 353,7	323,5	17 438,1	502,6	2 353,8	194,9	—	23,9	56 172,0	4 146,8	1914
2 785,7	276,5	18 920,7	575,2	3 933,7	197,7	—	31,1	59 920,6	3 923,7	1915
3 980,9	254,0	26 918,2	707,1	5 655,7	329,0	—	42,6	86 220,6	4 914,9	1916
3 784,5	266,3	28 891,5	962,2	7 217,3	405,5	—	68,8	103 332,4	5 793,2	1917
4 088,9	381,2	38 016,6	1 328,7	10 155,4	1 122,8	—	59,5	142 371,6	7 578,0	1918
5 481,0	420,6	43 616,2	1 361,5	12 381,5	856,6	—	41,6	159 069,8	9 664,3	1919
6 312,9	477,2	51 599,2	1 554,5	12 693,5	382,9	—	34,9	169 423,4	14 831,3	1920
4 870,3	371,8	48 803,6	1 433,5	12 563,1	192,5	—	22,0	161 033,0	12 701,4	1921
4 712,9	293,9	46 262,0	1 368,9	10 601,1	311,6	—	26,0	121 686,4	10 281,2	1922
6 233,5	358,4	51 646,4	1 467,7	13 058,3	377,7	—	30,3	136 914,8	11 372,0	1923
7 274,2	459,2	57 981,2	1 652,5	10 874,4	494,3	—	22,2	130 707,2	13 128,4	1924
7 778,8	433,0	58 206,0	1 726,9	10 956,9	407,3	—	63,5	131 395,0	13 185,0	1925
6 405,5	430,4	63 755,5	1 707,0	10 280,9	436,2	—	55,5	133 765,6	13 617,9	1926
7 702,0	488,9	76 062,7	1 800,8	11 017,4	465,5	—	60,9	150 757,6	15 652,8	1927
2 933,8	593,3	79 462,8	1 951,0	11 276,1	1 204,3	—	66,4	159 714,6	14 747,6	1928
2 956,3	589,0	77 063,9	2 121,7	11 626,5	1 985,5	—	61,3	158 593,7	13 761,5	1929
2 888,1	549,0	78 448,4	2 204,5	13 656,5	1 755,1	—	142,2	158 659,2	12 586,0	1930
2 706,1	628,6	74 074,5	2 139,2	12 082,0	1 047,1	—	179,7	170 066,7	10 243,8	1931
2 456,3	584,1	41 755,3	2 028,2	10 291,6	526,8	—	169,3	108 175,0	5 193,3	1932
2 321,2	511,2	44 954,6	2 048,4	9 904,4	566,7	—	160,0	113 801,0	4 824,6	1933
2 292,0	467,0	39 524,8	2 151,1	11 038,7	790,2	—	136,0	104 803,8	4 013,8	1934
2 222,7	320,5	39 566,4	2 113,7	9 803,0	542,0	2 157,9	110,5	109 537,7	3 267,8	1935

³⁾ 1907 bis 1927 einschliesslich Verkehr der Auslandskorrespondenten, ab 1928 nur Verkehr der Korrespondenten im Inland.

⁴⁾ Bis 1924 nur Generalmandate.

UMSÄTZE

Jahr	Kassen- umsatz ¹⁾	Devisen- verkehr	Diskontierungen						Wechsel der eidg. Darlehens- kasse	Neue Lombard- vorschüsse	Verkehr in eigenen Wert- schriften
			Inlandportefeuille								
			Schweizerwechsel		Schatz- anwei- sungen ²⁾	Obli- gationen	Total				
			Betrag	Durch- schnittl. Laufzeit							
In Millionen Franken			Tag	In Millionen Franken							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1936	6 899,0	2 313,5	53,3	54	650,0	22,0	725,3	234,0	343,7	215,4	
1937	6 030,0	7 893,4	39,0	55	10,6	21,0	70,6	63,0	165,9	31,5	
1938	8 435,8	4 736,6	122,6	74	295,2	9,3	427,1	28,6	107,5	102,4	
1939	9 870,8	5 348,1	106,3	75	449,8	19,7	575,8	41,4	277,2	118,5	
1940	9 291,5	6 105,8	324,2	79	1 281,4	20,4	1 626,0	46,4	404,0	22,0	
1941	7 836,4	7 844,4	290,1	86	728,9	10,5	1 029,5	58,5	158,1	24,0	
1942	9 194,0	5 280,4	462,3	86	474,6	6,9	943,8	49,9	152,6	15,3	
1943	9 683,4	1 936,9	459,2	85	663,2	3,9	1 126,3	16,4	134,0	4,4	
1944	10 522,5	3 119,5	566,8	77	404,1	8,3	979,2	19,8	141,5	4,9	
1945	12 005,6	6 734,2	408,3	74	977,8	10,7	1 396,8	65,7	276,1	7,0	
1946	14 043,1	4 716,9	363,5	74	236,8	26,6	626,9	61,5	498,0	17,4	
1947	21 023,4	3 584,3	275,6	66	74,4	63,8	413,8	84,1	864,9	11,5	
1948	17 787,7	4 936,2	808,4	71	27,6	60,2	896,2	59,5	664,6	5,0	
1949	15 720,1	6 421,6	465,6	85	6,2	8,8	480,6	41,4	244,8	16,1	
1950	17 841,5	6 316,2	470,3	78	32,7	9,6	512,6	20,0	308,0	5,9	
1951	15 933,8	6 960,0	842,5	79	27,5	23,1	893,1	2,9	437,7	4,4	
1952	16 645,0	9 518,0	1 264,9	85	8,1	12,5	1 285,5	1,6	448,6	4,7	
1953	17 130,8	13 518,0	1 100,3	88	23,7	4,7	1 128,7	—	358,8	63,9	
1954	18 230,1	17 961,2	817,7	86	2,0	14,7	834,4	—	474,9	22,3	
1955	18 609,2	21 665,5	836,9	83	23,7	63,7	924,3	—	774,8	4,6	
1956	23 143,6	22 895,8	922,1	81	36,5	124,7	1 083,3	—	847,6	27,7	
1957	35 038,4	19 667,6	1 053,6	43 ³⁾	0,3	63,2	1 117,1	—	559,9	0,6	
1958	33 429,7	24 195,4	827,5	45 ⁴⁾	0,3	6,7	834,5	—	217,0	23,4	
1959	29 399,6	19 956,0	523,3	50 ⁴⁾	—	9,8	533,1	—	202,9	19,3	
1960	29 297,6	33 172,5	533,8	51 ⁴⁾	0,5	9,5	543,8	—	331,0	7,7	
1961	35 856,9	30 831,8	532,4	49 ⁴⁾	—	13,9	546,3	—	366,8	10,3	

¹⁾ Seit 1938 einschliesslich Gold im Ausland.
²⁾ Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.
³⁾ Durchschnittliche Laufzeit der im 2. Halbjahr 1957 diskontierten Wechsel ohne eigene Pflichtlagerkredite.
⁴⁾ Durchschnittliche Laufzeit der diskontierten Wechsel ohne eigene Pflichtlagerkredite.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

UMSÄTZE

Verkehr mit den Korrespondenten im		Inkassoverkehr Einreichungen	Giroverkehr	Verkehr zwischen Nationalbankkunden und Postcheckkonti	Verkehr mit den Bundesverwaltungen	Verkehr mit Depo- nenten	Verkehr der Konti Zahlungs- u. Clearing- abkommen mit dem Ausland	Auf die Bank aus- gestellte Checks und Generalmandate	Gesamtumsatz in doppelter Aufrechnung (ohne Abrechnungs- stellen)	Umsatz der Abrechnungs- stellen	Jahr
Inland	Ausland										
In Millionen Franken											
12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
2 150,5	—	296,6	41 231,0	1 990,9	11 230,1	609,4	2 627,7	104,0	118 067,9	3 066,7	1936
2 311,6	—	287,5	44 139,2	2 357,1	9 161,2	574,6	3 680,8	134,8	128 825,4	3 712,9	1937
2 298,6	—	272,5	41 076,5	2 492,3	9 636,8	496,5	3 589,6	138,4	113 198,6	3 563,9	1938
2 446,0	—	307,5	41 412,6	2 677,2	11 175,3	589,3	3 905,3	181,9	125 049,3	3 331,8	1939
2 496,4	—	283,9	34 238,1	3 764,3	16 059,7	674,5	5 179,8	161,4	141 568,3	2 130,3	1940
2 748,6	—	322,3	32 947,5	3 986,0	17 767,6	653,2	9 933,9	205,5	138 483,8	1 791,6	1941
3 006,0	—	406,7	35 633,6	4 039,9	18 487,5	562,3	9 913,8	164,8	143 977,4	2 010,8	1942
3 233,4	—	386,4	34 775,8	4 075,5	23 190,7	425,1	9 855,9	167,6	150 645,4	1 877,5	1943
3 369,4	—	341,5	33 575,0	4 196,7	23 427,9	776,4	6 788,2	152,5	150 264,2	1 661,1	1944
3 884,4	—	372,3	37 791,6	4 334,4	26 930,4	1 182,0	3 590,8	188,1	169 458,1	1 827,8	1945
5 086,4	—	489,7	48 765,6	5 160,5	26 501,4	613,7	18 759,7	227,5	209 443,8	2 467,6	1946
6 034,0	—	586,0	56 150,8	6 128,5	28 357,7	512,5	32 066,0	292,0	250 367,6	3 232,0	1947
6 347,5	—	647,0	60 726,3	6 475,6	27 141,3	401,4	38 499,3	325,8	264 778,4	3 762,7	1948
5 878,7	—	555,6	55 864,0	5 990,3	28 040,8	379,9	38 824,8	310,0	257 165,5	3 320,3	1949
6 104,3	—	579,9	61 896,7	6 449,1	25 148,7	547,7	24 140,2	259,2	246 919,6	3 162,1	1950
6 585,2	—	670,0	75 414,9	7 023,5	28 867,5	357,6	36 881,3	245,0	296 821,6	3 685,1	1951
6 817,3	—	680,4	81 565,3	7 408,2	29 370,4	289,9	22 289,3	255,9	291 769,5	3 496,5	1952
6 980,9	—	518,0	86 311,5	7 431,8	29 820,7	962,0	19 639,7	238,6	300 436,6	3 394,6	1953
7 466,1	—	535,7	101 534,2	7 812,4	30 470,3	825,9	18 819,1	252,9	324 828,1	3 589,4	1954
7 992,6	—	488,8	120 290,7	8 446,0	32 726,7	778,6	15 930,9	289,2	359 430,7	3 873,8	1955
8 810,3	—	494,1	138 809,8	9 241,4	33 896,8	457,8	15 351,0	351,9	386 756,6	4 135,0	1956
9 381,3	—	523,3	157 939,4	9 907,1	37 889,1	402,4	26 041,6	434,8	483 891,1	4 794,2	1957
9 423,3	—	475,4	175 439,9	10 287,8	37 910,9	688,9	18 024,4	399,1	477 050,6	4 200,2	1958
9 962,6	1 447,0	462,0	244 499,6	10 945,2	37 738,9	1 018,8	6 718,9	366,3	524 253,8	5 191,1	1959
11 176,5	2 527,8	477,7	325 786,5	12 191,1	42 908,7	1 100,4	2 934,5	485,8	646 506,7	6 553,6	1960
12 575,5	25 986,0	622,2	384 805,1	13 453,2	47 980,5	1 607,2	2 936,4	463,3	769 982,6	8 051,5	1961

GESCHÄFTSERGEBNISSE

Jahr	Ertrag aus dem Verkehr mit Gold und Devisen	Diskontoertrag und Inkassogebühren					Ertrag des Lombardgeschäftes	Ertrag der eigenen Wertpapiere ²⁾	Zinsen von Inland-korrespondenten ³⁾	Kommissionen ⁴⁾	Diverse Nutzposten	Zinsen an Deponenten ⁵⁾	Bruttoertrag
		davon Diskontoertrag auf											
		Total	Schweizerwechseln	Schatzanweisungen ¹⁾	Obligationen	Wechseln der eidg. Darlehenskasse							
In 1000 Franken													
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1907/08	1 563	1 979	1 977	—	—	—	117	496	738	69	20	473	4 509
1909	1 098	1 304	1 303	—	—	—	158	360	337	116	29	444	2 958
1910	1 270	2 502	2 490	—	—	—	247	481	1 084	69	5	1 415	4 243
1911	1 628	2 315	2 267	—	35	—	302	527	866	87	19	1 313	4 431
1912	1 117	3 430	3 233	—	183	—	568	479	396	125	22	705	5 432
1913	1 849	2 994	2 868	—	110	—	830	407	454	149	18	841	5 860
1914	1 208	5 292	4 472	427	371	—	1 046	527	487	192	19	426	8 345
1915	÷ 421	5 458	2 264	3 014	168	—	840	418	1 096	259	9	323	7 336
1916	2 470	5 874	939	4 872	51	—	920	382	1 520	321	12	288	11 211
1917	900	8 155	1 076	7 027	42	—	1 471	366	1 474	458	8	475	12 357
1918	1 120	10 660	4 813	5 734	103	—	2 106	520	1 553	695	140	25	16 769
1919	999	15 887	6 628	9 162	87	—	2 402	552	1 734	656	192	163	22 259
1920	3 996	11 696	7 149	4 343	191	—	1 956	446	4 164	619	189	187	22 879
1921	1 715	11 612	2 915	8 593	91	—	2 162	1 387	833	677	117	333	18 170
1922	4 640	4 492	848	3 575	55	—	2 070	747	1 288	752	130	497	13 622
1923	2 839	5 918	1 344	4 408	156	—	2 201	770	1 126	627	87	473	13 095
1924	909	3 606	3 246	175	175	—	3 323	609	1 617	525	137	867	9 859
1925	4 273	1 841	1 199	551	85	—	2 403	704	1 527	653	188	252	11 337
1926	4 927	2 419	1 177	1 169	68	—	2 064	543	1 098	539	249	267	11 572
1927	4 775	3 352	2 145	1 029	174	—	2 184	485	1 784	621	315	390	13 126
1928	5 222	4 240	2 970	995	271	—	2 821	475	496	578	393	468	13 757
1929	6 402	4 149	2 862	994	287	—	2 738	339	550	539	289	373	14 633
1930	7 646	1 658	972	422	258	—	1 675	1 359	468	727	287	778	13 042
1931	6 941	997	611	250	116	—	1 384	831	316	789	310	328	11 240
1932	4 660	517	300	91	89	16	1 375	2 240	197	662	340	310	9 681
1933	3 626	713	214	100	108	268	1 400	2 391	144	930	251	204	9 251
1934	3 529	1 338	256	606	117	338	1 926	1 203	119	698	234	217	8 830
1935	1 630	2 930	799	1 028	186	898	2 806	1 374	169	677	100	186	9 500

¹⁾ Bis 1930 nur Schatzanweisungen des Bundes.
²⁾ Ohne Berücksichtigung der Abschreibungen.
³⁾ Einschliesslich Zinsen auf Postcheckrechnungen.
⁴⁾ Einschliesslich Aufbewahrungsgebühren und Schrankfachmieten.
⁵⁾ Einschliesslich Zinsen an Bundesverwaltungen.

SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

GESCHÄFTSERGEBNISSE

Verwaltungs-kosten	Steuern und Abgaben inkl. Rückstellungen hiefür	Banknoten-anfertigungs-kosten und Rückstellungen hiefür	Rückstellungen und Verluste auf Gold ⁶⁾	Abschreibungen, Verluste und Rückstellungen		Ausser-ordentliche Zuweisung an die Wohlfahrtseinrichtungen der Bank	Rein-gewinn	Zuwei-sung an den Re-serve-fonds	Divi-dende	Ab-lieferung an die Eidg. Staats-kasse	Jahr
				auf Bankgebäuden und Mobiliar, ab-züglich Mehrerlös aus verkauften Liegenschaften	auf Wert-schriften und laufenden Ge-schäften ab-züglich Wieder-eingänge						
In 1000 Franken											
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26
2 068	—	226	162	29	7	—	2 017	202	1 800	15	1907/08
1 399	—	151	8	22	43	20	1 315	131	1 000	184	1909
1 307	—	151	69	95	77	20	2 524	252	1 000	1 272	1910
1 355	—	225	68	91	87	30	2 575	258	1 000	1 317	1911
1 381	—	224	315	188	246	40	3 038	304	1 000	1 734	1912
1 426	—	271	165	163	248	100	3 487	349	1 000	2 138	1913
1 572	—	503	25	292	621	60	5 272	500	1 000	3 772	1914
1 498	—	566	2	140	598	80	4 452	445	1 000	3 007	1915
1 571	—	628	—	1 001	231	350	7 430	500	1 000	5 930	1916
1 844	—	501	—	1 195	419	440	7 958	500	1 000	6 458	1917
2 550	—	1 352	—	4 294	2 576	510	5 487	500	1 000	3 987	1918
3 577	—	454	1 878	5 046	2 861	1 000	7 443	500	1 000	5 943	1919
3 749	—	2 253	367	3 426	1 164	500	11 420	500	1 000	9 920	1920
3 715	2 500	1 000	146	1 233	÷ 48	500	9 124	500	1 500	7 124	1921
3 885	—	500	—	1 069	40	500	7 628	500	1 500	5 628	1922
3 825 ⁶⁾	1 500	176	—	67	490	—	7 037	500	1 500	5 037	1923
3 630	—	521	—	÷ 642	÷ 7	—	6 357	500	1 500	4 357	1924
3 708	—	415	—	33	÷ 5	500	6 686	500	1 500	4 686	1925
3 525	300	665	244	112	÷ 22	—	6 748	500	1 500	4 748	1926
3 597	800	779	77	830	290	—	6 753	500	1 500	4 753	1927
4 204 ⁷⁾	262	278	178	1 682	255	—	6 898	559	1 500	4 839	1928
4 153	—	437	624	1 618	÷ 10	500	7 311	500	1 500	5 311	1929
3 873	—	705	35	1 323	÷ 3	—	7 109	500	1 500	5 109	1930
3 913	—	688	—	66	869	—	5 704	500	1 500	3 704	1931
3 909	—	170	—	33	261	—	5 308	500	1 500	3 308	1932
3 532	—	204	234	28	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1933
3 390	170	123	—	27	÷ 133 ⁸⁾	—	5 253	500	1 500	3 253	1934
3 455	200	173	—	13	406	—	5 253	500	1 500	3 253	1935

⁶⁾ Einschliesslich Fr. 300 000 für einen Transportversicherungsfonds (Rückstellung für nicht versicherte Schadensfälle).
⁷⁾ Einschliesslich Fr. 635 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadensfälle.
⁸⁾ Einschliesslich Barschaftsimportkosten von 1907/08 bis 1915.
⁹⁾ Nichtbeanspruchte Reservestellung für Verluste im laufenden Geschäft.

GESCHÄFTSERGEBNISSE

Jahr	Ertrag aus dem Verkehr mit Gold und Devisen ¹⁾	Diskontoertrag und Inkassogebühren					Ertrag des Lombardgeschäftes	Ertrag der eigenen Wertpapiere ³⁾	Zinsen von Inlandkorrespondenten ⁴⁾	Kommissionen ⁵⁾	Diverse Nutzposten	Zinsen an DepONENTEN ⁶⁾	Bruttoertrag
		Total	davon Diskontoertrag auf										
			Schweizerwechseln	Schatzanweisungen ²⁾	Obligationen	Wechseln der eidg. Darlehenskasse							
In 1000 Franken													
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1936	1 562	3 304	237	1 830	111	1 106	2 165	1 270	145	736	170	219	9 133
1937	5 904	365	108	22	56	165	818	1 272	55	737	193	171	9 173
1938	10 429	523	259	159	23	67	571	2 445	46	673	95	181	14 601
1939	4 857	1 153	323	692	41	82	895	2 511	59	475	198	147	10 001
1940	3 454	2 676	872	1 580	54	81	1 668	3 087	75	546	146	132	11 520
1941	6 503	1 513	783	520	23	114	642	2 555	56	634	122	134	11 891
1942	9 294	1 210	853	138	19	108	484	2 183	48	669	146	133	13 901
1943	7 098	1 365	963	335	10	18	419	2 269	49	568	82	137	11 713
1944	8 424	1 241	959	198	14	17	426	2 198	50	674	136	131	13 018
1945	8 550	2 232	725	1 455	14	7	480	2 072	52	624	223	130	14 103
1946	16 725	859	628	89	37	14	868	1 377	93	1 154	138	142	21 072
1947	10 756	811	517	127	108	55	1 427	1 515	147	1 899	—	175	16 380
1948	7 168	2 134	1 827	44	163	95	1 498	1 736	176	2 345	95	150	15 002
1949	7 689	1 902	1 814	14	34	37	700	1 386	80	1 409	116	164	13 118
1950	10 470	1 623	1 567	11	16	25	552	1 350	81	1 223	151	171	15 279
1951	7 888	2 811	2 641	127	31	1	770	1 459	130	1 266	179	176	14 327
1952	8 232	3 934	3 537	328	53	5	736	1 303	117	934	139	191	15 204
1953	9 699	3 751	3 295	435	14	—	605	1 258	114	1 214	171	206	16 606
1954	10 689	2 705	2 192	489	19	—	622	1 356	126	971	102	223	16 348
1955	16 735	2 298	1 832	347	115	—	1 090	1 366	168	967	607	231	23 000
1956	19 215	2 648	1 975	464	206	—	1 149	1 550	182	864	571	234	25 945
1957	16 894	3 329	2 860	176	289	—	981	1 702	187	712	591	246	24 150
1958	15 293	3 005	2 920	9	71	—	417	1 408	147	679	518	251	21 216
1959	16 167	1 385	1 368	—	13	—	254	1 793	99	502	564	251	20 513
1960	19 970	1 354	1 318	—	33	—	463	2 192	111	465	840	262	25 133
1961	25 750	1 337	1 297	—	27	—	390	1 776	112	537	912	284	30 530

1) Einschliesslich Ertrag im Verkehr mit Auslandskorrespondenten.

2) Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.

3) Ohne Berücksichtigung der Abschreibungen.

4) Bis 1949 einschliesslich Zinsen auf Postcheckrechnungen.

5) Einschliesslich Aufbewahrungsgebühren und Schrankmieten.

6) Bis 1936 einschliesslich Zinsen an Bundesverwaltungen.

SEIT EROFFNUNG DER BANK

GESCHÄFTSERGEBNISSE

Ver- waltungs- kosten	Steuern und Abgaben inkl. Rück- stellungen hiefür	Bank- noten- anfertigungs- kosten und Rück- stellungen hiefür	Rück- stellungen und Verluste auf Gold, Steri- lisierungs- kosten	Abschreibungen, Verluste und Rückstellungen		Ausser- ordentliche Zuweisung an die Wohl- fahrtsein- richtungen der Bank	Rein- gewinn	Zuwei- sung an den Re- serve- fonds	Divi- dende	Ab- lieferung an die Eidg. Staats- kasse	Jahr
				auf Bankgebäuden und Mobiliar, ab- züglich Mehrerlös aus verkauften Liegenschaften	auf Wert- schriften und laufenden Ge- schäften, abzüg- lich Wieder- einkünfte						
In 1000 Franken											
15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26
3 459	112	258	—	46	5	—	5 253	500	1 500	3 253	1936
3 443	—	450	—	27	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1937
3 689	117	1 802	—	37	3 703	—	5 253	500	1 500	3 253	1938
3 764	—	946	—	38	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1939
4 308	735	1 058	—	166	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1940
3 774	1 147	1 134	—	583	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1941
4 238	188	2 500	—	562	—	1 000	5 413	500	1 500	3 413	1942
4 370	323	1 535	—	72	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1943
5 273	300	1 500	—	532	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1944
4 836	239	2 300	—	715	—	600	5 413	500	1 500	3 413	1945
5 293	—	5 000	4 140 ¹¹⁾	26	—	1 200	5 413	500	1 500	3 413	1946
6 563	480	3 243	—	681	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1947
7 056	—	2 000	—	83	—	450	5 413	500	1 500	3 413	1948
7 210	—	—	451 ¹²⁾	44	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1949
7 331	—	500	1 501 ¹²⁾	534	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1950
7 409	—	—	799 ¹²⁾	347	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1951
7 492	250	1 500	—	190	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1952
7 976 ⁷⁾	250	1 500	—	608	—	500	5 772	500	1 500	3 772	1953
7 786	—	2 500	—	290	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1954
8 501 ⁷⁾	—	6 000	—	727	—	1 500	6 272	1 000	1 500	3 772	1955
11 138 ⁸⁾	300	5 000	—	2 035	—	1 200	6 272	1 000	1 500	3 772	1956
10 088 ⁸⁾	300	5 000	—	990	—	1 500	6 272	1 000	1 500	3 772	1957
9 871 ¹⁰⁾	—	3 000	—	2 073	—	—	6 272	1 000	1 500	3 772	1958
8 959	—	3 000	—	2 282	—	—	6 272	1 000	1 500	3 772	1959
8 883	400	3 000	4 087 ¹²⁾	1 741	—	750	6 272	1 000	1 500	3 772	1960
9 432	—	6 000	5 362 ¹³⁾	1 893	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1961

⁷⁾ Einschliesslich Fr. 500 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadensfälle.

⁸⁾ Einschliesslich Fr. 1 000 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadensfälle und Fr. 1 700 000 Rückstellung für das 50jährige Jubiläum der Bank.

⁹⁾ Einschliesslich Fr. 1 500 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadensfälle.

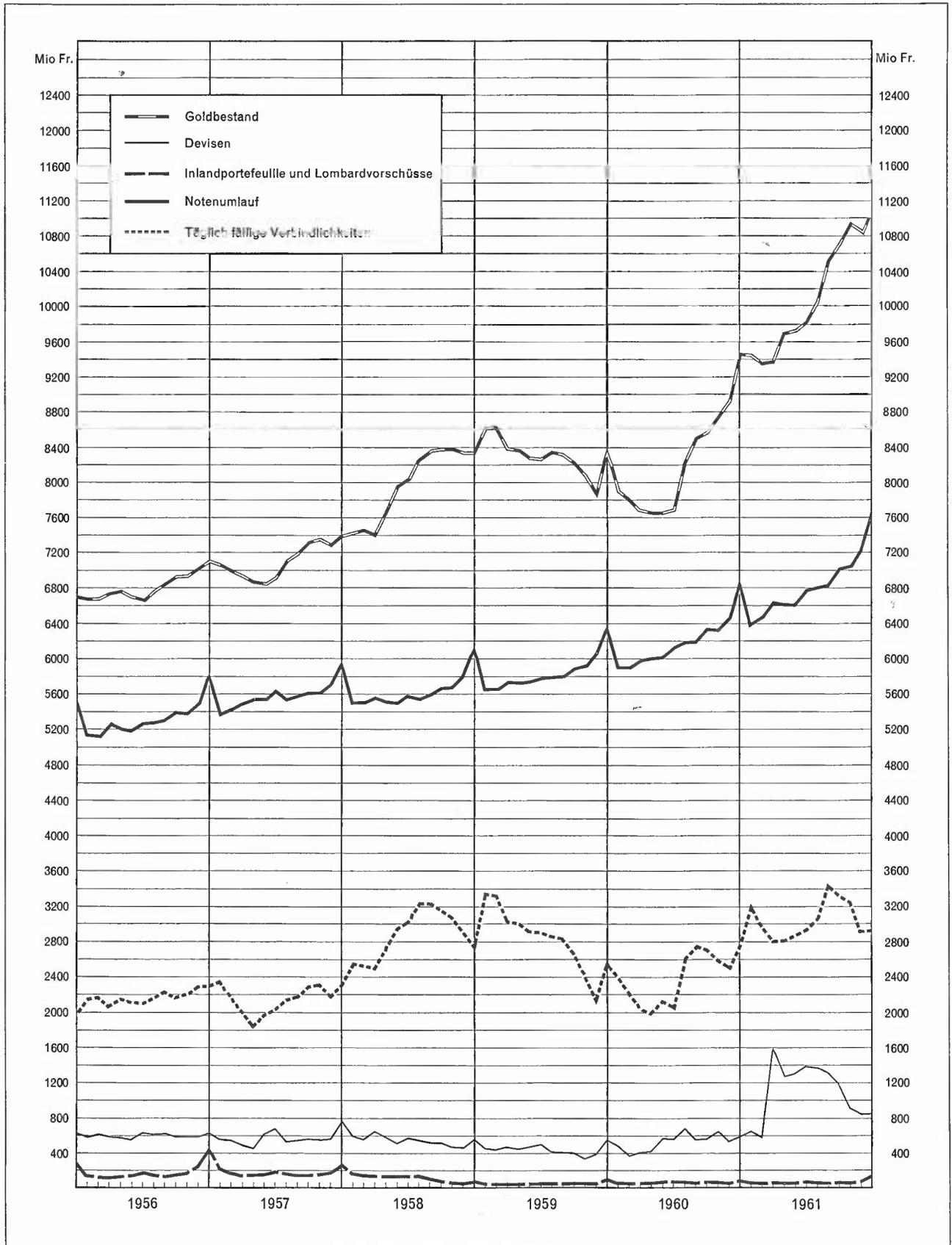
¹⁰⁾ Einschliesslich Fr. 1 000 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadensfälle.

¹¹⁾ Rückstellung für Zinsen von im Markt plazierten Bundesschatzanweisungen.

¹²⁾ Zinsen für im Markt plazierte Bundesschatzanweisungen.

¹³⁾ Zinsen für im Markt plazierte Bundesschatzanweisungen Fr. 4 362 000 und Rückstellung für Zinsen von im Markt plazierten Bundesschatzanweisungen Fr. 1 000 000.

BESTÄNDE AM MONATSENDE



DISKONTOSATZ UND

Beilage Nr. 7

LOMBARDZINSFUSS SEIT ERÖFFNUNG DER BANK

Datum der Veränderung	Diskontosatz		Lombardzinsfuß		Datum der Veränderung	Diskontosatz		Lombardzinsfuß	
	%	Geltungsdauer Tage	%	Geltungsdauer Tage		%	Geltungsdauer Tage	%	Geltungsdauer Tage
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1907 20. Juni	4½	56	5	56	1914 22. Januar	4	28	4½	189
15. August	5	84	5½	84	19. Februar	3½	161	—	—
7. November	5½	70	6	70	30. Juli	4½	1	5½	1
					31. Juli	5½	3	6	3
					3. August	6	38	7	38
1908 16. Januar	5	7	5½	7	10. September	5	113	6	14
23. Januar	4½	28	5	28	24. September	—	—	5½	99
20. Februar	4	28	4½	28					
19. März	3½	322	4	441	1915 1. Januar	4½	1 371	5	1 280
					1918 4. Juli	—	—	5½	91
					3. Oktober	5½	322	6	917
1909 4. Februar	3	252	—	—	1919 21. August	5	595	—	—
3. Juni	—	—	3½	133	1921 7. April	4½	126	5½	126
14. Oktober	3½	28	4	28	11. August	4	203	5	203
11. November	4	56	4½	56					
					1922 2. März	3½	168	4½	168
1910 6. Januar	3½	49	4	210	17. August	3	331	4	331
24. Februar	3	161	—	—	1923 14. Juli	4	831	5	831
4. August	3½	49	4½	84	1925 22. Oktober	3½	1 624	4½	1 624
22. September	4	35	—	—	1930 3. April	3	98	4	98
27. Oktober	4½	70	5	70	10. Juli	2½	196	3½	196
					1931 22. Januar	2	1 562	3	748
1911 5. Januar	4	42	4½	42	1933 8. Februar	—	—	2½	814
16. Februar	3½	224	4	224	1935 3. Mai	2½	495	3½	495
28. September	4	350	4½	350	1936 9. September	2	78	3	78
					26. November	1½	7 475	2½	7 475
1912 12. September	4½	77	5	77	1957 15. Mai ¹⁾	2½	652	3½	652
28. November	5	259	5½	259	1959 26. Februar ²⁾	2	1 040 ³⁾	3	1 040 ³⁾
1913 14. August	4½	161	5	161					

¹⁾ Spezialdiskontsätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 1¾%/o (vom 1. April bis 24. Juli 1957), 2%/o (vom 25. Juli 1957 bis 25. Februar 1959); übrige Pflichtlager 2%/o (vom 1. April bis 24. Juli 1957).

²⁾ Spezialdiskontsätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 1¾%/o (seit 1. Juni 1959); übrige Pflichtlager 2½%/o (vom 26. Februar bis 31. Mai 1959).

³⁾ Bis 31. Dezember 1961.

ABRECHNUNGSVERKEHR

Jahr	Abrechnungsstellen für Wechsel- und Checkverkehr									Wertschriften-Clearing für Kassageschäfte	
	Basel	Bern	La Chaux-de-Fonds	Genf	Lausanne	Neuenburg	St. Gallen	Zürich	Total	Basel	Zürich
Mitglieder am 31. Dezember											
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1957	15	11	4	13	9	4	8	7	71	20	25
1958	15	11	4	13	10	4	8	7	72	20	25
1959	15	11	4	13	11	4	8	7	73	21	25
1960	14	12	4	13	11	4	8	7	73	21	25
1961	14	12	4	13	12	4	8	7	74	20	25
Zahl der eingereichten Stücke											
1957	67 438	36 952	2 977	148 428	72 732	4 825	14 532	182 462	530 346	—	—
1958	58 180	36 580	2 400	158 398	69 937	4 390	11 115	181 763	522 763	—	—
1959	57 368	37 109	2 214	166 561	76 460	4 104	10 744	170 565	525 125	—	—
1960	60 287	37 590	1 937	190 795	88 813	4 100	11 006	171 280	565 808	—	—
1961	63 275	44 644	1 999	223 096	104 422	4 136	10 600	181 056	633 228	—	—
Betrag der Einreichungen (in 1000 Franken)											
1957	1 147 189	224 386	33 178	1 784 773	500 281	26 928	111 816	965 633	4 794 184	326 616	1 408 864
1958	1 142 548	192 026	22 026	1 445 150	429 316	20 944	83 218	864 991	4 200 219	336 204	1 598 976
1959	1 574 241	215 236	19 943	1 810 404	490 731	19 280	72 174	989 129	5 191 138	602 815	2 489 842
1960	2 133 759	237 136	23 472	2 301 416	601 264	18 714	72 856	1 164 978	6 553 595	802 280	2 766 713
1961	2 514 322	296 435	24 257	2 980 611	751 525	26 079	96 365	1 361 862	8 051 456	994 863	3 872 647
Vom Betrag der Einreichungen wurden kompensiert (in Prozenten)											
1957	51.33	54.07	27.00	51.33	53.71	34.36	39.33	64.01	53.91	58.71	75.86
1958	47.58	52.95	28.12	51.62	57.40	31.01	40.09	62.59	52.98	60.46	76.78
1959	50.12	51.05	22.83	55.22	61.10	31.30	39.74	67.13	55.90	63.77	77.37
1960	52.70	50.05	19.22	56.88	61.95	32.55	45.88	70.45	57.82	63.53	77.58
1961	50.46	49.95	23.84	58.05	64.85	25.21	40.98	68.85	57.43	66.55	78.68

VERZEICHNIS DER MITGLIEDER DER BANKBEHÖRDEN UND DER BANKORGANE

AUF 1. JANUAR 1962

I. PRÄSIDIUM DER GENERALVERSAMMLUNG

(Amtsperiode 1959–1963)

Nationalrat Dr. B. Galli, Rechtsanwalt, Lugano, Präsident – Prof. Dr. Dr. h. c. P. Carry, Rechtsanwalt, Genf, Vizepräsident

II. BANKRAT

(Amtsperiode 1959–1963)

Die von der Generalversammlung der Aktionäre gewählten Mitglieder sind mit einem Stern (*) bezeichnet

- | | |
|--|--|
| Nationalrat Dr. B. Galli, Rechtsanwalt, Lugano, Präsident | * Dr. J. Golay, Professor an der Universität Lausanne, Lausanne |
| Prof. Dr. Dr. h. c. P. Carry, Rechtsanwalt, Genf, Vizepräsident | Nationalrat A. Graedel, Generalsekretär des Internationalen Metallarbeiterbundes (IMB), Bern |
| * J. Ackermann, Direktor der Freiburgischen Elektrizitätswerke, Freiburg | * Dr. M. Haffter, Präsident der Thurgauischen Kantonalbank, Frauenfeld |
| * G. André, Präsident des Verwaltungsrates der Firma André et Cie., Aktien-Gesellschaft, Lausanne | Dr. E. Hatt, Vizepräsident des Verwaltungsrates der Aktiengesellschaft Heinr. Hatt-Haller, Hoch- und Tiefbau-Unternehmung, Zürich |
| F. Antognini, Direktor der Chocolat Cima-Norma S. A., Torre | Dr. Dr. h. c. O. Howald, Professor an der Eidgenössischen Technischen Hochschule, Brugg |
| E. Barbey, in Firma Lombard, Odier & Cie., Genf | M. Jaeger, Präsident des Bündner Handels- und Industrievereins, Bündner Handelskammer, Chur |
| J.-L. Borel, Delegierter des Verwaltungsrates und Direktor der Uhrenfabrik Ernest Borel et Cie S. A., Neuenburg | A. Juillard, Direktor der Cortébert Watch Co., Juillard & Cie., Cortébert |
| Nationalrat R. Bratschi, Direktor der Berner Alpenbahn-Gesellschaft Bern–Lötschberg–Simplon, Bern | E. Kronauer, Ing., Generaldirektor und Mitglied des Verwaltungsrates der Sécheron Werke Aktiengesellschaft, Genf |
| * O. de Chastonay, Direktor der Walliser Kantonalbank, Sitten | Dr. h. c. H. Küng, Delegierter des Verwaltungsrates und Direktor der Genossenschaftlichen Zentralbank, Bottmingen |
| A. Ernst, Fürsprecher, Direktor der Aktiengesellschaft der von Moos'schen Eisenwerke in Luzern, Luzern | Dr. Dr. h. c. W. Linsmayer, Vizepräsident und Delegierter des Verwaltungsrates der «Vita» Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft, Zürich |
| Dr. G. Eugster, Präsident des Verbandes Schweiz. Darlehenskassen, Bliedegg | * Ständerat Dr. A. Lusser, Stadtpräsident, Zug |
| * G. Fischer, dipl. Ing., Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Maag-Zahnräder & -Maschinen Aktien-Gesellschaft, Zollikon | * Ständerat Dr. R. Mäder, Rechtsanwalt, St. Gallen |
| E. Gamper, Präsident des Verwaltungsrates der Schweizerischen Kreditanstalt, Zürich | |

- Ständerat R. Meier, Regierungsrat, Finanzdirektor des Kantons Zürich, Eglisau
- * Dr. H. Meyer-Scholer, Mitglied des Verwaltungsrates und Direktor der Tonwerk Lausen A. G., Liestal
- M. Meylan-Lugrin, Präsident des Verwaltungsrates der Fabrique d'horlogerie Lemania Lugrin S. A., L'Orient
- * Ständerat Dr. K. Obrecht, Fürsprecher und Notar, Solothurn
- * Staatsrat A. Oulevay, Vorsteher des Departements für Landwirtschaft, Industrie und Handel des Kantons Waadt, Morges
- * W. Preiswerk-Tissot, Präsident des Verwaltungsrates der Basler Handels-Gesellschaft A. G., Basel
- Regierungsrat A. Richner, Direktor des Innern und des Gesundheitswesens des Kantons Aargau, Oftringen
- * Ständerat Dr. W. Rohner, Altstätten
- * F. Schnorf, Präsident des Verwaltungsrates der Aluminium Industrie-Aktien-Gesellschaft, Meilen
- Dr. S. Schweizer, Präsident des Verwaltungsrates des Schweizerischen Bankvereins, Arlesheim
- * W. F. Siegenthaler, Präsident des Bankrates der Kantonalbank von Bern, Muri b. Bern
- Regierungsrat Dr. H. Tschumi, Justizdirektor des Kantons Bern, Interlaken
- Dr. Dr. h. c. A. Wilhelm, Vizepräsident und Delegierter des Verwaltungsrates der CIBA Aktiengesellschaft, Bottmingen († 4. 2. 1962)
- H. Winzenried, Industrieller, Vizepräsident des Bankrates der Kantonalbank von Bern, Deisswil
- Nationalrat Dr. E. Wyss, Regierungsrat, Vorsteher des Departements des Innern des Kantons Basel-Stadt, Basel

III. BANKAUSSCHUSS

(Amtsperiode 1959–1963)

- Nationalrat Dr. B. Galli, Rechtsanwalt, Lugano, Präsident von Amtes wegen
- Prof. Dr. Dr. h. c. P. Carry, Rechtsanwalt, Genf, Vizepräsident von Amtes wegen
- E. Barbey, in Firma Lombard, Odier & Cie., Genf
- Nationalrat R. Bratschi, Direktor der Berner Alpenbahn-Gesellschaft Bern-Lötschberg-Simplon, Bern
- Dr. Dr. h. c. O. Howald, Professor an der Eidgenössischen Technischen Hochschule, Brugg
- Dr. Dr. h. c. W. Linsmayer, Vizepräsident und Delegierter des Verwaltungsrates der «Vita» Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft, Zürich
- Ständerat Dr. K. Obrecht, Fürsprecher und Notar, Solothurn
- Staatsrat A. Oulevay, Vorsteher des Departements für Landwirtschaft, Industrie und Handel des Kantons Waadt, Morges
- Ständerat Dr. W. Rohner, Altstätten
- Dr. Dr. h. c. A. Wilhelm, Vizepräsident und Delegierter des Verwaltungsrates der CIBA Aktiengesellschaft, Bottmingen († 4. 2. 1962)

IV. REVISIONSKOMMISSION

(Amtsperiode 1961/1962)

MITGLIEDER

- Dr. E. Gsell, Professor an der Handels-Hochschule St. Gallen, Bühler, Präsident
- N. Senn, Direktor der Appenzell-Innerrhodischen Kantonalbank, Appenzell
- Dr. A. von der Weid, Direktor der Freiburger Staatsbank, Freiburg

ERSATZMÄNNER

- H. Villiger, Verwalter der Ersparniskasse Nidwalden, Stans
- G. Spälty-Leemann, Fabrikant, Präsident der Glarner Handelskammer, Netstal
- A. Cornaz, Direktor der Caisse d'Epargne et de Crédit, Lausanne

V. LOKALKOMITEES

(Amtsperiode 1959-1963)

AARAU

Dr. O. Pfiffner, Vizepräsident des Verwaltungsrates der Elfa A.G. Elektrochemische Fabrik, Aarau, Vorsitzender

K. Oehler, Delegierter des Verwaltungsrates der Eisen- und Stahlwerke Oehler & Co. Aktiengesellschaft, Aarau, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. H. Frei, Direktor der UNION Schweizerische Einkaufsgesellschaft Olten USEGO, Olten

BASEL

Dr. h. c. G. Bohny, Präsident des Verwaltungsrates der Nielsen-Bohny & Co. Aktiengesellschaft, Basel, Vorsitzender

W. Rohner, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Rohner A. G., Basel, Stellvertreter des Vorsitzenden

H. Hatt, Delegierter des Verwaltungsrates und Generaldirektor der Danzas A. G., Basel

BERN

A. Buser, Ing. agr., Direktor des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften von Bern und benachbarter Kantone, Wabern, Vorsitzender

Dr. W. Weyermann, Direktor der Berner Handelskammer, Belp, Stellvertreter des Vorsitzenden

H. Hauser, Mitglied des Verwaltungsrates und Direktor der Firma Henri Hauser A. G., Biel

GENÈVE

J. Gay, Direktor der Firma Gay Frères, S. A., Thônex, Vorsitzender

J. Duckert, Generalagent der Genfer Lebensversicherungsgesellschaft und der Genfer Allgemeinen Versicherungsgesellschaft, Genf, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. E. Bordier, in Firma Bordier & Co., Genf

LAUSANNE

Ch. Dentan, Bauunternehmer, Lausanne, Vorsitzender

A. Langer, Präsident des Verwaltungsrates der Fabrique des Lactas Langer Gland S.A., Gland, Stellvertreter des Vorsitzenden

R. Morandi, Delegierter des Verwaltungsrates der Firma Morandi frères, société anonyme, Payerne

LUGANO

F. Antognini, Direktor der Chocolat Cima-Norma S.A., Torre, Vorsitzender

E. Ferrari, Delegierter des Verwaltungsrates der Società Anonima Demetrio Ferrari, Chiasso, Stellvertreter des Vorsitzenden

T. Frigerio, Ing., Delegierter des Verwaltungsrates der Société Anonyme de Participations à des Entreprises financières « Finapar », Lugano

LUZERN

J. Moser, Ing. agr., Direktor des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften der Zentralschweiz, Luzern, Vorsitzender

Dr. J. Hug-Gübelin, Vizepräsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Zwieback- & Biscuitfabrik Hug A. G. Malters, Luzern, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. W. Dubach, Delegierter des Verwaltungsrates und Direktor der Brauerei Eichhof, Präsident der Luzerner Handelskammer, Luzern

NEUCHÂTEAU

J.-L. Borel, Delegierter des Verwaltungsrates und Direktor der Uhrenfabrik Ernest Borel et Cie S. A., Neuenburg, Vorsitzender

G. Madliger, in Firma Madliger et Challandes, Ing. S. A., Neuenburg, Stellvertreter des Vorsitzenden

L. Huguenin, Kaufmännischer Direktor der Société des Fabriques de Spiraux Réunies, La Chaux-de-Fonds

ST. GALLEN

P. Markwalder, in Firma Markwalder & Co., St. Gallen, Vorsitzender

R. Nef-Suter, in Firma Nef & Co., St. Gallen, Stellvertreter des Vorsitzenden

W. Forster-Geret, in Firma Forster Willi & Co., St. Gallen

ZÜRICH

O. Küderli, in Firma Küderli & Co., Zollikerberg, Vorsitzender

R. H. Stehli-Pestalozzi, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Stehli Seiden A. G., Zürich, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. ing. agr. E. Jaggi, Direktionspräsident des Verbandes ostschweiz. landwirtschaftl. Genossenschaften (V.O.L.G.), Winterthur

VI. DIREKTORIUM

MITGLIEDER DES DIREKTORIUMS [GENERALDIREKTOREN]

Dr. W. Schwegler, Zürich (Präsident); Dr. R. Motta, Bern (Vizepräsident); Dr. M. Iklé, Zürich

DEPARTEMENTE DES DIREKTORIUMS

I. UND III. DEPARTEMENT IN ZÜRICH

Vorsteher des I. Departements: Generaldirektor Dr. W. Schwegler, Präsident des Direktoriums

Vorsteher des III. Departements: Generaldirektor Dr. M. Iklé, Mitglied des Direktoriums

Stellvertreter des Vorstehers des I. Departements: Direktor Dr. J. Leemann

Stellvertreter des Vorstehers des III. Departements: Direktor E. Colombo

Abteilungsdirektoren: H. Huber, Dr. W. Kull, Dr. F. Leutwiler, E. Mosimann

Abteilungsvorsteher mit Prokura: O. Heyer, H. Lendi, H. Nägeli, J. Rudin, H. Stahel, J. Torgler

Prokuristen: Dr. J. Bonorand, E. Brunner, E. Harlacher, Dr. J. Lademann, E. Maag, E. Meier,

L. Nosedá, H. W. Preisig, R. Reutlinger, A. Ritter, H. Schmid, R. Würmli

Handlungsbevollmächtigte: G. Allenbach, J. Dolder, A. Dutli, Fr. F. Graf, E. Guyer, G. Hasler, W. Haubensak, Dr. G. Jaquemet,

R. Meier, W. Obi, R. Perret, E. Rentsch, L. Stampanoni, A. Weiss, E. Zangger

Agentur Winterthur

Agenturführer mit Prokura: E. Maurer – Prokurist: E. Kaufmann – Handlungsbevollmächtigter: M. Weiss

II. DEPARTEMENT IN BERN

Departementsvorsteher: Generaldirektor Dr. R. Motta, Vizepräsident des Direktoriums

Stellvertreter des Departementsvorstehers: Direktor A. Hay

Abteilungsdirektor: Dr. M. de Rivaz

Hauptkassier der Bank: O. Kunz

Abteilungsvorsteher mit Prokura: E. Burkhardt, Dr. P. Flückiger, Ch. Schweingruber, H. Stricker, W. Suter

Prokuristen: R. Aebersold, H. Baumgartner, R. Bourqui, H. Brunner, H. Hulliger, M. Jeckelmann, Dr. W. Stöcklin

Handlungsbevollmächtigte: W. Bretscher, H. P. Dosch, W. Gutmann, K. Inäbnit, A. Lerch, R. Raschle, W. Wey

Agentur Biel

Agenturführer mit Prokura: J. Messmer – Prokurist: J. Immoos – Handlungsbevollmächtigter: P. Bürgi

GENERALSEKRETARIAT

Generalsekretär: Dr. H.-R. Läng, Zürich

Stellvertreter des Generalsekretärs: Dr. P. Flückiger, Bern

Prokurist: W. Schreyer, Zürich

VII. ZWEIGANSTALTEN

AARAU

Direktor: Dr. R. Erb
Stellvertreter des Direktors und Prokurist: W. Schaffner
Prokuristen: W. Enz, S. Hügi
Handlungsbevollmächtigter: A. Widmer

BASEL

Direktor: J. Hablützel
Stellvertreter des Direktors und Prokurist: A. Bertschinger
Prokuristen: A. Spreyermann, R. Winteler
Handlungsbevollmächtigte: H. Brunner, M. Joho, K. Schär,
R. Ulbrich

GENÈVE

Direktor: L.-M. de Torrenté
Stellvertreter des Direktors und Prokurist: J. Terrier
Prokuristen: M. Berthoud, J. Rossi
Handlungsbevollmächtigte: D. Allamand, E. Bänninger,
E. Bersier, R. Jaccaz, Ph. Martin

LAUSANNE

Direktor: R. Virieux
Stellvertreter des Direktors und Prokurist: R. Zuttel
Prokuristen: R. Andrié, O. Grec
Handlungsbevollmächtigte: A. Bornand, A. Delacrétaz,
F. Dupont, G. Mounoud

LUGANO

Direktor: R. Rossi
Stellvertreter des Direktors und Prokurist: G. Gaggini
Prokurist: B. Rütsc
Handlungsbevollmächtigte: R. Ghiringhelli, T. Grassi, G. Steiger

LUZERN

Direktor: Dr. H. Aepli
Stellvertreter des Direktors und Prokurist: G. Sidler
Prokuristen: A. Birrer, A. Kunz, K. Schärli,
Handlungsbevollmächtigte: J. Burri, W. Hofer, Ch. Zelger

NEUENBURG

Direktor: R. Hügli
Stellvertreter des Direktors und Prokurist: R. Girardier
Prokuristen: Ch. Girod, F. Verdon
Handlungsbevollmächtigte: A. Binggely, J.-P. Veluzat

Agentur La Chaux-de-Fonds

Agenturführer mit Prokura: R. Zintgraff
Prokurist: J. Henny
Handlungsbevollmächtigter: A. Tribolet

ST. GALLEN

Direktor: R. Sutter
Stellvertreter des Direktors und Prokurist: A. Steinmann
Prokuristen: E. Schöbi, R. Siegrist
Handlungsbevollmächtigte: H. P. Menet, A. Schmidheini